Kulturkampf von rechts?

Aktuelle Ausgabe Nr. 81, 13. Oktober 2026

Antifeminismus, Angriffe auf queere und migrantische Leben, Kämpfe um Erinnerungspolitik, Wissenschaftsfreiheit oder (sozio-)kulturelle Institutionen insgesamt: Seit einigen Jahren wird verstärkt von einem „Kulturkampf von rechts“ gesprochen. Es lässt sich beobachten, dass rechte Akteure erhebliche Ressourcen darauf verwenden, gesellschaftliche Debatten zu verschieben, kulturelle Deutungshoheit zu gewinnen und bestehende Errungenschaften demokratischer und emanzipatorischer Kämpfe infrage zu stellen. Diese Kämpfe werden nicht nur in der Arena der Politik ausgetragen, es geht vielmehr darum, grundlegend Vorstellungen von Nation, Familie, Geschlecht, Zugehörigkeit und Geschichte neu zu ordnen und als gesellschaftlichen Konsens zu etablieren.

Zugleich stellt sich die Frage, ob der Fokus auf die äußerste Rechte überhaupt ausreicht. Viele jener Deutungsmuster, die lange als Kennzeichen rechter Randmilieus galten, finden sich heute auch in konservativen Parteien, medialen Debatten und staatlichen Politiken wieder: Wie verschieben sich die Grenzen des Sagbaren? Welche Rolle spielen liberale und konservative Akteure bei der Verbreitung oder Normalisierung rechter Narrative? Und wie lassen sich die Verbindungen zwischen autoritären, neoliberalen und nationalistischen Projekten genauer fassen?

Wie hilfreich ist der Begriff des Kulturkampfs überhaupt? Geht es tatsächlich um einen Kampf um Kultur, Werte und Identitäten, oder verdecken diese Konflikte vielmehr soziale Ungleichheiten, Klassenverhältnisse und autoritäre Umbrüche? Unterschätzt die Linke umgekehrt womöglich die Bedeutung kultureller Hegemonie, während die Rechte zunehmend Deutungshoheit gewinnt, Begriffe umdefiniert, sich als rebellischer Underdog inszeniert und selbst Elemente linker Kritik für ihre politischen Projekte vereinnahmt?

Dabei steht nicht nur zur Debatte, was gesagt wird, sondern auch, was nicht gehört, nicht gedruckt oder nicht mehr als relevant wahrgenommen wird. Welche Bedeutung kommt dabei der digitalen Öffentlichkeit, Medien, Schulen oder Kulturinstitutionen zu? Was bedeutet es, wenn die Vorstellung einer gemeinsamen Wahrheit selbst zum Gegenstand politischer Kämpfe wird?

In unserer 81. Ausgabe wollen wir die Strategien rechter Hegemoniebildung, ihre Konfliktfelder und inneren Widersprüche untersuchen. Zugleich interessiert uns eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff des Kulturkampfs selbst: Was erklärt er – und was verdeckt er? Welche Formen emanzipatorischer Gegenmacht lassen sich heute denken?

In der Januar-Ausgabe #82 werden wir dann uns dem Thema „Sucht im Kapitalismus“ zuwenden. Gerne nehmen wir noch Rezensionsvorschläge entgegen!

Viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Kulturelle Hegemonie geht politischer Macht voraus“

Gespräch mit Mareike Gronich

Die extreme Rechte nutzt Literatur und Literaturkritik, um ihre Deutungen gesellschaftlich anschlussfähig zu machen.

Du bist Teil des Autor:innenkollektivs, das das Buch „Literatur- und Kulturpolitik der ›Neuen Rechten‹. Lektüren, Schauplätze, Vokabular“ geschrieben hat. Warum war es dir und euch wichtig, dieses Buch zu verfassen?

Mareike Gronich: Das Buch ist aus einer kleinen Tagung hervorgegangen, die wir veranstaltet haben. Davor steht aber unsere gemeinsame Beobachtung, dass es bemerkenswert ist, in welcher Intensität sich Rechtsintellektuelle beziehungsweise extrem rechte Intellektuelle mit Literatur beschäftigen. Mir ist irgendwann klar geworden, dass das nicht einfach nur Show ist: Sie interessieren sich tatsächlich dafür. Das ist insofern relevant, als sie sich damit als diskursfähig präsentieren, zum Beispiel im Feld der Literaturwissenschaft. Ein Kollege von mir hat mal ein Seminar über rechte Literaturpolitik gegeben, und da hat sich dann – Überraschung – Götz Kubitschek gemeldet. Das sei ja interessant, er diskutiere so gerne über Literatur und könne er nicht auch dabei sein? Man kann ironisch die Frage stellen: Warum sollte man Kubitschek denn nicht einladen, wenn er sich doch so gut auskennt mit Hölderlin oder Rilke? Früher konnte man vielleicht damit argumentieren, dass Nazis keine Ahnung von Literatur haben. Und jetzt wird deutlich, dass das nicht

beziehungsweise nicht mehr so ist. Wie geht also die extreme Rechte eigentlich mit Literatur um? Das hat uns umgetrieben.

Zudem finde ich es wichtig, wenn auch ambivalent, dass ich als Literaturwissenschaftlerin damit etwas politisch Sinnvolles tun kann. Man braucht diese doppelte Expertise. Ich habe zum Beispiel angefangen, mich mit dem Kanon „Vorlesen“ von Ellen Kositza und Carolin Sommerfeld (beide sind Publizistinnen und zentrale Akteurinnen der Neuen Rechten, Anm. Red.) auseinanderzusetzen. Da wurde schnell deutlich, dass es sehr viel gibt, worüber sie *nicht* sprechen, also welche Inhalte sie zum Beispiel bewusst auslassen. Und das kann man natürlich nur erkennen, wenn man sich gut in dem Feld auskennt.

Warum ist denn Literatur für die extreme Rechte so interessant geworden?

Mein Eindruck ist, dass hier eine Lücke geschlossen wird. Es gibt offenbar in intellektuellen Kreisen das Interesse, sich intensiv mit Literatur zu beschäftigen und ein emphatisches Verhältnis zu Literatur zu unterhalten. Das ist gesamtgesellschaftlich ja völlig im Abstieg. Kaum jemand interessiert sich noch intensiv für Literatur, für gedruckte Bücher und so weiter, so zumindest eine kulturpessimistische Erzählung. In diese Lücke treten Rechtsintellektuelle ein. Nicht nur strategisch, sondern auch, weil es sie interessiert. Viele der Akteur:innen sind ja auch literaturwissenschaftlich gebildet. Götz Kubitschek und Ellen Kositza zum Beispiel sind beide ausgebildete Deutschlehrer:innen. Die wissen schon, wovon sie reden.

Bleiben wir noch kurz bei den Diskursstrategien, wie sehen diese aus?

Man kann die literaturpolitischen Strategien der Rechtsintellektuellen ganz grob in zwei Kategorien unterscheiden: Einerseits diejenigen, die sich eher nach innen richten und andererseits die, die versuchen, Brücken zu bauen in andere, bisher nicht rechte Milieus. „Vorlesen“ gehört zu der zweiten Gruppe. Der Text richtet sich nicht in erster Linie an das extrem rechte Milieu, sondern an das konservative, liberale, zum Teil auch linksliberale Publika, die sozusagen sanft an rechtes Denken herangeführt werden sollen. Und dazu werden verschiedene Strategien genutzt. Eine ist, mit Texten oder Autor:innen zu arbeiten, die jeder kennt – und die dann anders zu deuten oder andere Schwerpunkte in der Deutung zu setzen. Hier tauchen viele der im

deutschsprachigen Kinder- und Jugendliteraturkanon bekannten Autor:innen auf, aber oft nicht unbedingt die Texte, die am bekanntesten sind.

Von Astrid Lindgren taucht nicht etwa „Pippi Langstrumpf“ im rechten Kanon auf, sondern „Michel aus Lönneberga“ und ein kleines Büchlein namens „Na klar, Lotta kann Radfahren“. Pippi steht für ein ‚aufmüpfiges‘ Frauenbild , eine weibliche Figur, die allein lebt, anarchisch unterwegs ist, Hierarchien nicht akzeptiert und insgesamt als Frauengestalt ungewöhnlich ist. Das passt nicht in die Erzählung der extremen Rechten. Da nimmt man lieber die Geschichte des kleinen Mädchens, das Radfahren lernen will. Und na klar kann Lotta Rad fahren – auch Mädchen können das, so fortschrittlich ist man in der extremen Rechten schon. Oder noch deutlicher: Von Enid Blyton wird die „Dolly“-Reihe empfohlen, eine Backfisch-Internats-Geschichte, die sich an junge Mädchen richtet. Die „Fünf Freunde“ tauchen aber nicht auf. Dabei wäre die Reihe viel interessanter mit George, dem Mädchen, das sich – so die Suggestion – wie ein ‚typischer‘ Junge verhält. Diese Strategie der selektiven Kanonaneignung und -verschiebung ist sehr verbreitet. So kann man sagen: „Seht her, wir interessieren uns für die gleichen Autoren wie ihr, wir finden das gut, was alle gut finden. Wir sind ganz normale Leserinnen, ganz normale Eltern!“

Es gibt aber auch andere Strategien. Zum Beispiel gibt es eine Passage in „Vorlesen“, in der es um „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“ geht. Da wird behauptet, die Geschichte sei jüngst aufgrund von „woken“ Interventionen so umgeschrieben worden, dass das N-Wort nicht mehr vorkomme. Und dann wird aus der vermeintlichen neuen Version zitiert. Zu dem Zeitpunkt, als „Vorlesen“ erschien, gab es aber noch gar keine sprachliche Bearbeitung von „Jim Knopf“ – das Zitat ist frei erfunden. Text- und Wahrheitstreue ist offenbar zweitrangig. Vielmehr geht es darum, einen Anlass zu schaffen, um berechtigte Überlegungen zum angemessenen Umgang mit rassistischer Sprache in literarischen Texten zu diskreditieren und zu verlachen. So wird an Affekte angeknüpft, die man vielleicht als konservativ beschreiben könnte, um diese aufzugreifen und auszubauen und so Brücken ins extrem rechte Milieu zu bauen.

Eine weitere Strategie findet sich im Kontext des Nationalsozialismus. Für die Kinder- und Jugendliteratur im deutschsprachigen Raum ist das ein sehr wichtiges Thema. Texte, die die NS-Zeit thematisieren, tauchen daher auch in „Vorlesen“ auf. Aber es wird ein starker Fokus auf Fluchtgeschichten gelegt.

Und dabei geht es nicht um jüdische Menschen, sondern um die ‚vertriebenen' Deutschen. Es soll wenig oder am liebsten gar nicht über die Shoah und stattdessen ganz viel über deutsche Opfer gesprochen werden.

Der einzige wirklich rechtsextreme Text, der in „Vorlesen" empfohlen wird, ist die „Deutsche Geschichte für junge Leser" von Karlheinz Weißmann. Weißmann ist ein wichtiger Akteur der extremen Rechten, der lange in der *Sezession* mitgearbeitet, das Institut für Staatspolitik mitgegründet und lange mitgeleitet hat. Das Interessante dabei: Kositza und Sommerfeld schreiben in „Vorlesen" nicht selbst, was sie an dem Buch von Weißmann gut finden, sondern zitieren Götz Kubitschek, der in der *Sezession* über den Band geschrieben hat. Rhetorisch wird damit eine Distanzierung vorgenommen, inhaltlich aber nicht. Auch das ist eine Strategie, mit der die extreme Rechte mitunter arbeitet. Überhaupt habe ich den Eindruck, es gibt eine zunehmende geschlechtsspezifische Aufteilung der Literaturarbeit in der extremen Rechten, gerade in der *Sezession*. Kinderbücher und die Belletristik besprechen eher die Frauen, während die Männer für die ‚harten' Töne (und dann eben auch die Geschichtspolitik) zuständig sind.

Die Rezeption von bestehenden kanonischen Werken ist ja das eine. Findet auch eine neue Form von eigener Produktion von Romanen und für die Breite anschlussfähiger Literatur statt?

Ich würde sagen, es gibt bisher keine wirklich wichtige, qualitativ hochwertige Romanproduktion in der deutschsprachigen extremen Rechten. Es gibt Sachbücher und Essays, zum Beispiel auch zu literaturgeschichtlichen Fragen, und viel politische Essayistik. Ein bisschen Furore gemacht hat der Roman „Herrengedeck" von Volker Zierke. Das Buch ist unter anderem deshalb so bekannt geworden, weil es in der *Zeit* von Mariam Lau rezensiert wurde, was berechtigterweise zu Irritationen geführt hat, weil eine Rezension in einer reichweitestarken Wochenzeitung natürlich zur Normalisierung von rechtsextremen Akteur:innen und Themen beiträgt. In diesem Fall kommt noch hinzu, dass der Text von Lau eine Mischung aus Rezension und Reportage ist, der auch Zierke selbst zu Wort kommen lässt. Diese Art von ‚mit Rechten reden' verschafft der extremen Rechten Diskursraumgewinne, die nicht zu unterschätzen sind.

Im Hinblick auf das Erschließen neuer Publika sind vor allem Brückenfiguren wie Uwe Tellkamp relevant, die den Rechtsintellektuellen Türen in bürgerliche nicht-rechte Milieus öffnen. Tellkamps Roman „Der Eisvogel“ ist zum Beispiel von Kubitschek gefeiert worden: Weil darin ein Rechter vorkommt, der so gar nicht ins gängige Bild von Neonazis passt, sondern eben ein gebildeter Schöngeist ist – damit ist die Figur natürlich sehr gut geeignet, um Berührungsängste und Distanz abzubauen. Im Feuilleton ist das zunächst kaum aufgefallen. „Der Turm“, das nächste Buch von Tellkamp, ein Familienroman über den Untergang der DDR, wurde zu einem Bestseller und Lieblingsbuch des Bürgertums. Kubitschek fürchtete, der Roman sei Beleg dafür, dass Tellkamp doch keiner „von ihnen“, also den Rechten, sei. Inzwischen publiziert Tellkamp bei Susanne Dagen, war bei „Aufgeblättert – Zugeschlagen“ (einer Literatursendung, die Ellen Kositza und Susanne Dagen auf youtube hosten, Anm. Red.) zu Gast und ist 2025 auch auf der rechten Buchmesse aufgetreten.

Bei der Kinder- und Jugendliteratur und vor allem beim Bilderbuch gibt es seit einigen Jahren den klein & ehrlich-Verlag. Der hat bisher ein paar Bilderbücher produziert, die ästhetisch nicht besonders interessant sind. Das sind für Kinder aufbereitete Geschichten, häufig Widerstandserzählungen, die gut ins (extrem) rechte Weltbild passen. Mit der Reihe „Wahre Helden lesen“, einer Reihe für Erstleser:innen über historische deutsche Helden, versucht der Verlag, vom Image her einen anderen Weg zu gehen als zum Beispiel der Antaios Verlag. Klein & ehrlich produzieren beispielsweise Jutetaschen, auf denen steht drauf „Ja, ich bin Vorlese-Hooligan“. Ich sehe das als Versuch, Rechtsextreme aus dem durchaus auch gewaltbereiten Vorfeld, eben zum Beispiel der Hooligan-Szene, die die inzwischen Familienväter und -mütter geworden sind, anzusprechen und ihnen Material für die Vermittlung rechter Ideologie und Lebenswelt an die Hand zu geben.

Es wäre wirklich ein Coup, wenn es einem der extrem rechten Autor:innen gelingen würde, in einem großen Publikumsverlag einen Roman zu veröffentlichen. Das ist meines Wissens noch nicht passiert. Und ich bin auch nicht sicher, ob das in der Szene im Moment überhaupt angestrebt wird. Meine Einschätzung wäre, dass es gerade eher darum geht, ein eigenes (extrem) rechtes Segment im allgemeinen Literaturbetrieb aufzubauen, das alles enthält: Verlage, Buchhandlungen, eine eigene Buchmesse,

Rezensionsorgane, Literatursendungen auf YouTube. Das ganze Feld des Literaturbetriebs einmal in klein für rechts.

Welche Wirkung haben diese Versuche?

Wir können über die Wirkung der Bücher wie „Vorlesen“ nicht viel sagen, weil wir es einfach nicht wissen. Im Prolog steht nichts drin, was nicht jede Lesedidaktikerin, jeder Lesedidaktiker unterschreiben würde. Das würden auch alle konservativen bis linksliberalen Eltern unterschreiben: Lesen ist wichtig für die Persönlichkeitsbildung. Vorlesen ist wichtig für die Bindung. Kinder müssen Fantasie lernen. Das würde niemand bestreiten. Und es sind auch einige sehr bekannte Autor:innen in dem Kanon vertreten. Da werden sich schon Leute denken, na ja, wenn die sogar Klaus Kordon empfehlen, dann kann's ja so schlimm mit ihnen nicht sein. Ich glaube schon, dass das verfangen kann und zumindest in dem Sinne Wirkung entfalten, dass sie den Diskursraum extrem rechter Akteur:innen erweitern. Bislang gibt es darüber meines Wissens keine empirischen Untersuchungen; ich weiß aber, dass „Vorlesen“ in manchen Schulbibliotheken zu finden ist.

Ein anderes Beispiel für die Vereinnahmung von Gegenwartsliteratur durch extrem rechte Akteur:innen ist der neue Roman von Jonas Lüscher, „Verzauberte Vorbestimmung“. Darin geht es unter anderem um eine kritische Reflexion des Umgangs mit Technik in der Moderne. Götz Kubitschek hat dazu eine Rezension geschrieben, mit dem Titel „Rechte Technikkritik“. Darin beschreibt er knapp, was in dem Buch alles *ungefähr* passiert und sagt, dass es total interessant zu lesen sei. Und durch den Titel behauptet er einfach, dass der Roman rechte Technikkritik betreibe, ohne das auch nur im Ansatz zu belegen. Was auch nicht gehen würde, da der Roman das schlicht nicht hergibt. Das ist Kubitschek aber offensichtlich egal. Er greift sich einfach Motive des Buches heraus, setzt sie in einen anderen Kontext und nutzt das für seine eigenen ideologischen Zwecke.

Es geht also nicht unbedingt um eine eigene Textproduktion, sondern darum, eine eigene Deutung eines Kanons oder publizierter Inhalte zu verbreiten. Ihr hattet in eurem Buch in der Einführung geschrieben, dass das eine Ergänzung zum rechten Kampf um die Straße ist, also der Kampf um die Köpfe. Mit welchem konkreten Ziel?

Ein Grundsatz von solchen hegemoniepolitischen Überlegungen ist: kulturelle Hegemonie geht politischer Macht voraus, sie ebnet – wenn man so will – den Weg zur Macht. Die Überlegung geht auf die Ideen des Kommunisten Antonio Gramsci zurück, ist also eine genuin linke Idee. Die intellektuelle Rechte hat sich Gramscis Idee, vermittelt durch französische Rechtsintellektuelle wie Alain de Benoist angeeignet. Literatur ist dabei ein wichtiges Feld, aber nicht das einzige. Kulturelle Hegemonie von rechts heißt ja nicht nur, ‚wir sind diejenigen, die sagen, wie man Thomas Mann jetzt zu lesen hat und was an deutschen Theatern gespielt werden soll', sondern es heißt für die extreme Rechte auch, ‚wir sind diejenigen, die entscheiden, dass jeden Morgen vor der Schule die Deutschlandfahne gehisst werden muss'.

Land gewinnen und rechte Erzählungen normalisieren: Warum ist Literatur so ein wichtiger Aspekt dabei?

Das hat mit Tradition zu tun. Deutschland als nationales Gebilde war von Anfang an stark von Literatur geprägt. Die Märchen der Brüder Grimm waren auch ein Projekt, um eine deutsche Kultur zu finden, eine Kultursprache zu erhalten, eine deutsche nationale Identität zu prägen. Das spielt eine Rolle, genauso wie die Deutsche Philosophie. Es geht darum, ein Erbe anzutreten, nach dem Motto: „Wir sind diejenigen, die die deutsche Kultur schützen und bewahren", auch in der Gegenwartsliteratur. Natürlich ist neben der Literatur längst auch Social Media wichtig für das Ringen um kulturelle Hegemonie. Aber Literatur ist auch deswegen wichtig, weil sie das Image des Intellektuellen verstärkt.

Benoist, *der* Theoretiker der französischen Rechtsintellektuellen geht davon aus, dass die linken Achtundsechziger wahnsinnig erfolgreich waren, diesen Erfolg will er von rechts kopieren beziehunsgweise kopiert sehen. Und in den 60er- und 70er-Jahren spielten Theorie und Literatur eben eine sehr große Rolle. Im Feld der Literatur ist es leichter, Deutungshoheit zu gewinnen als in anderen Feldern. Schon aus pragmatischen Gründen: Es ist zum Beispiel viel aufwändiger, einen Spielfilm zu produzieren und zu finanzieren, als ein Buch zu machen.

Außerdem reden wir hier über ein zwar wirkmächtiges, aber doch kleines Segment der extremen Rechten, das rechtsintellektuelle Milieu, das unter anderem zum Ziel hat, Konservative und Liberale auf seine Seite zu ziehen.

Und das geht gut über Bücher. Solchen Adressat:innengruppen muss man nicht mit Rechtsrock oder irgendwelchen rechten Liedermachern kommen.

Du hattest die Literaturmessen erwähnt. In den letzten Jahren tauchen dort sichtbarer neurechte Verlage auf. Dann gibt es Auseinandersetzungen, die dazu führen, dass zum Beispiel linke Verlage oder Autor:innen keinen Stand oder keine Lesung auf der Messe machen, weil die rechten Verlage zu präsent sind. Kannst du nochmal auf diesen Ort der Auseinandersetzung eingehen, hat diese Verschiebung eine Relevanz?

Es gab vormals vor allem die sogenannten „Zwischentage“. Das waren rechtsextreme Medienmessen, meistens in Burschenschaftshäusern, bei denen die Szene zusammenkam und bei denen es um Buchpublikationen, aber auch um Rechtsrock und andere Medien ging. Das waren im Wesentlichen Veranstaltungen von der Szene für die Szene. Dann haben sie offenbar entschieden, zu versuchen, eine größere Bühne zu erobern und haben begonnen, zu den großen Buchmessen und Leipzig und Frankfurt/Main zu gehen. Das hat interessanterweise in den ersten Jahren auch kaum öffentliches Interesse erregt. 2017 kam es dann auf der Frankfurter Buchmesse zu einem „Skandal“, den Kubitschek meiner Einschätzung nach bewusst inszeniert hat, um die mediale Aufmerksamkeit auf sich und seinen Verlag zu ziehen. Das ist ihm gut gelungen.

Die Kritik am Auftreten von Kubitschek und Co. nahm Susanne Dagen (eine neurechte Buchhändlerin und Verlegerin aus Dresden, Anm. Red.) zum Anlass, um die sogenannte ‚Charta 2017’ zu veröffentlichen, die unter anderem auch Uwe Tellkamp unterzeichnet hat. In der Charta wird behauptet, der Börsenverein des Deutschen Buchhandels sei nicht pluralistisch organisiert. Die Meinung rechter Literaturschaffender würde nicht repräsentiert und sie würden ausgegrenzt. Dagen hat dann angefangen, über die Notwendigkeit einer eigenen Buchmesse zu sprechen. Ihre Vorstellung war eine Messe für ein breites Publikum, bei der sich das ganze rechte Spektrum, die gesamte rechte und rechtsextreme Literatur- und Medienproduktion, präsentiert. Das hat sie im November 2025 zum ersten Mal umgesetzt, die Fortsetzung folgt in wenigen Wochen, am 7./8.11. 2026.

Das ist eine neue Entwicklung, in zweierlei Hinsicht. Einmal blinkt nach innen das Signal: Wir sind so viele, wir können uns Pluralismus leisten, wir haben Binnendifferenzen, aber wir können trotzdem gemeinsam auftreten. Und das Signal nach außen ist: Wir sind ein eigenes Feld im Literaturbetrieb. Es ist nur natürlich, dass wir auch eine eigene Buchmesse haben.

Wie würdest du die Relevanz dieser Messen einordnen, auch in die Zukunft gedacht?

Wie das weitergehen wird, weiß ich nicht genau. Es waren recht viele Leute auf der Messe in Halle im letzten Jahr – auch einige bekannte Gesichter, etwa der schon erwähnte Uwe Tellkamp. Alles hatte einen sehr bürgerlichen Anstrich. Die Frage ist, ob Susanne Dagen es irgendwann schafft, bürgerliche Verlage auf ihre Messe zu lotsen. Letztes Jahr gab es eine kleine Messebuchhandlung von Dagens Buchhaus Loschwitz, die mit gängigen nicht-rechten Titeln bestückt war. Das würde ich schon als einen Versuch seitens der Rechten werten, ihre eigene Normalisierung voranzutreiben. Aber es waren keine großen Publikumsverlage vor Ort. Wenn das gelänge, wäre das wirklich ein erhebliches Problem.

Beim Kampf um die Köpfe geht es viel um Sprache. Da ist der Vorwurf an eine „woke“ Linke, Sprachverbote auszusprechen und Zensur zu betreiben. Gleichzeitig werden von rechts semantische Verschiebungen versucht. Wie funktioniert diese Normalisierung rechter Sprache und damit rechter Ideen?

Die extreme Rechte hat keinen konstruktivistischen Blick auf Sprache oder die Welt an sich. Die Idee, dass Sprache Wirklichkeit schafft ist ihnen eigentlich fremd. Der Kniff ist eher, Begriffe – wie Freiheit, Solidarität und so weiter, die eigentlich schon immer ein bisschen Containerbegriffe waren – in einer ganz spezifischen Art und Weise zu benutzen. Früher gab es gesellschaftlich mehr Einigkeit darüber, was sie bedeuten, so dass man sie ‚unfallfrei‘ benutzen konnte. Ich habe den Eindruck, das hat sich gewandelt.

Jede:r kann sich zum Beispiel unter den Freiheitsbegriff subsummieren. Wie kann man denn etwas gegen Freiheit haben? Aber es wird bewusst vermieden, das auszudifferenzieren, Freiheit – von was? Zu welchem Zweck? Manche Leute wollen frei sein von materialistischen Zwängen, andere wollen frei sein

von unbekannten kulturellen Einflüssen. Das würde jemand von der AfD oder der extremen Rechten sagen. Was sie damit meinen, ist: „Ausländer raus“.

Bei dem Begriff der Solidarität finde ich es noch deutlicher. Ein Begriff muss schon kontaminiert sein, damit die Rechte ihn sich aneignen kann. Der Begriff der Solidarität ist in der Corona-Zeit stark missbraucht und auch semantisch geöffnet worden. Was heißt denn Solidarität? Mit wem bin ich warum solidarisch? Die Rechten sagen auch Solidarität, aber die Solidarität, die sie meinen, ist eine, die sich nur auf die Deutschen als ethnisch bestimmtes Volk bezieht. Mein Begriff von Solidarität ist ein ganz anderer.

Diese Containerbegriffe sind ein sehr guter Hebel, um Leute zu integrieren, weil sie so schwer nachzuvollziehen sind. Man muss die ganzen Publikationen der Nazis lesen, um herausstellen, was sie meinen. Man kann nicht einfach sagen: Guck dir mal diese 17 Textstellen an, dann siehst du, was sie mit Solidarität meinen.

Dann gibt es natürlich diese pejorativen Begriffe wie ‚Political Correctness‘ oder ‚Wokeness‘. Ich finde es zum Beispiel wirklich schlimm, wenn Linke zum Spaß davon sprechen, die ‚PC-Polizei‘ zu sein. Das ist ein rechter Kampfbegriff. Das Besondere an „woke“ ist, dass das kein genuin rechter Begriff ist, sondern ursprünglich eine Selbstbeschreibung von antirassistischen Aktivist:innen, den die Rechten sich in pejorativer Absicht angeeignet haben um progressive Milieus zu diffamieren. Inzwischen hat sich der Begriff auch in konservativen Kreisen durchgesetzt und bildet nun eine Brücke vom einen ins andere Milieu.

Es gibt noch weitere ‚Spielereien‘. Ellen Kositza zum Beispiel benutzt gerne eingedeutschte Begriffe für englische Wörter. Das sieht man auch in „Vorlesen“, sie sprechen dort dann von „Hauptstrom“ statt Mainstream. Manchmal frage ich mich, ob die das selbst noch ernst meinen. Ob das Selbstironie ist oder ein Angebot an die eigene, extrem rechte Klientel – an die alten Herren der neuen Rechten sozusagen.

Wird Literatur ausgebeutet, um rechte Raumnahme seriös anzumalen?

Man kann allgemein sehen, dass Rechte in ihren Literaturkritiken von der Form her – und dazu gehört ja auch die Sprache – den gängigen Gepflogenheiten der Literaturkritik folgen. Es werden genretypische Begriffe

genutzt und auch formalästhetische Wertungen abgegeben. Das klingt schon sehr nach Literaturkritik und das ist es ja auch. Die Unterschiede liegen in den Inhalten. Darin, wie bestimmte Sachen bewertet und neu eingebettet werden. Da wird ein bestimmter Ton oder Stil sichtbar.

Ich bin gerade dabei, alle Rezensionen in der Zeitschrift *Sezession* durchzusehen. Es gibt dort in den letzten Jahren eine große Vorliebe für Texte, die an reale Historie anknüpfen; sie greifen zum Beispiel reale Personen oder historische Ereignisse auf und spinnen diese fiktional weiter. Das ist deswegen so interessant, weil so die Grenze verschwimmt zwischen den historischen Fakten und deren erzählender Deutung. Da kann man natürlich gut eine extrem rechte Geschichtsdeutungen drauflegen und so tun, als wäre das die von diesem großen Autor oder dieser Autorin präferierte Geschichtsdeutung.

Kannst du das noch etwas ausführen? Wir sind ja große Fans von Rezensionen…

Rezensionen sind ja keine fiktionale Gattung. Man geht davon aus, dass in einer Rezension wahrheitsgemäß oder realitätsgetreu wiedergegeben wird, was in dem rezensierten Buch steht und so liest man sie auch. Man kann diese Konvention unterlaufen, ohne es zu markieren. Dann täuscht man die Leser:innen, die das aber möglicherweise gar nicht merken. Wenn es dabei nur um den Inhalt eines Romans geht, ist das ärgerlich, aber vielleicht keine Katastrophe. Wenn die Rezension sich aber zugleich nicht damit begnügt, über einen literarischen Text zu sprechen, sondern auch die Weltsicht des Rezensenten wiedergibt und dabei zwischen erzählter und realer Welt nicht scharf trennt, dann wird es mitunter auch politisch gefährlich.

Hinzu kommt, dass Literatur im bundesdeutschen Kulturbetrieb immer weniger stattfindet. Die Rezensionsteile in den Zeitungen werden immer dünner, Literatursendungen in Radio und Fernsehen werden seltener. Hier entsteht eine Vakuum, dass die Rechtsintellektuellen dann bespielen – und zwar mit Erfolg, denn damit rennen sie bei vielen derer, die diese Formate schätzen und vermissen, offene Türen ein. Da ist eine gedruckte Zeitschrift, die man abonnieren kann, und die mit zehn Seiten Literaturkritik in die Wohnung kommt, auch für konservative Intellektuelle ein Angebot: „Wenn die da ganz normale Literatur besprechen, dann lese ich das. Und wenn die dann noch über Sachen reden, die mich auch stören oder die mich auch ansprechen,

dann lese ich das gleich mit.“ So werden die Wege in (extrem) rechte Milieus kürzer und Berührungsängste abgebaut.

Mit Literatursendungen ist es dasselbe. Die Sendung „Aufgeblättert, Zugeschlagen. Mit Rechten lesen“ wird von Ellen Kositza zusammen mit Susanne Dagen vom Buchhaus Loschwitz gemacht. Sie laden sich immer einen Gast ein, mit dem sie über Literatur und Sachbücher sprechen. Zur Auswahl gehören milieutypische rechte Texte – aber eben auch ganz ‚normale‘ Belletristik. In einer letzten Sendung haben sie zum Beispiel über Wolf Haas neuesten Roman gesprochen, den Ellen Kositza ganz toll fand. Ich finde die Texte von Wolf Haas auch ganz toll. Und nun, was heißt das jetzt?

Würdest du sagen, es braucht andere Formen eines gegenhegemonialen Kulturfelds? Oder reicht die Verteidigung des Bestehenden aus?

Wenn es gelingt, das Jetzige zu verteidigen, ist das ja schonmal nicht schlecht. Wenn es uns gelingen würde, wieder dahin zu kommen, wo wir vor zehn Jahren waren, wäre das besser. Es ist ja schon viel kaputt gegangen, gerade im Kulturbetrieb. Man muss sich ja nur die Geschehnisse um den Deutschen Buchhandlungspreis angucken. Staatsminister Wolfram Weimer ist kein Rechtsextremer, hat aber eine extrem konservative Agenda und bedient sich eines Playbooks, das durchaus Parallelen zu dem der Rechtsintellektuellen aufweist.

Wenn die AfD sich nicht in die Kulturpolitik einmischen würde, wenn nicht Gelder gestrichen würden für Demokratieförderung, Jugendarbeit, Opferberatung, Unterstützung für queere Jugendliche und und und. Das wäre auf jeden Fall ein Gewinn. Ich würde sagen, für einen emanzipatorischen, progressiven Blick auf Gesellschaft reicht es nicht, die Institutionen zu verteidigen. Aber die Institutionen und deren Verteidigung jetzt aus dem Blick zu verlieren, wäre trotzdem fatal. Wenn wir nach Sachsen-Anhalt schauen, nach Magdeburg, nach Halle/Saale oder Halberstadt, da sind demokratische Strukturen massiv unter Druck und die Leute tatsächlich auch physisch bedroht. Was da gerade passiert, ist der Versuch einer autoritären Wende.

Vielleicht noch etwas Positives zum Abschluss? (alle lachen)

Reclaim Books – auch wenn das vielleicht komisch klingt. Wir müssen wieder mehr lesen und vor allem übers Lesen reden. Kommunikation über das, was

man gelesen hat, über das, was man schreibt und so weiter. Ich glaube, dass das wichtig ist und bleibt, ebenso wie die Arbeit an Begriffen. Also nicht nur sagen, wir sind solidarisch, sondern ausführen, was gemeint ist, wenn man heißt, wenn man von Solidarität redet. Wenn ich von Solidarität spreche, dann meine ich alle und alle sind alle und nicht nur die ‚Volksdeutschen'.

Ich glaube auch, dass es sinnvoll ist, die Strategien der Rechten offen zu legen. Das Feld der Kulturpolitik wird immer noch total unterschätzt. Immer, wenn die AfD auf kommunaler Ebene an der Macht beteiligt werden muss, weil sie gewählt worden ist, gibt man ihr den Kulturausschuss. Ich verstehe es einfach nicht. Man kann ihnen doch auch den Verkehrsausschuss geben. Da können sie für hegemoniepolitische Zwecke nicht so viel gewinnen wie im Kulturbereich.

In jeder Gemeinde, in jedem Landkreis gibt es zum Beispiel einen KZ-Gedenkort oder etwas Ähnliches; es gibt Jugendarbeit, Stadtbibliotheken, Theater. Es ist immer der Kulturausschuss, der dafür zuständig ist. Das sind genau die Bereiche, in denen eine rechte kulturpolitische Agenda durchgesetzt werden soll. Und wenn man versteht, dass Kulturpolitik immer auch Mittel zur Erringung politischer Macht ist, dann kann man doch nicht sagen: „Leute, ihr wollt hier an die politische Macht, dann bitte, wir schenken euch die Kultur."

Die Alternative könnte sein, den kulturellen Raum mit vielen verschiedenen Akteur:innen vielseitig zu bespielen. Das ist natürlich auch ein Machtkampf, aber im Feld der Kultur gibt es ja eine gute Sache: Man kann dort auf eine Art und Weise politisch aktiv sein, die gleichzeitig Spaß macht, ästhetisch anregend und erfüllend ist. Ästhetische Artefakte, Literatur, Theater, Film, was auch immer, das macht ja auch was mit einem, wenn das interessant gestaltet ist. Das ist vielleicht auch schöner, als in so einem Parlament zu sitzen und Eingaben zu machen. Das zu nutzen und zu schützen, also ein breites Angebot an Kultur, ist wichtig. Da kann auch viel dabei sein, was ich aus einer emanzipatorischen Perspektive nicht so toll finde oder wohin ich persönlich nicht gehen würde. Solange das nicht autoritär, antiegalitär oder faschistisch ist – warum soll es das nicht geben?

Aber es ist viel Arbeit. Wenn man keine Leerstellen lassen will, wo Rechte reinspringen können, hat man tatsächlich viel zu tun. In Halle/Saale gibt es zeitgleich mit der rechten Buchmesse das große ‚Wir'-Festival. Das ist eine

stadtweite Kampagne, die auch das ganze Jahr über läuft. Da ist vom Häkelclub bis zur Demo alles dabei, viele verschiedene Projekte, die es irgendwie schaffen, sich unter dem Label „Wir für Halle“ zusammen zu tun. Das ist wahnsinnig viel und vor allem intensive Bündnisarbeit. Wichtig ist es trotzdem, konkrete auch kommunikative Angebote zu machen, also nicht nur eine Stadtbibliothek zu haben, sondern zum Beispiel auch Vorleseabende, Buchclubs oder Literaturgespräche anzubieten. Es macht ja auch Spaß, über Bücher zu reden. Oder?

**

Über unsere Gesprächspartnerin:

Mareike Gronich ist Literaturwissenschaftlerin und beschäftigt sich seit Jahren mit dem Zusammenhang von Literatur und Politik – sowohl in der Erwachsenen- als auch in der Kinder- und Jugendliteratur vor allem des 20. und 21. Jahrhunderts. Zuletzt erschien von ihr ein Aufsatz mit dem Titel: Von (Vor-)Leser:innen und Vorlese-Hooligans: Kinder- und Jugendliteratur als Austragungsort rechtsextremer Hegemoniepolitik. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (Hg.): Demokratiebildung in und mit Kinder- und Jugendmedien. Materialheft mit Fachbeiträgen, didaktischen Impulsen und Beispielen. Frankfurt a.M.: 2026. [im Erscheinen]

*

Das Gespräch wurde im August 2026 von Andrea Strübe und Johanna Bröse geführt.

Zitathinweis: Andrea Strübe und Johanna Bröse: „Kulturelle Hegemonie geht politischer Macht voraus“. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/uLv6g.

Klassenpolitik statt Kulturkampf?

Essay von Sebastian Friedrich

Die Debatte um eine „Neue Klassenpolitik“ stellte Kultur und Klasse einander gegenüber. Doch ein Blick in die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, dass Klassenkampf immer auch Kulturkampf war.

Essay von Sebastian Friedrich

Zehn Jahre ist es her, dass in Deutschland die Debatte um eine „Neue Klassenpolitik“ Fahrt aufnahm. Der Brexit, der gerade unter Menschen in einfachen und mittleren Tätigkeiten überdurchschnittlich viel Zustimmung gefunden hatte, die Wahl Donald Trumps, nicht zuletzt ermöglicht durch Stimmen aus den ehemaligen Industrieregionen des Rust Belt, das Erstarken der AfD unter Arbeiter*innen und die Veröffentlichung der deutschsprachigen Ausgabe von Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ waren ausschlaggebend für die Diskussion darüber, ob die Linke Klassenfragen vernachlässigt und sich zu sehr auf Fragen der Lebensführung und Identität konzentriert habe.

Die Gegenüberstellung von Kultur und Klasse zu problematisieren, war ein Ziel der Diskussion um eine „Neue Klassenpolitik“. Gleichzeitig war genau diese Entgegensetzung Ausgangspunkt der Kritik. So notwendig diese Kritik war, so schwer ließ sich der Widerspruch aufheben.

In einem Text, mit dem ich, damals noch Redakteur der linken Monatszeitung *analyse & kritik* – einstmals „Arbeiterkampf“ –, die Diskussion um Neue Klassenpolitik in der Zeitung eröffnete, ging ich selbst von einer Trennung zwischen einer „Kulturlinken“ und jenen aus, die an Klassenfragen interessiert sind.

Die Kritik daran, dass Diskussionen um Sprache, Repräsentation und individuelle Lebensführung soziale Verteilungs- und Machtfragen überlagern können, halte ich auch heute noch für richtig. Ebenso die Kritik an einem Kulturalismus, bei dem Anerkennungsfragen von politischer Ökonomie getrennt werden. Nancy Fraser warnt gerade davor, Anerkennung gegen Umverteilung auszuspielen und kulturelle Fragen von ökonomischer Ungleichheit abzukoppeln. Fragwürdiger erscheint mir heute die in der Entgegensetzung von „Kulturlinken“ und „Klassenlinken“ implizite Vorstellung, Kultur und Klasse seien getrennte Sphären. Kultur blieb etwas, das zur Klassenpolitik hinzutreten sollte, nicht etwas, das in ihr selbst bereits enthalten ist. Ein Blick in die Geschichte zeigt jedoch, dass die Gegenüberstellung von Kultur und Klasse historisch wie theoretisch fragwürdig ist.

Arbeiterbewegung als Kulturbewegung

Bereits die frühe Arbeiterbewegung verband die Kämpfe um soziale Befreiung mit Selbstbildung und kultureller Entwicklung. Der Kulturwissenschaftler Dietrich Mühlberg rekonstruiert in seinem lesenswerten Eintrag zu Kultur für das „Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus“ die Kulturkonzepte der Arbeiterbewegung. Zusammen mit Wolfgang Fritz Haugs ebenfalls im Historisch-Kritischen Wörterbuch erschienener Rekonstruktion des Kulturbegriffs bilden diese Texte wichtige Orientierungspunkte.

Mühlberg geht etwa auf Wilhelm Liebknecht ein, der 1872 die Aneignung von Wissen propagierte. „Wissen ist Macht“, wie es bei Francis Bacon heißt, könne auch umgedreht werden: „Macht ist Wissen“. Was wie die Vorwegnahme einer zentralen Einsicht der erst knapp hundert Jahre später einsetzenden Foucaultschen Diskurstheorie klingt, ist bei Liebknecht nicht weniger als die Integration kultureller Kämpfe in das sozialistische Emanzipationsprojekt: Das Wissen, über das die Herrschenden verfügen, sei den Beherrschten nur zubereitet und verfälscht zugänglich.

Rosa Luxemburg schrieb später in einem Brief an Franz Mehring, Liebknecht habe die Arbeiter gelehrt, „dass der Sozialismus nicht eine Messer-und-Gabel-Frage, sondern eine Kulturbewegung, eine große und stolze Weltanschauung sei“.

Schon früh wurde dabei darüber gestritten, was eine sozialistische Kultur überhaupt sein könnte. Soll eine eigene proletarische Gegenkultur geschaffen werden? Oder geht es gerade darum, sich Wissen, Kunst und kulturelle Errungenschaften anzueignen, die unter bürgerlichen Bedingungen hervorgebracht wurden, aber keineswegs im Besitz des Bürgertums bleiben müssen? Und welche kulturellen Voraussetzungen braucht eine Bewegung überhaupt, die die Gesellschaft verändern will?

Antonio Gramsci stellte diese letzte Frage ganz grundsätzlich: Eine Revolution setzt eben nicht nur gemeinsame materielle Interessen voraus. Menschen, die unter kapitalistischen Bedingungen gelernt haben, ihre Probleme individuell zu bearbeiten, müssen erst Erfahrungen von Solidarität, gemeinsamer Handlungsfähigkeit und kollektiver Organisation entwickeln. Die Arbeiterbewegung produzierte folgerichtig auch selbst Kultur, schuf eigene Orte und entwickelte spezifische Formen von Bildung, Gemeinschaft und Öffentlichkeit: in sozialistischen und kommunistischen Turn- und Sportvereinen mit zeitweise mehr als einer Million Organisierten, in Arbeitergesangsvereinen und Chören, in Theatern und Volksbühnen, in Literatur, Verlagen, Presse und vielem mehr.

In Arbeiterbildungsvereinen bildeten sich diejenigen fort, die sonst nur begrenzten Zugang zur bürgerlichen Bildung hatten. Bildung als Voraussetzung für Emanzipation zu begreifen hieß auch, vielen überhaupt erst Lesen und Schreiben beizubringen. So gab es Arbeiterbibliotheken, selbstorganisierte Leseabende und Lesehallen. In der Sowjetunion wurde diese Idee direkt aufgegriffen: In speziellen Stellen zur Beseitigung des Analphabetismus („Likpunkty“) lernten Erwachsene Lesen, Schreiben und Rechnen.

„So betrachtet“, schrieb vor einigen Monaten der Schriftsteller Mesut Bayraktar in der *jungen Welt*, ist die Arbeiterbewegung „immer auch eine Bildungs- und Kulturbewegung gewesen“. Und weiter: „Das Selbstbewusstsein der Unterdrückten auch auf dem kulturellem Gebiet gestärkt zu haben, das ist ein welthistorisches Verdienst des Kommunismus. Und es bleibt seine Aufgabe.“

Ein materialistischer Kulturbegriff begrenzter Weite

Allein diese Debatten und Beispiele machen deutlich: Klassenkampf wurde in der Arbeiterbewegung keineswegs ausschließlich als Kampf um Lohn, Verteilung und Eigentum verstanden. Klassenverhältnisse waren nie nur auf das Materielle im engeren Sinne beschränkt. Es ging immer auch um Kultur – allerdings in einem begrenzt weiten Sinne: weder ganz eng gefasst als Kunst, Theater, Literatur oder sogenannte Hochkultur noch beinahe grenzenlos ausgeweitet als Synonym für die gesamte Lebensweise.

Ein materialistisches Verständnis von Kultur begreift diese weder als in sich geschlossene Sphäre der Ideen noch als reinen Ausdruck ökonomischer Verhältnisse. Mit Kultur ist vielmehr jene gesellschaftliche Ebene gemeint, auf der wir Erfahrungen deuten, Vorstellungen von Normalität und Gerechtigkeit erlernen und darüber streiten, welche Bedürfnisse als berechtigt gelten, welche nicht und wie wir leben wollen.

Ein materialistisches Kulturverständnis fragt also danach, wie kulturelle Deutungen unter konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen entstehen und diese Verhältnisse stabilisieren oder infrage stellen können.

Klassenkampf hat eine kulturelle Dimension

Mit einem solchen materialistischen Kulturbegriff begrenzter Weite lässt sich Klassenkampf kaum ohne seine kulturelle Dimension fassen. So baute auch die alte Arbeiterbewegung nicht als Selbstzweck ein dichtes Netz eigener Kulturinstitutionen auf. Dahinter stand die Erkenntnis, dass eine Klasse nicht allein dadurch zum politischen Akteur wird, dass genügend Menschen ähnliche Positionen im Produktionsprozess einnehmen. Eine geteilte Klassenlage erzeugt noch kein gemeinsames Klassenhandeln. Der Historiker E. P. Thompson hat Klasse deshalb nicht als feststehende Kategorie verstanden, sondern als ein Verhältnis, das sich in gemeinsamen Erfahrungen, Konflikten und Handlungen herausbildet.

Menschen müssen ihre Klassenerfahrungen als solche deuten und sich fragen, warum die Situation, in der sie leben, so ist, wie sie ist, mit wem sie ähnliche Erfahrungen teilen, wer für diese Situation verantwortlich ist, welche Interessen sie selbst haben, welche Interessen andere verfolgen und wie das Leben verändert werden kann. Das Ringen um solche Deutungen ist Teil der Klassenauseinandersetzungen.

Das ist umso wichtiger in einem Kapitalismus, der sich mit der politischen Herrschaftsform der liberalen Demokratie verbindet und in dem Herrschaft nicht ausschließlich durch Zwang und Gewalt aufrechterhalten wird. Sie beruht auch darauf, bestimmte Vorstellungen von Arbeit, Leistung und Gesellschaft als selbstverständlich erscheinen zu lassen: dass niedriger Lohn zuvorderst individuelles Versagen, Arbeitslosigkeit persönliche Schuld und die Pflege und Betreuung von Angehörigen eine private Angelegenheit sei, dass sich Leistung in der Höhe des Einkommens ausdrücke, dass jede und jeder alles schaffen könne.

Solche Vorstellungen zu durchschauen und ihnen etwas entgegenzusetzen, ist Teil der Klassenauseinandersetzungen – im Sinne der Entstehung von Klassenbewusstsein ist es sogar eine ihrer Voraussetzungen. Materielle Interessen sprechen nicht von selbst, sondern sie werden erkannt, wenn Erfahrungen entsprechend gedeutet und politisch gebündelt werden. Ein materialistisches Kulturverständnis fragt also erstens danach, wie Erfahrungen gedeutet werden, welche Vorstellungen von der Welt sich durchsetzen und unter welchen Bedingungen daraus gesellschaftliches Handeln entstehen kann.

Doch einem materialistischen Kulturverständnis geht es nicht nur darum, wie Menschen die Welt interpretieren, sondern zweitens auch um die materiellen Voraussetzungen der Welt, wie sie ist, und jener Welt, wie sie sein könnte. Es fragt also nach den Bedingungen, die notwendig wären, damit Menschen ihr Leben tatsächlich selbstbestimmt leben könnten.

Jenseits von Utopismus und Individualismus

Hier unterscheidet sich ein materialistisches Kulturverständnis von abstraktem Utopismus. Vom Hier und Jetzt vollends abgekoppelte Vorstellungen eines anderen Lebens führen in gedankliche Schwerelosigkeit, wenn nicht zugleich der materielle Boden in den Blick genommen wird – also die Frage, welche gesellschaftlichen Verhältnisse ein anderes Leben verhindern oder ermöglichen.

Deshalb fragt ein materialistisches Kulturverständnis nach den materiellen Voraussetzungen, unter denen aus Vorstellungen tatsächliches Leben werden kann. Hier ist die genuin marxistische Einsicht entscheidend, dass die Möglichkeiten menschlicher Selbstentfaltung von gesellschaftlichen Verhältnissen abhängen, die nicht durch bloße Veränderungen des Denkens oder des Willens überwunden werden können. Eine Gesellschaft, in der es mehr Zeit und Möglichkeiten gibt, sich gesellschaftlich einzubringen, politisch zu beteiligen, füreinander da zu sein, setzt andere Vergesellschaftungen voraus, andere Produktions- und Reproduktionsweisen, andere Institutionen, Wohnverhältnisse, Arbeitszeiten, Einkommen, Zwecke der Produktion. So grenzt sich ein materialistisches Kulturverständnis von rein individualistischen Fluchten aus Zwängen ab. Man kann versuchen, anders zu konsumieren, weniger zu arbeiten, aufs Land zu ziehen, sich dem digitalen Leben weitgehend zu entziehen. Solche Versuche, so sinnvoll sie für Einzelne auch erscheinen mögen, ändern aber nichts daran, dass die Möglichkeit, sich bestimmten Zwängen teilweise zu entziehen, nicht ohne Weiteres verallgemeinert werden kann.

Kulturbegriff der radikalen Rechten

Ein solches materialistisches Kulturverständnis unterscheidet sich fundamental von einem rechtsnationalistischen Kulturbegriff, wie ihn etwa jüngst der AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider in seinem Buch „Kulturpolitik“ formuliert hat (siehe dazu ausführlich die Besprechung in der Kaderschmiede des „Über Rechts“-Podcasts). Tillschneider entwirft darin einen „allumfassend-allunterscheidenden“ Kulturbegriff. Dass er Kultur ausdrücklich an nationale

Identität bindet, ist auch in seinen öffentlichen Äußerungen und kulturpolitischen Forderungen dokumentiert.

Allumfassend ist er, weil Kultur bei Tillschneider im Grunde sämtliche vom Menschen hervorgebrachten Lebensformen umfasst: Werkzeuge, Familie, Institutionen, Religion, Essen, Kleidung. In einer rechten Kulturpolitik, schreibt er, „ist die Kultur nicht ein kleiner Teil der Politik, sondern umgekehrt die Politik nur ein kleiner Teil der Kultur“.

Die enorme Weite dieses Kulturbegriffs bringt bereits eigene Probleme mit sich. Entscheidender ist jedoch seine zweite Bestimmung: das „Allunterscheidende“. Unter Rückgriff auf den Strukturalismus grenzt Tillschneider Kulturen scharf voneinander ab: „Kulturen können niemals in einen Dialog treten“. Die strukturalistische Betonung von Differenz radikalisiert er dabei und verbindet sie mit einer expliziten Nationalisierung des Heideggerschen Weltbegriffs.

Aus Martin Heideggers „In-der-Welt-Sein“ wird bei Tillschneider ein In-der-nationalen-Welt-Sein. Der zentrale, letztlich alles bestimmende Bedeutungs- und Verweisungszusammenhang des Individuums ist die Nationalkultur. Entsprechend schreibt er: „Die Nationalkultur ist keine Frage des Definierens, sondern eine Frage des Seins eines Volkes und meiner selbst, also eine Frage des Selbstseins“.

Widersprüche statt Homogenität

Ein solches rechtsnationalistisches Kulturverständnis behandelt Nationalkultur damit als einen vorgängigen Zusammenhang, in den das Individuum hineingestellt ist. Es beruht auf einer Vorstellung von Homogenität in zweierlei Richtungen: nach außen wie nach innen. Nach außen werden Nationalkulturen scharf voneinander getrennt, nach innen erhält die nationale Gemeinschaft Vorrang vor den gesellschaftlichen Interessengegensätzen innerhalb der Nation. Die Arbeiterin und der Unternehmer erscheinen somit in erster Linie als Deutsche, ihre gegensätzlichen Positionen innerhalb der gesellschaftlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse treten dahinter zurück.

Ein materialistischer Kulturbegriff setzt genau andersherum an. Er geht nicht von einer irgendwie bereits vorhandenen kulturellen Einheit aus, sondern von konkreten materiellen Verhältnissen, unter denen Menschen Kultur hervorbringen, sich aneignen und verändern: von Arbeit und Eigentum, von Zeit und Bildung, von sozialen Hierarchien und institutioneller Macht. Kultur entsteht in diesen Verhältnissen und in den Kämpfen um ihre Aufrechterhaltung und Veränderung.

Das Gegenstück zur rechten Nationalkultur ist deshalb nicht eine vermeintlich authentische Arbeiterkultur. Es ist vielmehr ein Kulturverständnis, das gesellschaftliche Widersprüche nicht verdeckt, sondern sichtbar macht. Wo eine nationalistische Kulturgeschichte die Geschichte eines vermeintlich einheitlichen Volkes erzählt, fragt eine materialistische Kulturgeschichte nach den Widersprüchen, Herrschaftsverhältnissen und Kämpfen, durch die Kultur überhaupt erst hervorgebracht wurde.

Eine materialistische Geschichte der Ruhrgebietskultur würde nicht aus der Perspektive einer deutschen Regionalkultur erzählt, die durch Industrialisierung geprägt wurde. Sie würde auch nicht einfach eine Tradition von Zechen und Malochern erzählen, sondern danach fragen, wie aus Industrialisierung, Eigentumsverhältnissen, Migration, Klassenauseinandersetzungen, Aneignungen und Momenten der Selbstbestimmung jene Kultur entstanden ist, die im Rückblick als eine einheitliche, irgendwie organisch gewachsene Tradition erscheint.

Gegenprobe

Bis jetzt sollte klar geworden sein, dass Klassenkampf immer auch kulturelle Auseinandersetzungen umfasst und Klasse und Kultur also keineswegs einfache Gegensätze bilden. Aber wie ist es andersherum: Ist jeder Kulturkampf auch Klassenkampf? Ist der Kulturbegriff ein allumfassender? Hier lässt sich zweierlei einwenden.

Erstens ist nicht jeder Konflikt auf Klassenlagen zurückzuführen. Zwar verschränken sich im Kapitalismus die meisten mit Klassenkonflikten, sie gehen aber dennoch nicht in diesen auf. Rassifizierungen sind nicht allein Resultat von Klassenauseinandersetzungen, patriarchale

Herrschaftsverhältnisse und generationale Konflikte ebenso wenig. Sie besitzen eigene gesellschaftliche und historische Dynamiken, sind zugleich mit Klassenverhältnissen verschränkt und werden von ihnen, oft auch wesentlich, mitgeprägt, ohne mit ihnen identisch zu sein.

Zweitens sollte Kultur nicht mit der gesamten Lebensweise gleichgesetzt werden. Wenn Kultur alles ist – Werte, Wissen, Fähigkeiten, Einstellungen, Gewohnheiten –, stellt sich die Frage, was eigentlich nicht Kultur ist. Wenn alles Kultur ist, verliert der Begriff seine spezifische Bedeutung. Kultur sollte zwar weiter gefasst werden als Hochkultur und Kulturpolitik, aber enger als Lebensweise, verstanden als Gesamtheit gesellschaftlicher Praktiken und Bedingungen. Kultur ist demgegenüber die Ebene, auf der diese Lebensweisen Bedeutung erhalten, indem sie gedeutet, bewertet, offengelegt, verschleiert, legitimiert oder delegitimiert werden.

Ausbeutung ist kein Kulturkampf, sondern zunächst ein materielles gesellschaftliches Verhältnis. Zur kulturellen Auseinandersetzung wird sie dort, wo über sie gestritten wird, wo sie gedeutet, legitimiert oder delegitimiert und ihre Überwindung vorstellbar wird. Eine materialistische Kulturperspektive fragt in diesem Sinne danach, wie Erfahrungen der Ausbeutung gedeutet und gebündelt, Interessen sichtbar und Alternativen vorstellbar werden.

Zum Ausgangspunkt

Die fein säuberliche Trennung von Klasse und Kultur ist falsch. Klassenauseinandersetzungen werden immer auch darum geführt, wie Erfahrungen gedeutet werden, welche Bedürfnisse als berechtigt gelten und welche Vorstellungen eines guten Lebens sich durchsetzen. Klassenkampf hat deshalb notwendig eine kulturelle Dimension. Umgekehrt geht aber nicht jeder kulturelle Konflikt im Klassenkampf auf. Klassenverhältnisse strukturieren Kultur wesentlich, sie determinieren sie aber nicht.

Dennoch verweist die Gegenüberstellung von Klasse und Kultur auf ein reales Problem: Kulturelle Auseinandersetzungen können sich von Fragen gesellschaftlicher Macht, Eigentum und materieller Ungleichheit lösen. Sie können sich auf einen liberalen Gleichheitsbegriff verengen, der die formale

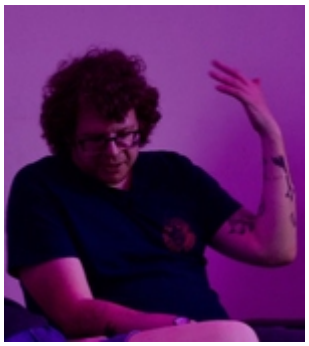
Gleichrangigkeit aller behauptet, ohne begreifen oder gar angreifen zu müssen, welche Bedingungen tatsächliche Gleichrangigkeit verhindern.

Die Debatte um „Neue Klassenpolitik“ bearbeitete also nicht das falsche Problem, setzte aber teilweise einen falschen Gegensatz voraus. Richtig war die Kritik an einer kulturellen Politik, die sich von Fragen gesellschaftlicher Macht und materieller Ungleichheit gelöst hatte – und sich etwa in dem ausdrückte, was Nancy Fraser als „progressiven Neoliberalismus“ bezeichnet hat. Fraser meint damit die Verbindung einer finanzzentrierten politischen Ökonomie mit einer progressiven Politik der Anerkennung. Falsch war jedoch der zumindest implizite Schluss, Kultur und Klasse ließen sich voneinander trennen.

Die Antwort darauf kann also nicht lauten, kulturelle Auseinandersetzung durch Klassenkampf zu ersetzen. Ein materialistisches Kulturverständnis fragt vielmehr danach, wie kulturelle Deutungen mit Eigentum, Arbeit, Macht und konkreten Lebensbedingungen zusammenhängen – ohne Kultur darauf zu reduzieren. Es macht die kulturelle Dimension gesellschaftlicher Herrschaft sichtbar und fragt zugleich nach ihren materiellen Voraussetzungen wie nach den Bedingungen, unter denen Befreiung und Selbstbestimmung überhaupt möglich werden.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Klassenpolitik statt Kulturkampf? Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/vxPdk.

Die Lust am Faschismus



Gespräch mit Morten Paul

Warum faschistische Politik auf Erregung, Ausgrenzung und Zerstörungslust setzt und welche Konsequenzen sich daraus für eine antifaschistische Kulturpraxis ergeben, erläutert Morton Paul im Buchgespräch zu „Was war Faschismustheorie?“

Faschismus wird gerade wieder überall diskutiert. Ihr blickt mit dem Sammelband „Was war Faschismustheorie?“ auf die unterschiedlichen historischen, gesellschaftlichen und sozialen Kontexte, in die Faschismustheorien eingebettet sind. Was leistet dieser Blick auf die Theoriegeschichte für unser Verständnis von Faschismus heute – und vielleicht auch für eine antifaschistische Praxis?

Morten Paul: Nachdem Faschismus viele Jahre lang vor allem als Bezeichnung von historischen Phänomenen Verwendung fand, taucht der Begriff seit einiger Zeit vermehrt auch in Gegenwartsdeutungen wieder auf. Bemerkenswert finde ich dabei zunächst, dass diejenigen, die durch diese begriffliche Linse auf die Gegenwart schauen, in der Regel mit ihren Texten auch einen politischen Anspruch erheben. Mit Faschismus beschreiben sie eine Gefahr oder Bedrohung. Man analysiert sie, um etwas gegen diese Gefahr tun zu können. Es wird in diesen Texten also ein Zusammenhang zwischen Verstehen und Verhindern hergestellt. Das gibt den Texten eine besondere Dringlichkeit und verleiht ihnen einen gewissen Sound, oft auch Pathos. Beim Blick in ältere faschismustheoretische Texte fiel mir dann auf, dass sich dieser Anspruch, mit der Analyse antifaschistisch zu wirken, durch die Geschichte der Faschismustheorie hindurchzieht – und zwar mit Ähnlichkeiten bis in einzelne, wiederkehrende Absichtserklärungen hinein. Darüber bin ich gestolpert, zumal sich die Umstände, unter denen diese Texte geschrieben und gelesen wurden, wenn wir etwa die 1920er, die 1940er, die 1960er Jahre und die heutige Zeit vergleichen, doch sehr grundlegend unterscheiden. Man denke nur an den jeweiligen Zustand der Arbeiter*innenbewegung, die lange die

zentrale Adressatin linker Intervention war; oder die Formen von Öffentlichkeit, in denen Texte zirkulieren.

Was hast du mit dieser Irritation angefangen?

Also es gibt diese ungeheure Produktion an Texten, an Reden, Flugblättern, Broschüren und Büchern, die schon den Aufstieg des Faschismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begleitet hat. Diese Textproduktion war seitdem zwar Konjunkturschwankungen unterworfen, ist aber nie vollständig abgerissen. Der Faschismus fordert also offenkundig das Nachdenken in besonderer Weise heraus. Wenn es den Faschismus oder etwas dem Faschismus Ähnliches aber nach über 100 Jahren des Nachdenkens darüber, wie man ihn verstehen sollte, um ihn gut bekämpfen zu können, tatsächlich wieder oder noch immer gibt – und diese Behauptung stellen die von dir angesprochenen neueren Texte ja auf die eine oder andere Art auf –, kann von der antifaschistischen Wirksamkeit dieser Analysen zumindest nicht mehr einfach so ausgegangen werden. Das ist kein Urteil darüber, was diese Analysen sonst leisten. Viele ihrer Autor*innen haben zudem auch sonst auf verschiedene Weisen gegen den Faschismus gekämpft. Mir geht es nur um Folgendes: Wenn die Annahme zugespitzt lautet, dass aus der richtigen Analyse schon die erfolgreiche Bekämpfung folgt, dann ist diese Annahme durch den Geschichtsverlauf zumindest fragwürdig geworden und erscheint aufklärerisch-naiv.

Vielfach fehlt es in den Texten aber an einem expliziten Nachdenken darüber, wie der Zusammenhang von Analyse und antifaschistischer Praxis überhaupt genau funktionieren soll. Er wird zunächst vor allem behauptet und erscheint oft wie selbstverständlich. Die Frage, wann und unter welchen Bedingungen welche Art von Text über ein Phänomen dabei hilft, dieses zu bekämpfen oder zu verhindern, bleibt, wenn überhaupt, implizit. Ein Ziel des Bandes war es, solche implizit zugrunde gelegten Annahmen und ihre jeweiligen historischen Rahmenbedingungen herauszuarbeiten und so befragbar zu machen. Deswegen richtet der Band den Blick vom politischen Phänomen Faschismus weg auf die Geschichte der Faschismustheorie selbst.

Wenn diese Fragen in den faschismustheoretischen Texten doch diskutiert wurden und werden, dann oft dort, wo das Zerbrechen einer zuvor herrschenden Überzeugung am Faschismus ein Neuansetzen des Nachdenkens

erzwang. Das betrifft theoretische Vorannahmen genauso wie hergebrachte Weisen, über Politik zu schreiben. Die Form der Theorie wird ihr selbst zum Thema. Darüber kamen gerade diese Texte dann auch zu wichtigen Erkenntnissen über die Funktionsweise und Anziehungskräfte des Faschismus, die anderen, selbstgewisseren Analysen entgehen mussten. Auch das Verstehen bleibt davon also nicht unberührt. Diese Momente in der Geschichte der Faschismustheorie sucht der Band deshalb gezielt auf und hofft, so auch etwas über Faschismus sagen zu können.

Kannst du diese Notwendigkeit der Auseinandersetzung etwas ausführen?

Der Faschismus hat mit seinem plötzlichen und brutalen Auftreten in den Nachwehen des Ersten Weltkriegs viele Überzeugungen seiner Zeitgenoss*innen infrage gestellt. Er forderte damit das Begreifen heraus. Andererseits erzwang seine Gewaltpraxis unmittelbar Reaktionen, insbesondere von denen, die er als seine Gegner*innen auserkoren hatte. In der marxistischen Tradition war der Schock darüber vielleicht auch deshalb besonders ausgeprägt, weil der Marxismus als Gesellschaftstheorie der kommunistischen Bewegung ein umfassendes und systematisches Verständnis des Verhältnisses von Theorie und Praxis, Erkenntnis und Wirklichkeit formuliert hatte. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es die Erwartung, dass sich an die Oktoberrevolution nun auch die Weltrevolution anschließen würde. Genau das Gegenteil ist passiert. In diesem Sinne war und ist der Faschismus der Stresstest für die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis, mit dem sich eine kritische Theorie der Gesellschaft immer herumschlagen muss. Das hat einerseits zu Verhärtungen geführt: Das eigene Denken wurde dogmatisch und begann, die Wirklichkeit umzudeuten, damit die Theorie weiterhin passt. Aber es gab auch die gegenläufige Bewegung, ein unorthodoxes Neuansetzen und Experimente. Solche Momente gab es natürlich auch in vielen anderen politisch-theoretischen Traditionslinien, die Bruchlinien waren dort aber vielleicht nur weniger scharf ausgeprägt.

Wenn wir solche ideengeschichtlichen Momente mit dem Band in Erinnerung rufen, ist meine Hoffnung, dass uns das hilft, bessere Antworten darauf zu finden, wie heute das Verhältnis zwischen Erkenntnis und politischer Praxis aussieht und wie es zu gestalten wäre. Denn an dem Anspruch möchte ich unbedingt festhalten. Allerdings eben nicht in dem Sinne, nun eine neue,

richtige Theorie – alle anderen waren halt falsch, jetzt komme ich! – vorzuschlagen, mit der man dann endlich, weil richtig verstanden, den Faschismus verhindern kann. Das würde wieder unterschlagen, wie komplex der Zusammenhang zwischen Verstehen und Verhindern, Theorie und Praxis sich darstellt, allein wenn man in die Geschichte der Faschismustheorie schaut. Ich meine das eher in dem Sinne, dass wir so scharf stellen können, welche Aspekte auf verschiedenen Ebenen zu berücksichtigen sind, unsere Ansprüche und Ziele dementsprechend reflektieren und diese Reflexion in das Theorie-Design mitaufnehmen. Dann kann nämlich, so meine Überzeugung, gerade der Unterschied *und* der Zusammenhang zwischen kritischer Theorie und politischer Praxis zu einem produktiven, sich wechselseitig befruchtenden Verhältnis beitragen und Antifaschismus so stärken.

Die Scheu ist also weg, den Faschismusbegriff wieder zu benutzen. Du verwendest ihn selbst und verteidigst ihn auch. Was meinst du eigentlich mit Faschismus?

Mir scheint, dass der Begriff derzeit auch deshalb verstärkt benutzt wird, weil die etablierten Begriffe für extremrechte Tendenzen und politische Entwicklungen innerhalb der Nachkriegsdemokratien, also zum Beispiel Neofaschismus auf der einen, Rechtspopulismus auf der anderen Seite, nicht mehr so richtig greifen. Sie drohen, die Situation, in der wir uns befinden, zu verharmlosen. Dann wäre Faschismus ein an einer vergangenen politischen Entwicklung gewonnener Name, den man prüft und gegebenenfalls durch einen anderen, passenderen, vielleicht auch neuen Namen ersetzt, wenn man ihn gefunden hat. Vorschläge dazu gibt es auch und die Diskussion läuft.

Ich glaube, dass es aber darüber hinaus angezeigt ist, Faschismus auch deshalb als analytische Kategorie einzusetzen, weil sich mit ihm bestimmte Gegenwartsphänomene begreifen lassen, die einem ansonsten zu entgehen drohen. Ein wichtiger Aspekt, der faschistische Politik von anderen Politikformen unterscheidet, ist für mich seine populäre Seite, also die Art und Weise der Anrufung von Menschen und Mobilisierung von Massen. Im Kern dieser Mobilisierung steht die Aufwertung eines Kollektivs – historisch war das vor allem ein national und völkisch-ethnisch bestimmtes Kollektiv – durch Abwertung und Ausgrenzung anderer. Der andere wird dabei zum Schuldigen oder Aggressor erklärt, der für die eigene Misere, also etwa historisch die Kriegsniederlage des Deutschen Reichs, verantwortlich gemacht wird. Die

Diskriminierung, Ausgrenzung oder sogar Vernichtung kann dann als Verteidigung, sogar als Notwehr verstanden werden und erscheint deshalb absolut legitim. Die Ausgrenzung ist aber wesentlich, weil nur durch sie die Integration und Aufwertung des Kollektivs erfolgt, das so – und nur so – seine Überlegenheit demonstrieren kann. Sie geht also dem Kollektiv in gewisser Hinsicht voraus und stellt es überhaupt erst her: Keine Herrenrasse ohne Gegenrasse. Der Faschismus muss sich deshalb beständig seinen Feind selbst schaffen. Und deswegen ist die fortgesetzte Gewalt, die er ausübt, auch nicht zufällig, sondern notwendig für den Faschismus. Die Philosophin Eva von Redecker hat diese Logik zuletzt mit Bezug auf die Kategorie des Eigentums noch einmal sehr genau rekonstruiert.

So gefasst verstehe ich Faschismus als eine Möglichkeit, Politik zu machen, die ab dem Moment möglich wird, in dem die Masse selbst zu einem politischen Faktor wird. In der Ständegesellschaft braucht es diese populäre Anrufung im Grunde noch nicht. Jede*r hat seinen festen Platz in einer prinzipiell unveränderlichen Hierarchie. In dem Moment aber, in dem alle Menschen zu politischen Subjekten werden, also in der Moderne mit ihren bürgerlichen Revolutionen, wird diese neue Form der Anrufung eine Option, politische Zustimmung zu organisieren. Eine Vorform bildet daher etwa der Bonapartismus im Frankreich des 19. Jahrhunderts als Form populärer Restauration. Der Ku-Klux-Klan wird unmittelbar nach der Abschaffung der Sklaverei im Anschluss an die Niederlage der Südstaaten im Amerikanischen Bürgerkrieg gegründet. Und insofern war der Faschismus mit dem Ende der Regime Mussolinis und Hitlers auch nicht einfach weg, sondern blieb als Möglichkeit und politische Option grundsätzlich bestehen, wenn auch in den Nachkriegsjahrzehnten einige Vorkehrungen getroffen worden waren, um seine Attraktivität und seinen Spielraum zu mindern.

In bestimmten Situationen gewinnt dieser Politikmodus nämlich einen besonderen Appeal. Eine solche Situation ist, meine ich, die Krise anderer Arten, die Massengesellschaft zu organisieren, etwa durch die bürgerlich-liberale Demokratie und ihre rechtsstaatlichen Institutionen und Verfahren. Wenn sie ihr Versprechen von Integration der Einzelnen – und damit meine ich nicht nur Wahlen, sondern auch Zugehörigkeit, Teilnahme, Selbstwirksamkeit, Perspektiven – nicht mehr einlösen kann oder zu unterlaufen beginnt, verlieren diese Institutionen und Verfahren an Legitimität. Dann gewinnt die

faschistische Option, Zugehörigkeit zu organisieren, an Anziehungskraft. Das lässt sich für die frühen und die späten 1920er Jahre zeigen. Und hier gibt es, meine ich, seit der Finanzkrise 2008 und im Kontext der Austeritätspolitik auch eine starke Parallele zur Gegenwart – natürlich unter veränderten medientechnologischen und sozioökonomischen Bedingungen, man denke nur an Digitalisierung und Klimakatastrophe.

Da wird ein Kontinuum zwischen Liberaldemokratie und Faschismus sichtbar, oder?

Aus einer kapitalismuskritischen Perspektive kann man sagen: Im Kapitalismus muss die bürgerlich-liberale Demokratie dieses Versprechen immer wieder unterlaufen. Damit wäre auch die Frage nach der Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderung aufgeworfen. Das Perfide ist nun aber, dass die faschistische Option sich heute als eine solche Veränderung präsentiert und zugleich an viele Dinge nahtlos anknüpfen kann, die auch in der liberalen bürgerlichen Demokratie gelten und die sich mit der Neoliberalisierung noch einmal verschärft haben: an die Idee, dass man seines eigenen Glücks Schmied ist, dass wir alle in einem Wettbewerb miteinander stehen, an die Vorstellung, dass man deshalb besser und härter sein muss als die anderen, den Gürtel enger schnallen, und so weiter. Faschistische Politik kann sich als Bruch mit dem Status quo und Alternative zu ihm präsentieren und muss zugleich an den Grundlagen der Gesellschaftsorganisation sehr wenig verändern. Das ökonomische Programm der AfD bleibt letztlich wirtschaftsliberal. Sie bietet dafür eine Ersatzbefriedigung an. Damit will ich nicht die Brutalisierung verharmlosen, die sich hierbei noch einmal bahnbricht – sie ist ja geradezu das Mittel, wegen dessen vieles sonst so bleiben kann, wie es war. Selbst der Nationalismus ist ja nichts dem Faschismus Eigenes, sondern Geschäftsgrundlage der Nationalstaaten in der Staatenkonkurrenz. Genau das hat faschistische Politiken und Bewegungen im Übrigen auch für Teile der Eliten und bestimmte gesellschaftliche Gruppen immer wieder zu einem attraktiven Partner gemacht – bis heute.

Der französische Schriftsteller Georges Bataille fasst diese merkwürdige Doppelgesichtigkeit aus Bruch und Kontinuität schon 1934 sehr genau: Er schreibt, der Faschismus sei besonders verlockend für jene, die sich von der zuvor bestehenden Ordnung etwas versprochen hätten. Seine Anhänger*innen wenden sich also von dieser Ordnung nicht wegen ihres grundlegenden

Charakters ab – etwa, weil sie diesen Charakter ablehnen –, sondern ganz im Gegenteil, weil die Ordnung diesen Charakter zu verlieren droht. Die, die in einer Ordnung mit diesem Charakter sowieso keinen Blumentopf zu gewinnen haben, sind dann auch für die faschistische Variante weniger ansprechbar. Aus dieser Perspektive lassen sich einige der Rätsel, die die sozialwissenschaftlichen Befunde etwa zur Unterstützung der AfD oder Trumps ihren Interpret*innen aufgeben, auflösen.

Du hast die faschistische Logik als einen Politikmodus beschrieben. Wie lässt sich von einzelnen faschistischen Praktiken sprechen, ohne ganze Akteur:innen oder Gesellschaften vorschnell als faschistisch zu bezeichnen?

Ich glaube, man kann ganz gut das Adjektiv „faschistisch“ nutzen, um keine überdehnten Generalaussagen zu treffen. Das meine ich nicht als sprachlichen Trick oder Verlegenheitslösung, sondern als Möglichkeit, in einzelnen Arenen des Sozialen zu beschreiben, wie die geschilderte Logik zum Einsatz kommt. Das kann man etwa von einem faschistischen politischen Akteur, als den man etwa die sogenannte Neue Rechte, aber auch Teile der AfD sicher beschreiben kann, oder einem faschistischen Regime unterscheiden, das etwa als Ausnahmeherrschaft die demokratischen Verfahren und rechtsstaatlichen Institutionen in toto aussetzt, wie es eine andere prominente Faschismus-Definition erfordern würde. Die Durchsetzung dieser Logik scheint mir allerdings dann doch durchaus eine gewichtige Rolle auch für die Stabilität eines solchen Regimes zu spielen. Der Literaturwissenschaftler und Philosoph John Protevi schrieb einmal sinngemäß: Tausend selbsternannte Polizist*innen machen noch keine Geheime Staatspolizei, aber sie mögen sehr wohl die Voraussetzung für ihr reibungsloses Funktionieren sein. Man findet diese Logik dann etwa in Politiker*innenreden eben nicht nur bei Politiker*innen der AfD, in bestimmten Programmatiken und Gesetzesvorhaben auch der Regierung, in den Verschärfungen des Grenzregimes oder der Militarisierung von Polizei, in der Ausweitung von Geheimdienstbefugnissen, in der Kulturförderung, in den Diskussionen in den sozialen Netzwerken selbst unter politischen Gegner*innen des Faschismus sowie im eigenen Sprechen und Handeln. Weil diese Art von Anrufung immer darauf basiert, dass man zur Selbsterhebung die Ausgrenzung braucht, entwickelt sie einen ungeheuren Drive, der mitreißt. Aus dem kann man außerdem sehr schwer wieder aussteigen, weil ansonsten das ganze Konstrukt in sich zusammenbricht und sowohl der Kaiser als auch

seine Untertanen nackt dastehen. So droht die faschistische Logik um sich zu greifen und immer weitere Bereiche zu erfassen.

Manche sprechen deshalb von Faschisierung, um das als einen breiten, gesamtgesellschaftlichen Prozess zu charakterisieren. Das könnte allerdings so verstanden werden, dass es doch so etwas wie einen Endpunkt, den wahren Vollfaschismus, und Vorstufen gibt und es darum ginge. Das droht dann, meine ich, ein unterkomplexes Bild auch der historischen Faschismen aufzurufen. Mir ist dagegen wichtig zu betonen, dass ich diese Dynamik für wesentlich für den Faschismus selbst halte, Faschismus also Faschisierung ist. Im historischen Archiv der Faschismustheorien und der Faschismusforschung finden sich dann viele kluge Analysen, die diese Logik und ihre Dynamik beschreiben, Überlegungen dazu anstellen, wie man sie unterbrechen kann, wie auch dazu, wo speziell Unruheherde liegen, an denen solche Entwicklungen ihren Ausgang nehmen. Auf diese Ressource sollte man nicht ohne Not verzichten.

In klassischen marxistischen Faschismustheorien liegt der Fokus dabei auf der Ebene der ökonomischen Verhältnisse. Wie verhalten sich materielle und kulturelle Aspekte in deinem Zugang zueinander? Droht mit einem weiten Begriffsverständnis nicht das aus dem Blick zu geraten, was Faschismustheorie historisch so wichtig gemacht hat – die Frage nach Imperialismus, Klassenverhältnissen und Kapitalherrschaft?

Ich habe das bereits angedeutet: Neben dem strukturellen Aspekt, der grundlegenden Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Vergesellschaftung und der mit ihr verbundenen Subjektivierungsweise, bestand zu verschiedenen Zeitpunkten bei verschiedenen Kapitalfraktionen und gesellschaftlichen Machtgruppen ein Interesse daran, im Zweifelsfall die faschistische Dynamik für sich zu nutzen: Etwa weil man einzelne programmatische Aspekte durchaus teilte, um die Arbeiter*innenbewegung zu schwächen oder zu zerstören, um den Zugang zu Regierungsmitteln, Staatsaufträgen und günstigen Arbeitskräften zu sichern, den eigenen Vorteil in der Konkurrenz auszubauen oder um Raubkriege zu ermöglichen. Oft haben solche Versuche, die faschistische Mobilisierungskraft für eigene Zwecke einzuspannen, deren zerstörerische Eigendynamik fatal unterschätzt. Diese Versuche sehen wir auch heute. Es gibt neben kulturellen und ideologischen Schnittmengen konkrete ökonomische Gründe dafür, dass sich die Tech-Unternehmer des Silicon Valley

und darüber hinaus an die zweite Trump-Administration herangewanzt haben. Daher ist es, denke ich, wichtig, die aktuelle politische Entwicklung auch als ein von „rechts oben“ vorangetriebenes Projekt zu begreifen, wie es jüngst ein Sammelband in der edition suhrkamp vorgeschlagen hat.

Das große Rätsel für die marxistischen Theoretiker*innen der 1920er Jahre war aber ein anderes: Warum war es den faschistischen Organisationen und Parteien gelungen, so viele Menschen auf ihre Seite zu ziehen, die von ihrer Politik gar nicht unmittelbar ökonomisch, sozial oder politisch profitieren? Warum ist Faschismus attraktiv für Leute, die von einer Revolution – zumindest aus Sicht der Kommunist*innen – doch eigentlich viel mehr profitieren würden? Um das zu verstehen, muss man sich klarmachen, dass sich Interessen und schon gar keine politischen Entscheidungen automatisch aus einer sozialen Position oder Lage ergeben. Dazwischen liegen nicht nur ungeheuer viele Vermittlungsinstanzen wie Parteien und Vereine, Medien, Kirche, Kultur, langfristige Prägungen und Mentalitäten, sondern auch deren Verschränkung mit der Dimension des Affektiven und Psychischen. Das ist eigentlich die große Entdeckung vieler heterodoxer Marxist*innen um 1930 herum, man kann an Wilhelm Reich oder Ernst Bloch, aber auch Siegfried Kracauer, Walter Benjamin oder Simone Weil denken, dass es deshalb eine Analyse braucht, die das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Aspekte erfassen kann.

Wenn wir in die Gegenwart springen, gibt es eine Reihe sozialwissenschaftlicher Befunde, die zeigen, dass Teile der AfD-Wähler*innen ihre eigene wirtschaftliche Lage als solide einschätzen, die gesamtwirtschaftliche Situation Deutschlands aber als schlecht – oder dass zumindest eine große Diskrepanz zwischen den Einschätzungen zu diesen beiden Punkten besteht. Dann stellt der Umstand, dass Politiken der AfD zu einer realen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation vieler ihrer Wähler*innen führen würden, eben auch nicht mehr einfach einen Widerspruch dar, den man nur aufklären müsste, um diese Wähler*innen davon zu überzeugen, der AfD keine Stimme mehr zu geben. Es geht einfach um etwas anderes. Oder man denke an das viel diskutierte Volksfest, von dem die AfD qua Antrag gerne Geflüchtete ausschließen würde. Der kandierte Apfel kostet danach noch genauso viel – und darauf, ob du genug Geld für ihn in der Tasche hast, hat der Ausschluss ebenfalls keinerlei Auswirkungen. Und

trotzdem scheinen solche Politikvorschläge viele anzusprechen. Deshalb ist es wichtig, das politische Moment am Faschismus ernst zu nehmen. Das hat die KPD-Politikerin Clara Zetkin schon 1923 gegenüber ökonomistischen Positionen innerhalb der Kommunistischen Internationale betont.

Inwiefern spielt dabei die Identifizierung von Menschen mit faschistischen Ideologien und Überzeugungen eine Rolle? Der Faschismus entwickelt sich als Massenpolitik, als Inszenierung, als Bewegung ja auch selbst weiter. Was passiert auf dieser Ebene? Was macht diese Politik attraktiv?

Die Literaturwissenschaftlerin Elena Stingl, die im Band über den Berlin-Besuch der Philosophin und Syndikalistin Simone Weil 1932 geschrieben hat, und ich haben an anderer Stelle in einem gemeinsamen Text versucht, von Überlegungen des erwähnten Georges Bataille ausgehend darüber nachzudenken. Bataille sagt zunächst schlicht: Die Schwäche der bürgerlichen Gesellschaft und der ihr korrespondierenden Demokratie gegenüber dem Faschismus liegt ein Stück weit darin begründet, dass sie so langweilig sind. Man erfährt sich in ihnen um wesentliche Aspekte seines Menschseins geprellt, nämlich nun in seiner formalen Gleichheit und Austauschbarkeit, als Agent der Produktion. Darüber hinaus dauert alles lange, ist kompliziert, eben ungemein vermittelt. Im Faschismus muss man sich zwar einem Führer unterwerfen, also im Grunde das Selbst jetzt vollständig durchstreichen – man denke an die Uniformierung, die Massenaufläufe und so weiter –, im Führer erlebt man dafür aber gleichzeitig eine enorme Selbstüberhöhung: Man ist Teil von etwas Außergewöhnlichem, wenn auch nur in Gestalt dieses Stellvertreters. Dessen Stärke beweist sich darin, dass andere ausgegrenzt, ausgeschlossen, gequält oder sogar vernichtet werden. Daran kann man aus der Ferne partizipieren und bekommt zudem die Lizenz ausgestellt, es ihm im Kleinen nachzumachen. So kanalisiert faschistische Politik, so Bataille, die Affekte der Einzelnen in einen ungeheuren, sich steigernden Erregungsstrom, der zwischen Masse und Führer unablässig zirkuliert. Und dem hat die bürgerliche Gesellschaft nach Bataille erst einmal ziemlich wenig entgegenzusetzen.

Jetzt kann man über das Bild, das Bataille von der Demokratie malt, streiten: Geht er nicht der faschistischen Show auf den Leim? Er bezieht seine Einschätzung jedenfalls wiederum sehr stark auf seine Kritik der

kapitalistischen Grundlage der bürgerlichen Demokratie. Was ich an Batailles Überlegungen hier aber interessanter finde, ist Folgendes: Bataille betont zugleich, was für eine armselige Form von Erregung das in Wirklichkeit ist, die der Faschismus anbietet. Das sind im Grunde nur cheap thrills, Budenzauber und Taschenspielertricks. Vielleicht ist das spannender als eine verknöcherte, langweilige Demokratie, die selbst in ihrer Existenzkrise keine Kräfte entwickelt, sich zu erneuern. Wenigstens passiert irgendwas. Aber das bleibt doch weit unter den Möglichkeiten des Menschseins, die eigentlich existieren, und sich unter anderen Bedingungen freier entfalten könnten. Diese Möglichkeit bietet faschistische Politik nicht, weil sie immer über unterwerfende Identifizierung, Einrückung ins Kollektiv und Stellvertretung sowie über Erhebung durch Abwertung operiert.

Wenn man sich gegenwärtige Faschismustheorien anschaut, spielt diese eskalative, lustvoll zerstörerische Seite eine große Rolle. Gleichzeitig wird Faschismus oft mit Uniformität, Ordnung und Disziplin assoziiert. Ist das nicht eine interessante Ambivalenz? Suchen Menschen im Faschismus also nicht Sicherheit, sondern eher eine Form von Bewegung, Erregung, Lustgewinn?

Ja, du hast vollkommen recht, ein paar Hinweise dazu, wie das zusammengeht, habe ich ja schon gegeben. Ich glaube auch, dass es nicht einfach um eine Form von politischer oder sozioökonomischer Stabilität geht, die die Politik jetzt herstellen müsste, und dann löst sich das Faschismusproblem von selbst. Der Ausgangspunkt ist vielleicht eher der Eindruck von Perspektivlosigkeit, Blockade oder Verdüsterung. Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey haben das ins Zentrum ihrer Analyse gestellt und eine aus diesem Blockadegefühl resultierende Zerstörungslust konstatiert. Das Versprechen, mit dem neoliberale Politiken um Zustimmung geworben haben, ist jedenfalls spätestens mit der Krise 2008 unglaubwürdig geworden und zunehmend einer Erpressungsgeste gewichen: Alles andere ist noch schlimmer. Auf diese Wahrnehmung kann man unterschiedlich reagieren. Wenn es im Neoliberalismus heißt: Wenn du dich anstrengst, dich engagierst, dein ganzes Selbst mit Haut und Haaren einbringst, hast du auch Erfolg und kannst dich darin sogar selbst verwirklichen – du strampelst aber die ganze Zeit und kommst trotzdem nicht vorwärts, dann ist das ja wirklich schrecklich und wird erst einmal als persönliche Kränkung erfahren. Dann kannst du sagen: Hier stimmt etwas nicht. Lass uns überlegen, wieso das nicht aufgeht

und wie wir das gemeinsam anders machen können. Oder man versteift sich auf die Kränkung – denn das neoliberale Mantra haben wir ja alle stark internalisiert. Das ist aber auch ganz schön hart auf die Dauer. Man nimmt dann vielleicht doch lieber das Angebot an, das der Faschismus einem macht: Jemand anderes muss Schuld daran sein, dass es bei dir nicht hinhaut: Die woken Eliten, die die Migrant*innen ins Land holen, die angeblich die Innenstädte verschmutzen – als würden die Mülleimer ohne sie öfter geleert –, die Feminist*innen, die dafür sorgen, dass Frauen dir den Job wegnehmen, auf den eigentlich du Anspruch hättest – als wäre nicht die Konkurrenz das Problem, Arbeit falsch verteilt, der Zwang zur Lohnarbeit – usw. Das Bemerkenswerte ist dabei für mich: Der Faschismus versetzt dich zwar in Rage. Du schimpfst ohne Ende, die Welt ist böse und alle sind gegen dich. Das Zetern und wild Umsichschlagen führt aber nie zu einer Veränderung deiner Situation, soll es ja auch gar nicht. Die Zerstörungslust löst sich von einem Anlass und wird Selbstzweck. Im Prinzip läufst du die ganze Zeit auf der Stelle, immer schneller, letztlich bis zum Zusammenbruch, in den du aber vorher möglichst viele andere mit hineinreißt. Deshalb ist die Frage nach dem Verhältnis von Sicherheit und Bewegung im Faschismus so kompliziert. Auf der einen Seite ist es unglaublich anstrengend, sich die ganze Zeit bedroht und im Ausnahmezustand zu fühlen, aber eben auch aufregend. Auf einer anderen Ebene ist es zugleich aber eine sehr bequeme Position. Du musst nichts an dir oder an deinen Lebensbedingungen verändern. Im Grunde bleibt alles so, wie es ist. Der Faschismus, so hat der Medienwissenschaftler Brian Massumi das formuliert, erteilt dir die Lizenz, beim eigenen Ressentiment zu verweilen, immer noch eine Runde um die eigene Verletzung zu kreisen und sie offen zu halten. Dafür muss nur immer wieder ein Schuldiger erfunden werden.

Und das macht dann auch Spaß?

Ja, ich glaube, darin steckt auch ein Moment von Lust, weil du das ausagieren darfst, gedeckt durch die Feindbestimmung und die Identifikation mit dem Kollektiv, das sich in der Gewaltausübung der eigenen Macht versichert. Das verschafft dir ein erregendes Gefühl, auch wenn du an dieser Macht eben nur dadurch partizipieren kannst, dass du dich wiederum unterwirfst. Man darf das nicht zu sehr heroisieren, sonst übernimmt man wieder die faschistische Selbsterzählung als ewigen Kämpfer, der sich dem Schicksal mutig entgegenstellt. Eigentlich ist das eine Position, die jede Perspektive darauf aufgibt, dass Dinge und man selbst auch anders sein könnten.

Auf der einen Seite die Inszenierung als disziplinierter Kämpfer, der sich gegen die Unordnung der Welt richtet, auf der anderen Seite diese eskalative und zerstörerische Dynamik. Gerade wenn man Faschisierung stärker als Prozess und nicht als feststehende politische Form begreift, scheint es diese unterschiedlichen, teilweise widersprüchlichen Momente gleichzeitig zu geben. Ich denke, das wird im Kunstbereich sehr deutlich: Aktuell gibt es viele Produktionen, die mit Übertreibung, Eskalation, Extravaganz oder einem lustvollen Ausnahmezustand arbeiten – man könnte annehmen, die faschistische Subjektivierung würde hier angesprochen. Gleichzeitig bekämpfen die Rechten gerade solche Formen der Kulturproduktion sehr vehement und geben sich kulturell oft bieder und traditionell. Warum ist das so?

Das berührt nochmal den eben diskutierten Punkt. Wenn es in einer faschistischen Subjektivierung nicht darum geht, das Verhältnis zu sich selbst und zur Welt tatsächlich zu verändern, sondern vor allem darum, die Lizenz zu erhalten, beim Ressentiment zu verweilen und es auszuleben, dann wird verständlich, warum bestimmte Formen von Kultur interessant sind – und andere nicht. Avantgardekunst, die den Anspruch hat, Körper, Geist und Welt in ein ganz anderes, neues Verhältnis zu bringen, ist da zunächst wenig attraktiv. Sie ist zudem, anders als vielleicht noch in den 1920er Jahren, heute weitgehend als links und vermutlich auch elitär verschrien.

Das Spektakel lassen sich Faschist*innen aber trotzdem nicht entgehen: Sie machen es einfach zum Horrorbild. Man denke an die Kampagne gegen das Bauhaus. Für die Angriffe der AfD ist dann auch egal, wie links und emanzipatorisch das wirklich war, darum geht es überhaupt nicht. Genauso gut lässt sich das an den Anti-Migrations- und Anti-Queer-Diskursen beobachten. Das, was man sich selbst nicht erlauben kann, weil es einen auch selbst verändern würde, wird auf andere projiziert und in den grellsten Farben ausgemalt. Man muss nur einen Blick auf die Wahlplakate werfen. Plötzlich leben die anderen eine vermeintlich grenzenlose Sexualität aus, jeden Tag in Saus und Braus, können quasi stündlich anders aussehen, sich neue Namen geben. Ich denke, das ist ein sehr potenter Mechanismus: Ich muss an mir selbst nichts verändern, kann aber trotzdem an der Vorstellung von einem Vergnügen teilhaben, das ich mir selbst eigentlich nicht erlauben darf. Ich kann bei der Festlegung darauf bleiben, wer ich bin – und mir gleichzeitig ausmalen, wie es wäre, nicht festgelegt zu sein. Dieser Wunsch ist dann aber

eigentlich der Ausgangspunkt der Projektion, nicht die anderen und das, was sie tun oder lassen.

Man denkt zunächst vielleicht: Aber das passt doch überhaupt nicht zusammen. Fallen denen die Widersprüche nicht auf?

Die Widersprüche fallen auf. Nur ist das egal, weil es gar nicht um Konsistenz geht. Es gibt einen instrumentellen Zugriff auf diese Dinge, derer man sich schlicht bedient. Das wird sogar zur Machtgeste, je mehr Brüche und Widersprüche, desto besser: Einfach komplett drauf scheißen und alles verwursten. Donald Trump hat darin eine besondere Meisterschaft entwickelt. In Deutschland gibt es, ich denke aufgrund der politischen Kultur, noch stärkere Hemmungen, auch wenn Politiker*innen wie Markus Söder dieser Methode ordentlich nacheifern.

Man darf sich, glaube ich, geprägt durch die Bilder, die massenmedial sehr wirkungsvoll vom historischen Faschismus insbesondere Mussolinis und Hitlers zirkulieren, den Faschismus nicht zu homogen vorstellen, sonst entwischen einem viele seiner aktuellen Ausdrucksformen. Die Aufmerksamkeit für die verschiedenen Momente in der faschistischen Gedanken- und Bildproduktion hilft uns auch dabei, von einem monolithischen Bild des historischen Faschismus wegzukommen. Ich habe da viel aus dem Beitrag und überhaupt aus den Arbeiten der Kunsthistorikerin Friederike Sigler gelernt. Der italienische Faschismus war nicht einfach avantgardistisch, der deutsche Faschismus nicht einfach monumental und die heutigen Faschismen sind nicht einfach nostalgisch und konventionell. Als politisches Gefüge ist der Faschismus extrem flexibel. Faschistische Bewegungen können, je nachdem, was gerade gebraucht wird oder ohnehin öffentlich an Bildern, Sprechweisen, Gedanken zirkuliert, ganz unterschiedliche kulturelle Formen aufnehmen und in der faschistischen Logik miteinander verschalten. Am Ende entsteht eine Sause, wie sie der Medienwissenschaftler Simon Strick so unnachahmlich in all ihrer Widerwertigkeit in den sozialen Medien beschreibt, und irgendwas bleibt dann schon bei irgendwem haften.

Faschismus in dieser Weise zu verstehen, heißt dann auch einzupreisen, dass an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedliche Aspekte aktualisiert werden, die in Spannung zu anderen

Aspekten geraten können. Das Ganze hat zwar eine Bewegungsrichtung, die aber nicht automatisch auf einen Endpunkt zuläuft und total wird, sondern deren konkreter Verlauf vielfach von Umständen und eben auch der Gegenwehr abhängt. Das gilt auch für die faschistischen Bewegungen der Vergangenheit, selbst für den Nationalsozialismus, den der Historiker Ernst Nolte als Radikalfaschismus charakterisiert hat. So gab es in ihnen auch immer wieder brutale Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Lagern, Tendenzen zur Stabilisierung wie Beschleunigungsmomente, Radikalisierungs- und Beharrungskräfte. Und das gilt heute. Es gibt True-Believersein, Opportunismus, Passivität, Mitläufertum, Angst, Provo-Lust und edgelording. Das sind alles unterschiedliche Einsatzpunkte für den Antifaschismus.

Was folgt daraus dann für eine antifaschistische Theorie und Praxis? Wo siehst du, gerade auch im Bereich der Kultur, Ansatzpunkte für eine antifaschistische Gegenbewegung?

Man muss versuchen, die Dynamiken überall dort zu unterbrechen, wo sie um sich greifen – auch bei sich selbst. Dieses Gefühl, einen Anspruch auf etwas zu haben, dessen Erfüllung man nicht erlebt, und dann möglichst schnell einen Schuldigen dafür zu suchen. Stattdessen gilt es zu versuchen, die Situation zu verstehen, die diesen Anspruch aufruft und enttäuscht – und so auch die eigene Position in ihr zu durchdringen –, um daran dann etwas zu verändern. Die völlig falsche Strategie wäre es, angesichts der faschistischen Projektion auf Respektabilität zu setzen: zu sagen, wir sind doch gar nicht so wild, so pervers, wir sind doch genauso normal wie ihr. Das funktioniert erstens nicht, weil die Projektion eben eine Projektion ist, und zweitens, weil in ihr ja eigentlich ein Wunsch begraben liegt. Dem begegnet man nicht, indem man seiner Unterdrückung noch das Wort redet und dafür ohnehin schon angegriffene Gruppen unter den Bus wirft, sondern eher, indem man mit diesen zusammensteht, andere Weisen zu leben verteidigt und stärkt, diesen Pol unabhängig von der faschistischen Projektion und dem faschistischen Gegner stark macht. Und indem man zeigt: Das, was verstellt und verzerrt in der Projektion auftaucht, Sehnsucht, Begehren, auch Aggression, Trauer, Wut, Angst – es geht hier wirklich nicht nur um sogenannte schöne Gefühle – darf da sein! Dann kann es nämlich Be- und Verarbeitung in nicht-faschistischer Weise finden.

Die enge Bindung der bürgerlich-liberalen Demokratie an die kapitalistische Wirtschaftsweise setzt dem allerdings enge Grenzen. Wir sind, noch verstärkt durch die Neoliberalisierung und deren Behauptung von Alternativlosigkeit, auf individuelle Autonomie, Privatbesitz und wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet. Gleichzeitig merken wir, wie oft wir an dieser Orientierung scheitern und zerbrechen. Genau an diesen Punkten müssen wir in den gesellschaftlichen Konflikt gehen und andere Formen von Selbstwirksamkeit, Zugehörigkeit, Sicherheit und Erfahrungen erkämpfen. Den Sozialstaat zu verteidigen und auch auszuweiten ist angesichts der Angriffe auf ihn wichtig, weil er elementare Sicherheiten und so die Grundlage für ein würdevolles Leben ermöglicht, die Verhandlungsmacht der Schwachen stärkt und Spiel- und Freiräume schafft. Aber darüber hinaus lautet die Aufgabe, größere Teile unseres Lebens der Aushandlung und Gestaltung zugänglich zu machen. Die zahlreichen Abhängigkeiten, in denen wir dabei notwendig mit anderen stehen, müssen wir dann auch nicht mehr einerseits identifikatorisch und unter Absehung aller gesellschaftlichen Konflikte affirmieren – Stichwort Volk und Nation –, andererseits verleugnen und bekämpfen, sondern können sie mitgestalten, so anstrengend das ist. Sonst droht auch linke Politik die Form von politischer Adressierung – das autonome Individuum, Wettbewerb und Leistung, Privateigentum, Wirtschaftswachstum – letztlich zu reproduzieren, an die faschistische Politik deren Krise anknüpfen kann. Wenn ich ein Beispiel bringen darf: Bei der Initiative zur Vergesellschaftung von Wohnraum, wie sie in Berlin von der Kampagne Deutsche Wohnen Enteignen angestoßen wurde, geht es eben nicht allein um die Frage der Anzahl von verfügbaren Wohnungen oder ihrer Bezahlbarkeit. Mit ihr ist vielmehr die Frage aufgerufen, wie wir uns auf das Wohnen beziehen, nämlich ob als Privateigentum oder als Gemeineigentum. Der Widerstand dagegen kommt deshalb nicht von ungefähr. Viele Beobachtungen, Erfahrungen, auch wissenschaftliche Befunde deuten aber darauf hin, dass solche Veränderungen faschistischer Politik sehr wirkungsvoll ihre Geschäftsgrundlage entziehen und die Attraktivität der faschistischen Option untergraben. Sie ist aber auch sonst wünschenswert, genau das ist ja ihre Stärke.

Auf der Ebene der Kultur heißt das, nicht einfach nur andere, vielleicht bessere Inhalte zu liefern – das auch –, sondern die Form der Kultur und die Bedingungen ihrer Produktion und Reproduktion ins Zentrum zu rücken. Und damit die Macht- und Besitzfrage auch in diesem Bereich zu stellen. Das gilt

natürlich auch für die Theorie, um noch einmal den Bogen zum Anfang unseres Gesprächs zu schlagen.

Über unseren Gesprächspartner:

Morten Paul ist Literaturwissenschaftler und Postdoc-Mitarbeiter des Germanistischen Instituts der Ruhr-Universität Bochum. Er forscht und lehrt zur Theorie- und Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts sowie zur Bedeutung von Verlagen und Publikationsformaten. Publikationen u. a.: Was war Faschismustheorie? (Verbrecher 2026), Die Vertreter (als Sytin Screenwriters, intercom 2026) „Georges Batailles antifaschistische Faschismustheorie“ (gem. mit Elena Stingl, 2026), „Faschismus als Lustgewinn“ (2025), Suhrkamp Theorie (Spector books 2023).

*

Das Gespräch wurde von Johanna Bröse geführt.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Die Lust am Faschismus. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/osHFv.

Freiheit im Reservat

Hanno Rauterberg
Wie frei ist die Kunst?
Der neue Kulturkampf und die Krise des Liberalismus

Über Kunst wird viel gestritten. Die Alternative zwischen identitätspolitischer Anerkennung und liberaler Kunstfreiheit greift aber zu kurz.

Rezensiert von Salim al-Hefel

Im Jahr 2017 kritisierten Studierende das Gedicht „ciudad (avenidas)“ von Eugen Gomringer an der Fassade der Alice Salomon Hochschule in Berlin. Es objektiviere Frauen; sein alltäglicher Anblick erinnere daran, „dass […] potentiell übergriffige und sexualisierende Blicke überall sein können“ (S. 104). Daraufhin wurden alle Register des gegenwärtigen Kulturkampfs gezogen. Am Ende ließ die Hochschulleitung das Gedicht übermalen und durch ein anderes ersetzen. Problem demokratisch gelöst, könnte man meinen. Doch die grundlegende Frage blieb offen: Was ist Kunst, und wie frei sollte sie sein?

Kunst als Antrieb

Für Hanno Rauterberg, stellvertretender Ressortleiter des Feuilletons der *Zeit*, fällt die Antwort in seinem Essay „Wie frei ist die Kunst?“ eindeutig aus: Die Kunst muss frei sein. Historisch habe sie die Entfaltung der Freiheit in der Gesellschaft vorangetrieben, indem sie Normen überschritt und Neues ausprobierte. Während Konservative diese Freiheit immer wieder bekämpften, sei sie von Liberalen und Progressiven zumeist verteidigt worden.

Heute jedoch, so Rauterbergs Diagnose, habe sich diese Konstellation verschoben. In progressiven Kreisen diene Kunst zunehmend der Selbstvergewisserung und Abgrenzung: Entscheidend sei weniger, was ein Werk ästhetisch eröffnet, als die Frage, welche Identitäten und Erfahrungen es anerkennt oder verletzt und wer mit welchem Recht für wen sprechen darf. Ausgerechnet die Rechte könne dadurch als rebellische Verteidigerin der Freiheit auftreten. Die damit einhergehenden Kulturkämpfe von heute illustriert Rauterberg in fünf kurzen Kapiteln anhand bekannter Fälle überwiegend aus den 2010er Jahren.

Der Grund für diese Verschiebung liegt für ihn in einer Krise des Liberalismus. Gerade der Sieg im Systemwettstreit des kalten Krieges sei das Problem. Seine prinzipielle Offenheit führe schnell zum Relativismus aller Werte und damit zur Erosion der verbindenden Kultur. Das vereinzelte Individuum erkenne nur noch sich selbst als Autorität an. Zuvor sei die Grenze der Kunstfreiheit durch die Rechtsprechung festgesetzt, heute liege sie in individuellen Befindlichkeiten.

So verlange das progressive Lager im Namen partikularer Interessen Unfreiheit im Inneren der Gesellschaft. Das Gegenstück sei der offen auftretende Illiberalismus der Rechten, der für die gesellschaftliche Schließung nach außen eine Freiheit im Inneren verspricht. Ähnliches wird deutlich präziser unter dem Begriff Postliberalismus als Gegenwartsdiagnose diskutiert, bei der einige Autor*innen auch eine Rückbesinnung auf Werte oder Traditionen fordern.

Doch ist die Verbindung aus gesellschaftlichem Fortschritt und Freiheit wirklich erst vor Kurzem zerbrochen? Erinnert nicht die Idee der freien Kunst schmerzlich daran, dass die Freiheit im Rest der Gesellschaft nicht verwirklicht ist?

Krise und Avantgarde

Das liberale Verständnis von Kunst war eng mit der Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit verbunden und stand in der Tradition der bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts. Gerade von Kirche und Zünften befreit, sollte die künstlerische Erfahrung integraler Bestandteil

des Lebens werden. Das humanistische Ideal war die allseitige Entfaltung des Subjekts in Freiheit.

Doch mit der industriellen Revolution geriet die bürgerliche Gesellschaft in eine Krise namens Kapitalismus. Jener untergrub die Bedingungen des bürgerlichen autonomen Subjekts. In der Kunst drückte sich dies in der Entstehung der Avantgarde aus. Sie versuchte das kritische Moment der ästhetischen Erfahrung in der Krise des Subjekts festzuhalten.

Das Scheitern der europäischen Revolutionen von 1848 macht diesen Bruch sichtbar. Für Karl Marx betrat das Proletariat hier die historische Bühne als negatives Gegenstück zur Bourgeoisie. Damit ändert sich auch das Verhältnis zur Geschichte. Das Bürgertum rechnete damit, dass sich die Freiheit immer weiter entfalte. Für das Proletariat gilt das nicht. Es kann der bürgerlichen Freiheitsidee aber keine eigene positive Konzeption von proletarischer Subjektivität oder Freiheit entgegensetzen. Seine neue, historisch notwendige Aufgabe war laut Marx: die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Übergang zur klassenlosen Gesellschaft und einer neuen Form von Freiheit.

Bei Rauterberg steht 1848 für etwas anderes: Er erinnert daran, dass die freie Kunst damals in Preußen „als Element nationaler Bildung“ (S. 112) auf die politische Agenda kam, die Garantie ihrer Freiheit jedoch nie umgesetzt wurde. Mit dem Ende der Einheit von technischem Fortschritt und Entfaltung der Freiheit erscheint die Kunst als deren letztes Refugium.

Schließung statt Öffnung

Der Band erschien nicht zufällig im Jahr 2018. Als Symptome der Krise des Neoliberalismus hatten Brexit, Trump und der Aufstieg des Populismus progressive Gewissheiten weltweit erschüttert. Der Begriff Neoliberalismus kommt in Rauterbergs Essay zwar kein einziges Mal vor, doch schwingt die ganze Zeit mit. Er referiert Luc Boltanski und Ève Chiapello, denen zufolge die Kritik der Künstler*innen an hierarchisch geprägten und fordistischen Formen des Kapitalismus dessen Erneuerung mit vorbereitet hat: „Der Künstler ist zum Inbild einer postfordistischen Ökonomie aufgestiegen.“ (S. 89) Arbeitswelten verlangen eine künstlerische Geisteshaltung: Kreativität, Mobilität und Innovation. Zugleich sei Kunst stärker vermarktet worden.

Hier hätte eine Meditation über das Verhältnis von Kunst und Ökonomie anschließen können, vor allem aber über deren Verbindung zur Politik. Stattdessen folgt nur eine Betrachtung des geistigen Klimas. Rauterberg registriert ein Problem, kommt aber über ein Sowohl-als-auch nicht hinaus. Manchmal hat Kunst für ihn die Aufgabe, Gesellschaft zu verbessern. Manchmal ist die Kunst Selbstzweck und von der Gesellschaft streng getrennt. So fordert er auch am Ende:

> *„Die Kunst muss daran erinnern, dass ihre Freiheit anders ist als die ökonomische, politische, soziale. Ihre Freiheit ist eine, die zu nichts verpflichtet und die nicht hilflos macht: eine Freiheit ohne Zwang.“ (S. 142)*

Er nennt diese Verbannung der Freiheit in die Sphäre der Kunst Liberalismus und fällt doch hinter den bürgerlichen und sozialistischen Horizont von Freiheit zurück.

An dieser Stelle hätte es sich gelohnt weiterzudenken. Vielleicht ist die Alternative selbst das Problem. Auf der einen Seite eine Demokratie, die vor allem als Zugehörigkeit zu Kollektiven verstanden wird. Die Rechte organisiert die post-neoliberale Ordnung. Die Linke versucht darin lediglich Errungenschaften des Marsches durch die Institutionen zu verteidigen. Auf der anderen Seite steht ein Liberalismus, der Freiheit auf Grundlage des Rechts. Beide Seiten setzen voraus, dass die Verhältnisse, in denen gewählt werden soll, nicht zu ändern sind. Beide lassen die gesellschaftlichen Umstände unberührt, in denen Menschen leben müssen.

Es wäre jedoch falsch, hinter der Kunst einfach die Ökonomie in einem vulgären Materialismus wiederzuentdecken. Kunst ist eher Zumutung. Sie verlangt auszuhalten, dass die Einlösung ihres Potenzials auf eine Politik verweist, die derzeit nicht stattfindet. Dies könnte Ausgangspunkt eines Weiterdenkens sein. Rauterbergs Essay bleibt leider an dieser Schwelle stehen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Boltanski, Luc/ Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. UVK, Konstanz.

Greenberg, Clement (1961): Avant-Garde and Kitsch. In ders.: Art and Culture. Critical Essays. Beacon Press, Boston, S. 3-21.

Hanno Rauterberg 2018:
Wie frei ist die Kunst?. Der neue Kulturkampf und die Krise des Liberalismus.
Suhrkamp Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-518-12725-4.
141 Seiten. 15,00 Euro.

Zitathinweis: Salim al-Hefel: Freiheit im Reservat. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/9zFPD.

Die Lust an der Grausamkeit

Dagmar Herzog
Der neue faschistische Körper

Wie Rassismus, Behindertenfeindlichkeit und die Lust an Grausamkeit zusammenwirken, zeigt ein Blick auf die historischen Kontinuitäten faschistischer Affektpolitik.

Rezensiert von Marlon Lieber

Die menschliche Existenz ist prekär. Unsere Körper sind offen für die Welt – müssen dies geradezu sein, um überleben zu können – und darum auch verletzlich. Wir sind daher auf Andere angewiesen, auf andere Menschen und auf deren Solidarität und Sorge, aber auch auf funktionierende soziale Infrastrukturen oder intakte Ökosysteme.

Auch wenn ihre Auswirkungen sehr ungleich verteilt waren, zwang etwa die Covid-19-Pandemie dazu, dieses geteilte menschliche Prekärsein zu reflektieren – wobei breite Bevölkerungsschichten sich dieser Tatsache entzogen und ihre Verletzlichkeit geradezu aggressiv verleugneten. Die Pandemie konnte geleugnet oder wenigstens kleingeredet und als Problem lediglich bestimmter Gruppen – Menschen mit „Vorerkrankungen“ beispielsweise – dargestellt werden.

Jedes Zeichen von Verletzlichkeit, so Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, weckt in den selbstgenügsamen Subjekten, die sich hart gegen die Welt gemacht haben, Wut und Vernichtungswillen, da es sie an das erinnert, was sie mühevoll verdrängen mussten. Die Reaktion: An den Schwächeren soll das ausgetrieben werden, was sich die autonomen Subjekte selbst versagen.

Elemente der Faschisierung

Dies, so könnte man sagen, sind zentrale, wenn auch eher implizit mitschwingende, Grundannahmen über menschliche Existenz und soziale Beziehungen, die Dagmar Herzogs Buch „Der neue faschistische Körper“ prägen. Der schmale Band basiert auf zwei Vorträgen der US-amerikanischen Historikerin zu ihren einflussreichen Studien über den Zusammenhang von Sex und Faschismus sowie über die Geschichte der Eugenik. Die Faschismen der Gegenwart, so Herzog, nutzen eine fatale Verknüpfung von libidinös aufgeladenem Rassismus und Behindertenfeindlichkeit, um einen „Krieg gegen die Kapazität, mitmenschlich zu sein“ zu führen, wie Herzog es im Interview mit kritisch-lesen.de ausdrückt und „Lust an Grausamkeit“ (S. 48) zu wecken.

Das Buch, das bereits vor der unlängst in deutschen Feuilletons geführten Debatte über die Angemessenheit der Faschismus-Diagnose erschienen ist, hält sich nicht allzu lange mit der Frage auf, ob diese*r oder jene*r Politiker*in Faschist*in sei. Stattdessen widmet es sich der Beschreibung konkreter Merkmale einer politischen Praxis, die faschistisch ist, da sie:

> *„die Ideale menschlicher Gleichheit und Solidarität vehement ablehnt und Bosheit gegenüber den Menschen an den Tag legt, die sie als verletzlich ausmacht; da die rassifizierende Erklärungen für komplexe wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamiken in Umlauf bringt; und nicht zuletzt, da sie ein narzisstisches Verlangen nach Größe bedient.“ (S. 8 f.)*

Keines dieser Elemente würde für sich gestellt die Bezeichnung „faschistisch“ hinreichend rechtfertigen – sonst wären im deutschen Kontext nahezu alle politischen Parteien faschistisch. Mit Patrick Eiden-Offe (2026, S. 14) ließe sich aber präzisieren, dass es auf die „Bündelung“ dieser Elemente ankommt, die Prozesse der Faschisierung bilden. Der Fokus liegt nicht auf einem fixen Objekt (dem Faschismus), sondern auf Prozessen der Herausbildung, die an „bestehenden Strukturen ansetz[en] und diese in eine bestimmte Richtung treib[en]“. (Ebd.)

Genau das beobachtet Herzog auch, wenn sie untersucht, wie bereits in den Jahrzehnten vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten ein geistig-affektives Klima aufkam, in dem eugenische Vorstellungen und eine

mörderische Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft der Weimarer Republik zunehmend normal wurden.

Faschistische Affektpolitik

Daher ist es nur konsequent, dass Herzog einen Aspekt beleuchtet, der zwar im Diskurs der AfD eine zentrale Rolle spielt, aber in der öffentlichen Debatte nur selten hervorgehoben wird: ihre „obsessive Beschäftigung mit Behinderung“ (S. 9), artikuliert als Ablehnung der Inklusion an Regelschulen. Getrieben vielleicht von dem verleugneten Wissen darum, „dass Behinderung jede*n treffen kann“ (S. 35), werden als behindert markierte Körper mit Spott und Häme überzogen. Die AfD setze dabei „auf bewährte affektive Strategien“ wie etwa das „Aufrufen von Ekel oder wirtschaftlichen Sorgen“ (S. 21), wenn Menschen mit Behinderung als finanzielle Belastung für Angehörige, Volkswirtschaft und Volksgemeinschaft repräsentiert werden.

Das passt, so Herzog, in die unter Rechten übliche Hierarchisierung menschlichen Lebens. Wurde diese in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts pseudo-wissenschaftlich mit eugenischen Vorstellungen von der Vererbung von Behinderung und der vermeintlichen Gefahr „illegitimer“ sexueller Beziehungen gerechtfertigt, ist es heute die nicht minder pseudo-wissenschaftliche Verklärung von Intelligenzquotienten.

Herzogs zentrale These ist, dass die Behindertenfeindlichkeit gegenwärtiger und vergangener Faschismen mit einem sogenannten „sexy Rassismus“ (S. 9) zusammengedacht werden müssen. Anders als es etwa die Geschichtsschreibung der 68er behauptete, war der Nationalsozialismus keineswegs schlicht und einfach restriktiv und sexfeindlich. Vielmehr wurde die Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen und sexueller Praktiken – den als jüdisch gekennzeichneten – mit dem Versprechen für die Mitglieder der Volksgemeinschaft gekoppelt, traditionelle sexuelle Grenzen überschreiten zu dürfen. Eine ähnliche Strategie findet Herzog auch im AfD-Diskurs wieder, wo etwa Homosexualität akzeptiert wird, wenn diese Akzeptanz die Form der gleichzeitigen Abwertung migrantischer und/oder muslimischer Menschen annimmt: Einerseits, so Herzog, drücken AfD-Politiker*innen durch einen sogenannten „Stolzmonat“ ihre Ablehnung der LGBTQ-Bewegung aus. Andererseits wirbt die Partei auf Wahlplakaten mit „unverhüllt rassistischen

Slogans“, die Homosexuelle und „muslimische Einwanderer“ gegeneinander ausspielen, wenn letztere als inhärent homophob dargestellt werden (S. 12).

Faschismen im Überfluss

Wenn die Theoretisierung des Faschismus manchmal in Ansätze zu zerfallen scheint, die entweder sozio-politische Institutionen und Strukturen untersuchen oder solche, die die affektive Ebene betonen (wobei Herzogs Buch eher in die zweite Kategorie gehören würde), zeigt der Philosoph Alberto Toscano in seinem lesenswerten Nachwort einen Weg auf, wie beides zusammengedacht werden kann. Dazu bedient er sich der Marxschen Kategorie der „relativen Überbevölkerung“: also all die Menschen, welche unsere Wirtschaftsordnung als überflüssig für die Bedürfnisse der Kapitalakkumulation ausschließt. Neben „Rasse“ und Ethnizität, Geschlecht, Alter oder Staatsbürgerschaft spielt Behinderung hier eine wichtige, wenn auch oft ignorierte, Vermittlungsrolle, wenn es darum geht, Menschen als wegwerfbar zu markieren.

Herzogs Buch ist daher auch anschlussfähig und anregend für jüngere Diskussionen um einen „Surplus-Faschismus“ (Daniel Loick und Vanessa E. Thompson) der Gegenwart, der davon lebt, die „Stigmatisierung, Beherrschung, Vertreibung und/oder Vernichtung“ (Toscano, S. 101) verletzlich gemachter Menschengruppen – seien es Menschen mit Behinderung, Flüchtende, Palästinenser*innen, trans Menschen oder andere – lustvoll zu zelebrieren. „Der neue faschistische Körper“ bietet zwar keine Großtheorie des Faschismus, aber eine konzise, und gleichzeitig sehr anregende Deutung von Elementen der Faschismen der Gegenwart und deren historischer Ursprünge.

Zusätzlich verwendete Literatur

Eiden-Offe, Patrick (2026): Was ist Faschisierung? Einige theorie- und begriffshistorische Überlegungen. In: Merkur, Heft 922. Online einsehbar hier.

Dagmar Herzog 2025:
Der neue faschistische Körper. Übersetzt von: Lisa Jay Jeschke.
Wirklichkeit Books, Berlin.
ISBN: 978-3-948200-21-3.
124 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Marlon Lieber: Die Lust an der Grausamkeit. Erschienen in: .
URL: https://kritisch-lesen.de/s/LaE9n.

Schuss ins Blaue

Christoph Bartmann
Attacke von rechts
Der neue Kampf um die Kultur

Wer im Kulturkampf der Rechten lediglich einen Angriff auf den liberalen Kulturbetrieb erkennt, unterschätzt die Reichweite rechter Kulturpolitik.

Rezensiert von Thore Freitag

Ist von „Kulturkampf“ die Rede, dann ist es um die an Fortschritt interessierte Debatte schon geschehen. Fronten mit gegensätzlichen politischen Positionen haben sich bereits aufgebaut. Und mit jedem weiteren gescheiterten Austausch türmen sie sich höher auf. Die Verfechter*innen der einen oder anderen Meinung stehen sich in Unversöhnlichkeit gegenüber. Dieser kulturkämpferische Diskursmodus läuft in unserer Gegenwart fast schon auf Autopilot und wirkt im digitalen Raum noch verbissener.

Der Kulturkampf zeigt sich aber auch an einem bestimmten Repertoire kulturpolitischer Themen, die wiederkehrend bespielt und bisweilen ausgeschlachtet werden. Seien es Fragen von Gender, Klimapolitik, Medien oder („Hoch“-)Kultur: Hier will vor allem die politische Rechte Geländegewinne gegenüber einem (links-)liberalen Establishment verzeichnen. Und sie tut das mit Erfolg.

Lust an Zerstörung

Christoph Bartmann, Autor und ehemaliger Leiter der Goethe-Institute in Kopenhagen, New York und Warschau, stört sich an diesen demokratischen und diskursiven Abgründen. Gerade sein Feld der Kulturarbeit steht unter

regelmäßigen Angriffen von rechts – er sollte damit als ein Kenner eben jener Kulturkämpfe, ihrer Akteur*innen sowie ihrer Abläufe gelten. Doch diese Annahme bewahrheitet sich nach der Lektüre seines Buchs „Attacke von rechts“ nicht. Die Schrift von gut 150 Seiten wirkt unscharf und etwas aus der Zeit gefallen. Und das sogar, obwohl Bartmann darin auch Beispiele jüngster Kulturstreits anführt, wie etwa um das von der Alternative für Deutschland (AfD) angefochtene Weltkulturerbe Bauhaus in Sachsen-Anhalt. Es wirkt, als habe Bartmann die Mechanismen des Kulturkampfs und seiner Bedeutung für die Rechte nicht gänzlich begriffen.

Der Autor hält zuerst einmal treffend fest, dass es einer Partei wie AfD um die Störung des – verhassten liberalen – Politikbetriebs geht. Kultur im weitesten Sinn ist für sie dabei oft das Feld der Wahl: Hier können sie am einfachsten Punktegewinne erzielen. Aber nicht, weil Liberale und Linke der Rechten hier das Zepter überlassen haben, wie Bartmann meint, sondern weil die Rechte sich hier am besten zu inszenieren und in Opposition zum herrschenden Politikbetrieb zu stellen weiß. Wo sie kann, stellt sie parlamentarische Anfragen und versucht unliebsamen Akteur*innen aus Kulturbetrieb und Zivilgesellschaft die Finanzierung und den gesellschaftlichen Rückhalt streitig zu machen.

Die Blockade oder gar die Zerstörung der etablierten Institutionen ist Bartmann zufolge dabei nicht das einzige Ziel der Rechten. Es gehe ihr um das Erringen „kultureller Hegemonie“ – ein Konzept, das die Neue Rechte einst vom marxistischen Intellektuellen Antonio Gramsci übernahm. Das heißt für die Rechte, so lange den Kampf um die Köpfe und die herrschenden Ideen zu führen, bis sie zu realer politischer Macht gelangt. Diesen Kampf um kulturelle Hegemonie setzt Bartmann voreilig mit dem Kulturkampf gleich, der nur ein Mittel gesellschaftlicher Einflussnahme darstellt. An anderer Stelle unterstellt er der AfD, sie wolle über die Machtmittel des Staates zur Hegemonie gelangen. Doch ist Hegemonie gerade die politische Führung, die ohne Zwang funktioniert. Die Menschen folgen aus eigenem persönlichen oder gesellschaftlichen Interesse. Da merkt man, dass Bartmann weder Gramsci noch die politische Rechte ausgiebig studiert hat.

Argumentative Beruhigungspillen

Bartmanns mangelhaftes Verständnis der politischen Rechten zeigt sich indes nicht nur an begrifflichen Unschärfen. Es zieht sich durch das gesamte Buch. Obwohl Bartmann die „größer angelegte Offensive“ (S. 13) der AfD ernst zu nehmen gedenkt, unterschätzt er sie in ihrer Ideologie und Politik. Mit Blick auf eine originär rechte Kulturpolitik ist für Bartmann eine „kulturelle Gründerzeit der AfD […] nicht einmal im Status unausgegorener Einfälle erkennbar“ (S. 93). So sei „der kulturpolitische Wirkungsgrad der AfD derzeit noch äußerst kümmerlich […]. Sie beschränkt sich aufs Stören, am liebsten in Kleinstädten wie zum Beispiel dem sächsischen Wurzen“ (ebd). Spätestens mit dem Wahlerfolg der AfD in Sachsen-Anhalt müsste jedoch auch Bartmann klar geworden sein, dass die Rechte sehr wohl erfolgreich ein eigenes kulturelles Imaginarium zu kreieren weiß und davon abgeleitet auch versuchen wird, kulturpolitische Ideen umzusetzen. Allein die bildungspolitischen Vorhaben der AfD Sachsen-Anhalts würden die Bildungs- und Wissenskultur des Landes in kürzester Zeit umkrempeln.

Die westdeutsche Abgrenzung und gleichzeitige Schmälerung der rechten Bedrohung für Kultur und Gesellschaft ist gleichermaßen naiv wie fatal. So führt Bartmann sogar selbst die jüngste Geschichte der USA oder Polens als Beispiele für erfolgte kulturelle Umwälzungen an. Hier hat rechte Politik bereits Effekte jenseits der (Zer-)Störung etablierter Kultur hervorgebracht, nämlich eine neue, regressive (Un-)Kultur. Das oft wiederholte Argument, die AfD sei unfähig, eine eigene Kultur hervorzubringen, lässt Bartmanns Buch fast schon zu einem Sedativum für seine Leser*innen geraten. Es könne – zumindest kulturpolitisch – schon nicht so schlimm werden und eine AfD an der Macht wäre in ihrer Unfähigkeit schnell bloßgestellt, so der unausgeschriebene, sich aber anschließende Gedanke.

Es braucht nur die gute Kultur

Bartmanns Vorschlag für die Auseinandersetzung mit der rechten Formierung bleibt schließlich auch unbefriedigend. Weniger das mutige und konflikthafte Auftreten im Diskurs und – noch viel wichtiger – im Alltag vor Ort sei entscheidend, sondern die Wiederaneignung der ehemals gültigen Spielregeln der Demokratie. Diese könnten einen „halbwegs vernünftigen demokratischen

Streit zwischen linken und rechten Positionen“ (S. 8) gewährleisten und der linksliberalen Seite sogar zum Sieg im Kulturkampf verhelfen. Was Bartmann im Kulturkampf konkret gewinnen will, würde man ihn da gern fragen.

Der Autor greift schließlich noch Peter Sloterdijks Idee von Kultur als einzuübender „Anthropotechnik“ auf. Demzufolge müsse man bloß eine zugänglichere (Hoch-)Kultur schaffen, die am Ende „weder rechts noch links, sondern einfach gut“ (S. 98) sei. Ein fast schon zynischer Vorschlag in die eigenen Reihen des Kulturbetriebs, mit dem Problem rechter Hegemonie wie auch mangelnder sozialer und kultureller Teilhabe umzugehen. Eine wütende Anklage gegen die kulturpolitischen Anfeindungen und Kürzungsandrohungen, die nicht bloß von der AfD hervorgebracht werden, erwartet man demnach vergebens.

Christoph Bartmann 2026:
Attacke von rechts. Der neue Kampf um die Kultur.
Hanser.
ISBN: 978-3-446-28568-2.
176 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Thore Freitag: Schuss ins Blaue. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/3qeKS.

Die Neue Rechte als Aneignungmaschine

Vojin Saša Vukadinović (Hg.)
Randgänge der Neuen Rechten
Philosophie, Minderheiten, Transnationalität

Ein ambitionierter Sammelband will die Aneignungsstrategien der Neuen Rechten erkunden, verliert dabei jedoch deren politische Ziele aus dem Blick.

Rezensiert von Johannes Below

Nazis hassen Muslime, Linke, Juden und Frauen. An dem Satz ist nur wenig falsch. Und doch gibt es immer mehr Nazis, die ihn mit Verweis auf Publikationen der Neuen Rechten zurückweisen könnten. Woran das liegt, versucht der von Vojin Saša Vukadinović herausgegebene Sammelband „Randgänge der Neuen Rechten“ zu erkunden. Ob das gelingt, bleibt fraglich.

Der rund 400 Seiten starke Band kommt mit 15 Artikeln plus Einleitung daher und deckt eine beachtliche thematische Bandbreite ab: ob Homosexuelle in der AfD, das Islambild rechter Theoretiker*innen oder die Kriege im ehemaligen Jugoslawien als ethnopluralistischer Mythos.

So breit gefächert die Themen auch sind, zeigt sich doch vor allem eins: die Neue Rechte nistet sich in Diskurse ein. Sie ist eine Aneignungsmaschine. In „Randgänge der Neuen Rechten“ werden einige dieser Aneignungen exemplarisch vorgeführt.

Die Aneignung eines marxistischen Klassikers als Paradebeispiel

Das Beispiel Gramsci: Dass sich die Neue Rechte mit Antonio Gramsci ausgerechnet einen linken Denker angeeignet hat, der von den italienischen Faschisten ins Gefängnis gesperrt wurde, ist zwar mittlerweile keine Neuigkeit mehr. Dennoch spielt die Aneignung eine große Rolle im Sammelband. Zurückgeführt wird das auf zwei Mechanismen.

Erstens heißt es, Gramsci würde nur selektiv von der Neuen Rechten aufgenommen und verfälscht. Hier ist Aneignung gleichzeitig Abänderung. Deutlich lauter ist aber eine andere Lesart vertreten: Die Linke sei von der Rechten nur bedingt verschieden, Schuld am Aneignungserfolg der Neuen Rechten seien die „Einbildungen queerer Linker“. (Stolzenberger, S. 202)

Es seien nämlich linke „Verfehlungen“ (ebd., S. 203), die der AfD Steilvorlagen lieferten, ja ihren Erfolg eigentlich erst ermöglichten. Dass die Linke, so Hannah Kassimi, sich „oftmals nicht mehr auf die soziale Frage“ (S. 244), sondern auf „Identitätsfragen“ (ebd.) fokussiere, bereite der Neuen Rechten erst das diskursive Feld.

Ist die Linke das eigentliche Problem?

Besonders deutlich werde das in der angeblichen „Islam-Apologetik“ (Stolzenberger, S. 202) der Linken. Die „Randgänge der Neuen Rechten“ holen zum Rundumschlag aus: nicht nur ihr eigentlicher Gegenstand, die Neue Rechte, wird kritisiert, sondern immer auch eine vermeintlich kulturrelativistische, abgehobene, vor allem aber als antizionistisch begriffene Linke.

Bereits im Vorwort wird der entsprechende Ton gesetzt, wenn Vukadinović „bemerkenswerte Parallelen“ (S. 16) zwischen linker, rechter und islamistischer Ideologie sieht. Beklagt wird, „dass sich rechtsreaktionäre Publikationen bisweilen nicht sonderlich von gefühlslinken akademischen Veröffentlichungen unterscheiden“ (ebd., 15). Und auch der konservative Evergreen, „Israelkritik“ sei bloß eine Sonderform des Antisemitismus, kommt im Band zu seinem Recht. (Schreiter, S. 262)

Natürlich: keiner der Autor*innen lässt sich als eine akademische Version von Dieter Nuhr abstempeln – und doch wird hier, wenngleich akademisch-smart, mit erstaunlicher Hartnäckigkeit auf die linke Seite eingeprügelt. Warum? Weil ihr die „notwendigen analytischen Kompetenzen“ (Vukadinović, S. 16) fehlen würden, die Spezifika der Neuen Rechten überhaupt zu durchdringen.

Überspitzt: Die Linke solle bitte schweigen, wenn ernsthafte Akademiker*innen reden. Passend dazu wird die Menge an Publikationen, die jemand vorzuweisen hat, als Ausschlusskriterium konzipiert (Vukadinović, S. 19) – und gleichzeitig die Foucault'sche Diskursanalyse, die solche Ausschlussmechanismen untersucht, abgelehnt (Kassimi, S. 248).

Die Pointe lautet: Schuld am rechten Aufstieg ist der linke Niedergang. Aber damit macht es sich der Band viel zu einfach.

Der akademische Zeigefinger

Keine Frage, man lernt viel, wenn man den Band liest, zurück bleibt aber eine gewisse Ratlosigkeit. Denn was lernt man hier eigentlich genau? Dass die Rechte Theoreme der Linken übernimmt? Dass die Linke den Rechten die Tür geöffnet hat? Dass die Gender-Studies verkappt rechts, weil „misogyn-rassistisch“ (Vukadinović, S. 24) seien?

Zur Kenntnis nehmen kann man jedenfalls, dass es eine bestimmte Denkrichtung ist, der die Autor*innen die Verantwortung für den Erfolg der Neuen Rechten ankreidet: dem Poststrukturalismus. Der nämlich habe, so Hannah Kassimi, die Geistes- und Sozialwissenschaft „korrumpiert“ (S. 247).

Denker*innen in der Tradition Derridas, Foucaults oder Butlers werden hier als mehr oder weniger unfreiwillige Diskursbereiter der Neuen Rechten konzipiert und bekommen dazu noch den Antisemitismusvorwurf ab.

Und so bleibt die Frage: Was ist eigentlich die Position der Autor*innen? Woher formulieren sie ihre Kritik? Der Verdacht tut sich auf, dass sie sich vor allem als Vertreter*innen einer akademischen Mitte verstehen, die sich durch ihre Überparteilichkeit und Neutralität auszeichnen will.

Die Neutralität wird aber durch Zeigefinger und Tonfall unterwandert. Es hat den Anschein, dass hier immer wieder Schattengefechte geführt werden: eine Kritik an der Kritik. Damit macht sich der Sammelband sicherlich nicht zum heimlichen Apologeten rechten Denkens, aber er verliert sich immer wieder und lässt am Ende mehr Fragen offen, als er überhaupt gestellt hat.

Und warum nun ein Randgang?

Diese ganze Uneindeutigkeit zeigt sich bereits im Titel. Dieser geht zurück auf Jaques Derridas „Randgänge der Philosophie“ von 1972. Derrida selbst spielt in dem Band allerdings keine Rolle – tatsächlich kommt er nur an einer Stelle vor – und auch dort nur in einer Aufzählung. Wenn aber die Randgänge hier losgelöst von Derrida verstanden werden sollen, stellt sich die Frage, was mit ihnen und damit mit dem Titel noch anzufangen ist.

Inwiefern handelt es sich um Randgänge der Neuen Rechten? Wohlgesonnen könnte man sagen: Es wird damit ein Philosophieren bezeichnet, das sich bewusst an den Rändern von Texten und politischen Positionen bewegt, wo sie auf Anschlussfähigkeit lauert. Die Neue Rechte beitreibe damit diskursive Metapolitik: eine Strategie, die darauf abzielt, langsam und stetig einzusickern in die großen Diskurse. Ziel ist eine diskursive Landnahme durch eine rechte Ideologie, die sich nicht mehr einfach so als solche zu erkennen gibt.

Nicht ganz so wohlgesonnen könnte man aber auch sagen: Der Band bedient sich eines Titels, den er gar nicht einlösen kann. Und warum? Weil er genau das tut, was er der Neuen Rechten (wenigstens stellenweise) vorwirft: die selektive Rezeption. Denn so wie die Neue Rechte Gramsci selektiv rezipiert, rezipiert der Band poststrukturalistische Theorie. Sie wird als antiuniversalistisch, identitätspolitisch und antisemitisch abgetan, ohne sie wirklich einer Untersuchung unterzogen zu haben.

Vojin Saša Vukadinović (Hg.) 2022:
Randgänge der Neuen Rechten. Philosophie, Minderheiten, Transnationalität.
transcript.
ISBN: 978-3732859962.
624 Seiten. 32,00 Euro.

Zitathinweis: Johannes Below: Die Neue Rechte als Aneignungmaschine. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/RnBHV.

Zwischen Wahn und Wirklichkeit

Torben Lütjen
Partei der Extreme: Die Republikaner Über die Implosion des amerikanischen Konservatismus.

Eine interessante Deutung von Trumps Wahlerfolg verspricht die Studie über die ideengeschichtliche Genese des US-amerikanischen Konservatismus.

Rezensiert von Jens Zimmermann

Wie konnte das passieren? Diese Frage hat sich bestimmt jede_r kurz nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses der 50. Präsidentschaftswahl 2016 gestellt. Auch die politische und wissenschaftliche Publizistik war schnell zur Stelle und versorgte den Diskurs mit allerhand Varianten von Deprivationstheorie, Rassismusanalyse und Kulturkampfapokalypse – wahlweise war auch einfach die Arbeiter_innenklasse schuld, das geht immer! Einen weitaus differenzierteren Blick auf das „Phänomen“ Donald Trump wagt der Politikwissenschaftler Torben Lütjen mit seiner ideengeschichtlichen Rekonstruktion des amerikanischen Konservatismus seit den 1930er Jahren und liefert damit eine ganz eigene Deutung der Wahlereignisse. Aber von Anfang an…

Big government = Kommunismus und Faschismus

Zur ideologischen Legitimation seines groß angelegten Konjunkturprogramms in den 1930er Jahren proklamierte der damalige Präsident Franklin D.

Roosevelt seine keynesianische Wirtschaftspolitik als „liberal“, während er seine Skeptiker_innen als „Konservative“ bezeichnete. Ein kluger Schachzug, denn in der politischen Kultur der USA galt der „Liberalismus“ als uramerikanisch, wohingegen „konservativ“ zunächst für viele nach Krone und altem Kontinent klang. Schnell wurde der Begriff allerdings zum positiv gewendeten Label für all diejenigen, die in Roosevelts „big government“ den direkten Weg in den „Sozialismus“ oder wahlweise „Faschismus“ sahen. Diese Deutung wird im Laufe der Jahrzehnte zu einem der wirkmächtigsten Ideologeme des US-Konservatismus.

Zunächst blieb die *new deal coalition*, ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, weißen Südstaatler_innen, Katholik_innen, ethnischen Minderheiten und Intellektuellen, jedoch politisch führend. Es war gerade diese Massenbasis und das Zusammenspiel verschiedener Interessensverbände, die Roosevelts Wirtschaftspolitik stützten. Zwar war mit der *American Liberty League* der Grundstein für den organisationellen Rahmen der späteren Republikaner gelegt, doch bleibt diese noch ein Sammelbecken für ideologisch äußerst heterogene Roosevelt-Gegner.

Erst der konservative Anti-Kommunismus der McCarthy-Jahre, so Lütjen, lieferte den ideologischen Klebstoff, um die Institutionalisierung der konservativen Bewegung voranzutreiben. Zu dieser Zeit entstand eine bewegungseigene Publizistik, die – finanziert durch konservative Mäzene – kanonische Texte produzierte und mit dem National Review ein verbreitetes Sprachrohr fand. Welche wichtige Rolle diese „Bewegungsunternehmer“ spielen, lässt sich an Jasper Crane zeigen. Der ehemalige Manager und Konservative der ersten Stunde war derart begeistert von den Schriften des Wiener Nationalökonomen Friedrich August von Hayek, dass er kurzerhand mit anderen Gesinnungsgenossen dafür sorgte, dass Hayek an die Universität von Chicago geholt werden konnte und dort die einflussreiche *Chicago School* der Nationalökonomie begründete. Deren Botschaft war einfach: jede Form von Kollektivismus ist Sozialismus oder Faschismus und Demokratie lässt sich nur mit einem vollkommen unregulierten Markt realisieren – Hayeks „Standardwerk“ „Der Weg zur Knechtschaft“ gehört noch heute zum Kanon des konservativen Bildungsprogramms, wie vor ein paar Jahren auch Arnold Schwarzenegger in seiner Biographie „Total Recall" zu Erkennen gab.

Konservative Ideologie + Massenbasis

Anfang der 1960er Jahre war die ideologische Formierungsphase so gut wie abgeschlossen, wenn auch mit immanenten Widersprüchen behaftet. Sie war „zutiefst religiös und anti-säkular, auf die Bewahrung von Traditionen geeicht, aber doch mit einem fast schon revolutionären, staatsfeindlich-libertären Impuls ausgestattet, dazu aggressiv militant in der Außenpolitik“ (S. 38).

Die ideologischen Deutungsmuster waren also gesetzt. Nun fehlte nur noch die Massenbasis für den elektoralen Erfolg. Diese sollte sich 1964 herausbilden, nachdem der Kongress den „Civil Rights Act“ verabschiedete, der die faktische „Rassentrennung“ in den Südstaaten beenden sollte. Gerade die Demokraten aus dem Dixieland votierten gegen das Gesetz. Die Republikaner nutzten die Gunst der Stunde und profilierten sich als Partei des Südens, in dem sie sich für die Aufrechterhaltung der „Rassentrennung“ einsetzten, was ihnen regen Zulauf an Wähler_innen bescherte. Dieser Prozess wird als *southern realignement* bezeichnet und bildet die soziogeographische Grundlage der jeweiligen Parteibasis. Und auch ideologisch wirkte dieser Prozess der Neuausrichtung der politischen Präferenzen: „Der Seitenwechsel des Südens machte die Demokraten liberaler und die Republikaner konservativer.“ (S. 49) Dieser Konservatismus traf vor allem in den Vorstädten auf nahrhaften Boden, in denen sich vornehmlich die weiße US-amerikanische Mittelschicht sammelte, welche wenig übrig hatte für steuerfinanzierte Sozialleistungen und öffentliche Projekte, die durchweg als staatliche Unterstützung von „Schwarzen“ wahrgenommen wurden. Hier zeigte sich dann auch die Durchschlagskraft einer folgenschweren Diskursverschränkung, die bis heute Bestand hat: *race* und Sozialpolitik. Fortan konnte in der diskursiven Zuschreibung der *singlemoms* und *welfarequeens* sowohl gegen sozialstaatliche Leistungen des *big government* opponiert und im gleichen Zuge implizit dem rassistischen Ressentiment freier Lauf gelassen werden.

Auftauchen des rechten Populismus

Die 1960er waren aber auch der Durchbruch einer neuen Politikstrategie, welche den US-amerikanischen Konservatismus langfristig prägen sollte. George Wallace, Gouverneur von Alabama und Demokrat (!), begründete mit seiner erbitterten Feindschaft gegen die Aufhebung der „Rassentrennung“ die

Grundpfeiler eines (rechts-)konservativen Populismus. Wallace polemisierte gegen die „Washingtoner Bürokraten“ und „Pseudo-Intellektuellen“, welche das ganze Land mit ihren „abgehobenen Politikvorstellungen“ regieren wollten – damit waren vor allem Politikinstrumente und Gesetze gemeint, welche die „Rassentrennung“ de facto aufhoben oder verringern sollten. Seine Mischung aus rassistischem Ressentiment, Anti-Eliten-Rhetorik und Anti-Intellektualismus etablierte sich als jederzeit wirksame Mobilisierungsrhetorik. Laut Lütjen waren es Richard Nixon und sein Vize Spiro Agnew, welche Ende der 1960er Jahre den Kampfbegriff von den „liberalen Eliten“ popularisierten, welche in der rechtspopulistischen Wahrnehmung als „versnobte Ostküsten-Oberschicht“ eher Politik für „sexuelle und ethnische Minderheiten“ machten, anstatt der_m hart arbeitenden Amerikaner_in zu seinem Recht zu verhelfen. „Die ‚liberale Elite’ in dieser Erzählung war gottlos, dekadent, unpatriotisch, aber vor allem unendlich bigott.“ (S. 63)

Flankiert von dieser populistischen Wende gelang es der konservativen Bewegung auch, sich ökonomisch zu stabilisieren. Zu Beginn der 1970er Jahre war „die amerikanische Rechte (...) längst ein multimilliardenschweres Unternehmen“ (S. 69). Aus dieser ökonomischen Basis etablierten sich bewegungsnahe *thinktanks* wie die *Heritage Foundation* und das *Cato Institute*, welche den politischen Diskurs der kommenden Jahre stark beeinflussten. Doch nicht nur die organisatorisch-institutionelle Architektur des US-Konservatismus sollte die elektorale „Erfolgsgeschichte“ der Republikaner begründen. Der Aufstieg der religiösen Rechten und deren Integration in die konservative Bewegung war ein entscheidendes Mobilisierungsmoment für die zukünftigen Wahlen. Einer der prominentesten Vertreter_innen sollte Georg W. Bush werden, der sich offen als *re-born christ* bezeichnete. Der religiösen Rechten ging es dabei weniger um Erfolg bei politischen Wahlen als um entscheidende Geländegewinne im *culture war*, also in der Zurückdrängung einer gesellschaftlichen Liberalisierung im Bereich der Lebensführung. Die Ironie der Geschichte war jedoch, so Lütjen, dass sie genau diesen verloren, aber durch ihre Daueragitation gegen Homosexuelle, gegen Abtreibung und den „Verfall der Sitten“ neue Wähler_innenschichten erschließen konnten, die vorher der Wahlurne ferngeblieben waren.

Letztlich endeten aber seit den 1980er Jahren alle republikanischen Präsidentschaften in ideologischer Ernüchterung, wie Lütjen darstellt. Sowohl

die Amtszeiten von Reagan (1981-1989), als auch die der Bushs (1989-1993 und 2001-2008) hinterließen ein Rekordhaushaltsdefizit und für viele harte Konservative den Eindruck, dass keiner der Ihren regiert hatte, sondern wieder mal ein rechter Pragmatiker, der sich der liberalen Elite angedient hatte. Unterm Strich, so macht der Autor deutlich, wirkten diese Präsidentschaften aber als Wegbereiter zweier entscheidender Faktoren, die Donald Trump den Wahlsieg 2016 bescheren sollten. Am Ende der Bush-Präsidentschaft 2009 steht die Geburt der Tea Party, welche Paranoia und Angst zu einem zentralen Politikmittel machte. Von beidem wurde dabei vor allem in der konservativen „Echokammer“ Gebrauch gemacht. Lütjen argumentiert, dass sich in den USA zwischen Demokrat_innen und Republikaner_innen zwei Lebens- und Informationswelten etabliert hatten, in denen vollkommen verschiedene Realitäten produziert wurden, die für „neue Informationen“ undurchlässig waren und im „Inneren“ das Altbekannte reproduzierten – eben ein Wiederhall des Altbekannten. Teil dieser Medienindustrie sind beispielsweise Rupert Murdochs Fox News sowie die Radio- und TV-hosts Rush Limbaugh und Glenn Beck, welche während der Obama-Präsidentschaft immer wieder die Paranoia-Politik der rechten Tea Party diskursiv befeuerten.

Lütjen präsentiert an diesem Punkt seiner ideologiegeschichtlichen Rekonstruktion des US-amerikanischen Populismus seine Deutungsweise des Trumperfolges. Er argumentiert, dass Trump alle Kernelemente des Konservatismus über Bord geworfen habe und somit als „Anti-Ideologe“ auf reine Ressentiment-Politik und einen Hyperpopulismus zurückgreife, der letztlich das Politische selbst in Frage stellt:

> *„[E]xtreme Personalisierung; den Tabubruch als Methode; den Hang zum Verschwörungsdenken; den Anti-Intellektualismus; und dann eben auch die Konzentration auf einen aggressiven Ethno-Nationalismus – bei gleichzeitiger Flexibilität auf anderen Politikfeldern.“ (S. 130)*

Die Implosion des amerikanischen Bewegungskonservatismus bestehe gerade in der Zuspitzung auf ihr anti-politisches Moment, welches mit kruder Ressentimentaktivierung und genereller „Feindschaft zum politischen System“ tendenziell in den 1960ern angelegt war. Lütjens knapper Essay ist einer der wenigen lesenswerten Versuche, Trumps Erfolg aus einer historischen, ideengeschichtlichen und zum Teil auch soft-materialistischen Perspektive zu erklären, ohne den Tendenzen subjektivierender Politikerklärungen à la

„Modernisierungsverlierer_innen“ zu erliegen, welche in den hiesigen Feuilletons rauf und runter gebetet werden. Stattdessen bietet Lütjen eine Analyse an, in der Trump sozusagen aus der Geschichte der Republikaner selbst verstanden wird. Und hier liegen auch die Stärken des Buches: die spezifischen historischen und materiellen Bedingungen von Trumps Hyperpopulismus werden von Lütjen aus der politischen Kultur der USA herausgearbeitet und lassen sich nicht schablonenhaft auf die europäischen Verhältnisse übertragen. Viel zu virulent ist im europäischen Populismus das klassische ideologische Repertoire der Rechten in der Besetzung von Kultur, Volk und Nation unter regressiven Vorzeichen. Ein europäischer Trump wird wohl nicht realistisch sein, doch werden AfD und co. sich wohl einiges Abschauen beim Hotel-Mogul aus New York.

Torben Lütjen 2016:
Partei der Extreme: Die Republikaner. Über die Implosion des amerikanischen Konservatismus..
Transcript Verlag, Bielefeld.
ISBN: 978-3-8376-3609-3.
145 Seiten. 14,99 Euro.

Zitathinweis: Jens Zimmermann: Zwischen Wahn und Wirklichkeit. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/ABDxQ.

Bauchladen der Ausgrenzungsdiskurse

Thilo Sarrazin
Deutschland schafft sich ab
Wie wir unser Land aufs Spiel setzen

Viel (zu viel) wurde über das Scheißbuch eines vermeintlichen Tabubrechers gesagt und geschrieben – wir wagen trotzdem mit ein bisschen Abstand nochmal einen Blick.

Rezensiert von Sebastian Friedrich und Hannah Schultes

Im letzten August entzündete sich eine nicht enden wollende Debatte anhand der Veröffentlichung eines Buches namens *Deutschland schafft sich ab (DSSA)* des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin (Thilo S.). Häufig war im Laufe der Debatte vom „Tabubrecher" Sarrazin die Rede. Doch ob es sich schlicht um Tabubrüche handelt, kann bezweifelt werden, denn Thilo S. erschuf keineswegs „neue Diskurse", sondern schöpfte aus dem reichhaltigen Angebot der vorhandenen ausgrenzenden Diskurse.

Betrachtet man die ersten Rezensionen in bürgerlichen Tageszeitungen, scheinen diese nicht wirklich zu der Debatte passen zu wollen, die sich danach entwickelte. Die *tageszeitung (taz)* polemisierte am 24.8. gegen die „Alarmiertheit Thilo Sarrazin", der befürchte, „dass wir alle aussterben und durch Kopftuchträgerinnen ersetzt werden". Auf der Online-Seite der *Süddeutschen Zeitung (SZ)* wurde am 29.8. in ähnlicher Weise unter dem Titel „Alle mal herhören: Das Ende naht" über den apokalyptischen Charakter der in *DSSA* beschriebenen Szenarien gespottet, während die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* am 26.8. die Rezension mit „So wird Deutschland dumm" übertitelte, um das Werk schließlich als „antimuslimisches Dossier auf

genetischer Grundlage“ zu bezeichnen. Von vielen auch hegemonialen Medien wurde Thilo S. für seine Thesen zunächst kritisiert oder lächerlich gemacht. Dennoch nahmen sich alle der genannten Zeitungen der von Thilo S. vorgegebenen Themen an, berichteten ausführlich und ergriffen teilweise für ihn Partei. Wir wollen uns daher nicht darauf konzentrieren, Thilo S. zu widerlegen oder ihn des Rassismus zu überführen, sondern das thematische Umfeld zeigen, in dem *DSSA* zum meistverkauften Sachbuch nach 1945 werden konnte. Uns interessiert weniger, *warum* Thilo S. dieses oder jenes sagt, sondern vielmehr, *was* aus Thilo S. spricht.

“Deutschland schafft sich ab“

Aufgrund der breiten Rezeption des Buches, zu der wesentlich eine Medienkampagne mit parallelen Vorabveröffentlichungen von *SPIEGEL* und *BILD* beitrug, war die erste Auflage des Buchs bereits vor dem offiziellen Erscheinen vergriffen. Was sich in den folgenden Monaten abspielte wurde je nach Phase und Sprecher_in als „Sarrazin-Debatte“, „Islam-Debatte“, „Integrations-Debatte“, etc. bezeichnet. Diese Begriffe treffen den Kern der Debatte(n) unserer Auffassung nach nicht. Entweder wird fälschlicherweise die Person „Sarrazin“ in den Vordergrund gestellt, die Debatte auf eine „Religionsdebatte“ reduziert oder der Begriff Integration (mal wieder) verwendet, wenn es um repressive Maßnahmen geht, die häufig einseitig eine Bringschuld von (Post-)Migrant_innen hervorhebt.

Wir glauben, dass vier Oberthemen im Zentrum der Debatte standen: Leistung, Einwanderung, Islam und Demografie, die zusammengenommen zu einer *LEID-Debatte* führten. Die mit diesen Themen korrespondierenden Diskurse, die wir ausgemacht haben, sind: der Leistungsdiskurs bzw. der neoliberale Ökonomiediskurs, der Einwanderungsdiskurs samt repressivem Gerede um Integration, das Themenfeld Islam und dem damit verbundenen „Kultur-“ bzw. Religionsdiskurs und der demographische Wandel bzw. der Bevölkerungsdiskurs im Allgemeinen. Ebenso gut könnte sie als LEIT-Debatte bezeichnet werden, die durch das Spektakel mit seinem Protagonisten Thilo S. die Formen der viel zitierten „Leitkultur“ deutlich werden lässt.

Das Buch ist klar strukturiert: Einleitung, zwei Kapitel zum „historischen Abriss“ und „Staat und Gesellschaft“ und schließlich „eine

Bestandsaufnahme“, in der „Zeichen des Verfalls“ aufgezeigt werden. Nach der Behandlung der Themen „Armut und Ungleichheit“, „Arbeit und Politik“, „Bildung und Gerechtigkeit“, „Zuwanderung und Migration“ und „Demografie und Bevölkerungspolitik“ folgt das letzte Kapitel, das zwei Szenarien beschreibt, wie „Deutschland in 100 Jahren“ nach Meinung des Autors im besten oder eben schlechtesten Fall aussehen könnte. Anstatt jedoch das Buch anhand dieser „offiziellen“ Gliederung abzuhandeln stellen wir die Inhalte entlang der Diskurse, die in *DSSA* bedient werden, dar.

Leistung und Ökonomie

Um den Rekurs auf Leistung in *DSSA* besser einordnen zu können, hilft ein Blick darauf, was Thilo S. unter Armut versteht: „‘Arm‘ sind Empfänger von Grundsicherung in Deutschland nur, wenn man Armut als politischen Begriff auffasst, der sich inhaltlich von seiner ursprünglichen und historisch überkommenen Bedeutung gelöst hat.“ (S. 79f) In Bezug auf relative Armut stellt Thilo S. fest: „Das Konzept der relativen Armut hat aber mit Armut im klassischen Sinne nichts zu tun. Es ist letztlich sozialpsychologisch fundiert.“ (S. 109) Auf der einen Seite macht sich Sarrazin die zugeschriebene Seriosität der empirischen Sozialforschung zu Nutze, auf der anderen Seite wischt er zentrale Konzepte derselben zur Seite. Ein Problem sieht er allerdings: „Das in Deutschland garantierte Mindesteinkommen ist nicht anstößig niedrig, sondern kommt den unteren Arbeitseinkommen anstößig nahe.“ (S. 86) Die Parallelen zu Westerwelles Äußerungen über „spätrömische Dekadenz“ sind offensichtlich. Westerwelles Äußerungen ähneln wiederum im Kern sehr denen von Peter Sloterdijk und der denkwürdigen - überwiegend im Feuilleton ausgetragenen - Debatte im Sommer und Herbst 2009.

Im Juni 2009 schrieb Sloterdijk in der FAZ den Aufsatz „Die Revolution der gebenden Hand“, in der er eine angebliche Umkehrung der Ausbeutungsverhältnisse feststellte. Während „im ökonomischen Altertum“ die Reichen auf Kosten der Armen lebten, könnte es in der „ökonomischen Moderne“ kommen, „dass die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven leben“. Es sei an den Leistungsträgern, sich der Ausbeutung durch den Steuerstaat zu widersetzen – die angebrachte Reaktion auf die hiesige Form des „Semisozialismus“ wäre ein „fiskalischer Bürgerkrieg“. Sloterdijk verteidigte Thilo S. gegen eine von ihm imaginierte deutsche „Meinungs-

Besitzer-Szene“ – die Gemeinsamkeit der Stärkung von Ungleichheitsdiskursen scheint dabei für Sloterdijk gegenüber des rassistischen Gehalts der Aussagen von Thilo S. zu überwiegen. Dabei ist dessen verwertungslogische Haltung nicht von seinem Rassismus zu trennen, wie sich an folgender Passage zeigt: „Die deutsche Einwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte hat nicht die Leistungsträger fremder Völker angelockt, sondern vornehmlich Landbewohner aus eher archaischen Gesellschaften, die in ihren Heimatländern am unteren Ende der sozialen Rangskala wie auch der Bildungsskala angesiedelt sind.“ (S. 58) Die Abwertung von Menschen anhand ökonomischer Kriterien legitimiert sich hier zusätzlich darüber, dass diese als die fremden „Anderen“ als rückständig und unzivilisiert inszeniert werden. Diese Position bedient den Rassismus der *weißen* Mehrheitsgesellschaft und verhindert, dass gemeinsame Betroffenheiten sichtbar werden.

Einwanderung

Dieses Selbstverständnis spiegelt sich in den Kosten-Nutzen-Rechnungen von Thilo S. wider. Insbesondere Einwander_innen fallen seinen Kalkulationen zum Opfer:

> *„Das System ist pervers. Keine der Araberfamilien, deren Kinder die Neuköllner Grundschule besuchen, bekäme in den USA auch nur einen müden Cent. Deshalb sind sie auch nicht dort, sondern in Deutschland. Die indischen Informatiker gehen dagegen lieber in die USA. Aufgrund der üppigen Zahlungen des deutschen Sozialstaats ziehen wir eine negative Auslese von Zuwanderern an. Das Transfersystem setzt auf deren Fruchtbarkeit hohe Prämien aus und zieht so die migrantische Unterschicht von morgen heran. (…) Die gute Versorgung bewirkt überdies, dass jeder Integrationsdruck fehlt. Aus den männlichen arabischen Kindern dieser Grundschule werden die jugendlichen Gewalttäter von morgen, während die jungen Mädchen früh heiraten, viele Kinder bekommen und durch mehr Transferleistungen das Familieneinkommen sichern.“ (S. 323f)*

In dieser Passage rekurriert Thilo S. nicht nur auf den Einwanderungsdiskurs, sondern zudem auf den ökonomischen Diskurs („migrantische Unterschicht“), den Bevölkerungs- bzw. Demographiediskurs („Fruchtbarkeit“), den biologistischen Eugenikdiskurs („negative Auslese“) und auf den Sicherheits-

bzw. Kriminalitätsdiskurs („Gewalttäter“), der jedoch wie auch in der nachfolgenden Debatte eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat. Diese selektive Behandlung seiner Äußerungen wird angesichts von gewissen Passagen, die wenig skandalisiert wurden, noch deutlicher. So schreibt Thilo S. zum Beispiel:

> *„Die türkischen Migranten heiraten zu über 90 Prozent wiederum Türken; rund 60 Prozent der Ehen türkischer Staatsbürger in Deutschland werden mit einem Partner aus der Türkei geschlossen. (…) Durchweg kommen die Importpartner aus dem regionalen Umfeld und häufig auch aus der engen Verwandtschaft der Familie, in die sie einheiraten. Häufig sind es Vettern und Cousinen. Ganze Clans haben eine lange Tradition von Inzucht und entsprechend viele Behinderungen. Es ist bekannt, dass der Anteil der angeborenen Behinderungen unter den türkischen und kurdischen Migranten weit überdurchschnittlich ist.“ (S. 316)*

Neben dem Rekurs auf vermeintliche Wahrheiten („Es ist bekannt“) verbinden sich in *DSSA* neben anderen Diskriminierungsformen auch Rassismus und ableism. Trotz konjunktureller Schwankungen rassistischer Inhalte im Einwanderungsdiskurs gibt es, historisch betrachtet, Kontinuitäten, welche unter anderem an Schlagwörtern wie „Belastungsgrenzen“, „Ghettoisierung“ oder „Ausländerkriminalität“ deutlich werden. An diese Schlagwörter knüpft Thilo S. an und macht sie zu einem essentiellen Teil seiner Geschichte über Deutschlands Abschaffung.

Islam

Ein zentrales Darstellungsmuster im Islamdiskurs ist das einer „islamischen Kultur“. Dafür bietet Thilo S. in seinem Buch ausreichend Anschauungsmaterial. Ein Beispiel:

> *„Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, dass dort über weite Strecken türkisch und arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird. Wenn ich das erleben will, kann ich eine Urlaubsreise ins Morgenland buchen (…) Ich möchte nicht, dass wir zu Fremden im eigenen Land werden, auch regional nicht.“ (S. 308)*

Thilo S. bedient mit seinen Aussagen einen Anti-Islam-Diskurs, der also auf der politischen Ebene auch in der Debatte anschlussfähig war. Auf der medialen Ebene lassen sich ebenfalls Parallelen feststellen, in der Art und Weise wie „die Muslime“ als homogene Gruppe konstruiert werden und mit welchen Zuschreibungen sie belegt werden. Insbesondere der *SPIEGEL* machte immer wieder mit antimuslimischen Titeln von sich reden: „Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung“, „Der Koran. Das mächtigste Buch der Welt“ – um nur einige zu nennen. Vorgearbeitet hat Thilo S. bereits mit seinen Äußerungen über „Kopftuchmädchen“, doch auch diese stellen keine Neuheit dar. 2004 titelte zum Beispiel der *SPIEGEL* „Allahs rechtlose Töchter. Muslimische Frauen in Deutschland“. Sexismus wird durch solche Titel zugunsten einer Ethnisierung des gesellschaftlichen Phänomens entpolitisiert. Diese Vorstellungen sind eng mit dem Einwanderungsdiskurs verbunden – der migrantische Prototyp wurde muslimifiziert.

Demographie

Ein weiteres zentrales Thema in *DSSA* und der *LEID*-Debatte war „Demographie“. In einem Interview mit der *BBC* fasste Thilo S. seine Problemdiagnose mit „the brightest people get the fewest babies“ zusammen, wobei *Spiegel Online* aus dem ersten Teil des Satzes „the whitest people“ machte – dieses Missverständnis ist durchaus plausibel im Kontext seiner anderen Äußerungen. Immer wieder beklagt Thilo S. das drohende Aussterben der Deutschen, die durch hohe „Fertilitätsraten“ wachsende Bevölkerungsgruppe der Einwander_innen, etc. Diese Sorgen werden immer wieder gepaart mit eugenischen Grundmustern:

> *„Die Schichtabhängigkeit des generativen Verhaltens in Deutschland ist als stabiler Trend empirisch belegt, belegt ist auch, dass zwischen Schichtzugehörigkeit und Intelligenzleistung ein recht enger Zusammenhang besteht. Unter seriösen Wissenschaftlern besteht heute zudem kein Zweifel mehr, dass die menschliche Intelligenz zu 50 bis 80 Prozent erblich ist. Der Umstand, dass bei unterschiedlicher Fruchtbarkeit von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Intelligenz eugenische oder dysgenische Effekte auftreten können, wird daher nicht mehr grundsätzlich bestritten.“ (S. 93)*

Wie sehr Thilo S. in den humangenetischen Diskurs verstrickt ist, zeigen auch seine Verweise zu Francis Galton. Von Thilo S. wird dieser als „Vater der frühen Intelligenzforschung“ bezeichnet (vgl. S. 93), Galtons Ausführungen zu Eugenik und Rassenlehre scheinen seine Zitierfähigkeit für *DSSA* nicht zu beeinflussen. Das „Problem des demographischen Wandels“ beherrscht seit Jahren Teile der Diskussionen in Deutschland. Thomas Etzemüller hat in einem sehr lesenswerten Essay (Ein ewigwährender Untergang, 2007) den Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert nachgezeichnet. Es zeigt sich, dass Szenarien über das „aussterbende Volk“, der zu hohen Geburtenraten der „Falschen“ das ganze Jahrhundert – schon vor dem Ersten Weltkrieg – herauf beschwört wurden.

Bauchladen-Prinzip

Zwar sind es die dargestellten *LEID*-Themen, um die sich die Argumentationen von Thilo S. und auch die der Debatten in Folge der Veröffentlichung von *DSSA* drehen. Aber auch andere kaum beachtete Ausgrenzungsdiskurse werden von Thilo S. bedient und forciert. Für die leistungsorientierte Verdatung von Menschen zieht Thilo S. auch die Kategorien „Frauen“ und „Männer“ heran: „Seit den dreißiger Jahren werden die Aufgabenanteile in Intelligenztests so normiert, dass sich für beide Geschlechter der gleiche durchschnittliche IQ ergibt. (…) Bei den extremen Begabungen – IQ von 145 und mehr – ist die Relation zwischen Jungen und Mädchen 8:1 und höher.“ (S. 216) Er stellt fest, dass die Überzahl der Jungen bei den „Hochintelligenten“ und „extremen Begabungen“ nicht mit dem durchschnittlich besseren Abschneiden von Mädchen in der Schule zusammenpassen wollen, und erklärt: „Eine Rolle spielt auch, dass die größere Verhaltensstabilität der Mädchen und ihr besseres Kommunikationsvermögen dazu führen, dass Mädchen selbst bei gleicher Leistung häufig besser benotet werden als Jungen und deshalb häufiger eine Gymnasialempfehlung erhalten.“ (S. 216) Um die suggerierte eigentlich höhere Leistungsfähigkeit der Jungen zu aktivieren, schlägt er „ein attraktives Bewegungsangebot“ vor, um „dem ausgeprägten Bewegungsdrang der meisten Jungen“ Rechnung zu tragen. (S. 216)

Er verstrickt sich damit auch in die Widersprüche, die der gegenwärtigen Leistungsideologie inhärent sind. Diese behauptet einerseits die „objektive Messbarkeit“ von Leistung und muss daher Chancengleichheit bei der

Erreichung der als Leistung angesehenen Ziele voraussetzen, andererseits plädiert sie oft selektiv für die Berücksichtigung von Einflussfaktoren auf diese Leistung.

Es lässt sich festhalten: Thilo S. hat keineswegs neue Diskurse eingeführt – vielmehr sprechen bereits etablierte Diskurse aus ihm. Welche Faktoren haben dazu geführt, dass er dennoch eine monatelange Diskussion initiieren, als Tabubrecher und Provokateur markiert, seine Thesen mehr gefeiert als skandalisiert werden konnten?

Ein Grund liegt in der Kontinuität und Stabilität von Diskursen, die sich zwar verändern oder in den Hintergrund treten können, aber nie vollkommen verschwinden. Insofern boten zunächst die vier dargestellten Diskurse den Thesen von Thilo S. einen Nährboden. Zusätzlich standen einige der von uns beschriebenen Diskurse während der letzten Monate und Jahre besonders im Vordergrund. Durch die breite Auseinandersetzung von Thilo S. mit Bildung, Migration, Demographie, Ökonomie, etc. und den unterschiedlichen Grundannahmen und Konsequenzen bediente Thilo S. eine Fülle an Einstellungsmustern. Aus Thilos Bauchladen konnten sich sehr viele bedienen – die „Islamkritikerin“, die sich für ökonomistische Argumentationen gar nicht interessiert, der Leiharbeiter, dessen Feindbild Hartz IV-Empfänger sind oder Eliten, die um ihren Selbsterhalt bangen. Kein Wunder, dass in Alltag, Medien und Politik sich viele Menschen nach dem Motto „allgemein hat er recht, aber dort hat er übertrieben/unrecht/sich im Ton vergriffen“ äußerten.

Solche Debatten können wegen ihren vielfältigen entsolidarisierenden Wirkungen fatale Effekte haben. Thilo S. führt seinen Feldzug nicht allein gegen muslimische Migrant_innen, sondern gegen alle Personen, die nach seinem Leistungsempfinden nichts zur Gemeinschaft beitragen. Dass die Thesen auch von Menschen stark gemacht werden, die selbst von Teilen seiner Äußerungen betroffen sind, lässt sich auf die Vielzahl der bedienten Ausgrenzungsdiskurse zurückführen und birgt die Gefahr der weiteren Spaltung der in unterschiedlicher Weise Diskriminierten. In der gemeinsamen Marginalisierung liegt jedoch auch ein Potenzial für gemeinsamen Widerstand.

Thilo Sarrazin 2010:
Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen.
DVA Verlag, München.
ISBN: 978-3-421-04430-3.
464 Seiten. 22,99 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich und Hannah Schultes: Bauchladen der Ausgrenzungsdiskurse. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/JVMns.

Auf Kuschelkurs mit Kubitschek

Thomas Wagner
Die Angstmacher
1968 und die Neuen Rechten

Mit Rechten reden, um ihnen etwas entgegen zu setzen - kann das gut gehen?

Rezensiert von Elisabeth Voß

Ich schätze den Autor Thomas Wagner sehr, insbesondere „Demokratie als Mogelpackung“ und „Robokratie“ habe ich mit großem Gewinn gelesen. Mit seinem neuen Buch „Die Angstmacher“ präsentiert er ein Patchwork aus linker und rechter Geschichte seit 1968, Schnipseln aus Philosophie und Kultur, sowie Gesprächen nicht nur über Rechte, sondern auch mit rechten Vordenker*innen wie Alain de Benoist, Götz Kubitschek, Ellen Kositza und anderen. Ich bin weder davon überzeugt, dass es notwendig ist, ausgerechnet mit diesen Personen zu sprechen, noch mag ich dem Autor rigoros widersprechen. Ist das nicht alles viel komplexer?

Die Ausgangsthese seines Buches formuliert der Autor in einem Argument-Beitrag prägnanter als im Buch selbst:

> *„Weil sich die Protagonisten der Neuen Rechten vom Nazi-Faschismus distanzieren, keinen autoritären Führerstaat, sondern mehr direkte Demokratie propagieren, von der Linken die Bedeutung der Theoriearbeit gelernt haben, an die Popkultur andocken, gewaltfreie Methoden verwenden, die Provokationsmethoden der Studentenbewegung als rechte Spaßguerilla adaptieren […], ist es heute und wird es in Zukunft schwerer sein, sie als politische Gegner erfolgreich zu bekämpfen.“ (Wagner 2018, S. 110)*

Seine Schlussfolgerung leuchtet ein: „Nur wer begreift, wie die Akteure wirklich denken, ist in der Lage, angemessen auf ihre Provokationen zu reagieren“ (S. 28).

Allerdings irritiert mich bereits seine Einleitung, in der er eine Kundgebung in Berlin im Jahr 2015 schildert. Dort wird sowohl die Parole „Merkel muss weg“ als auch in Richtung der Gegendemonstranten „Nazis raus!“ gerufen. Tourist*innen fragen, wer hier eigentlich die Nazis, wer die Guten und wer die Bösen seien. Der Autor klärt auf: „Die militanten Jungs sind von der Antifa, also Linke. Die Alten mit den Blumen von der AfD, also Rechte“ (S. 11). Warum stellt er die politischen Gegner*innen von der AfD verharmlosend als sanftmütige „Blumenkinder im fortgeschrittenen Alter“ (ebd.) dar, und kontrastiert sie mit jungen, militanten, schwarzgekleideten linken Männern?

So viel Männlichkeit

Wagner geht es nicht darum, herauszufinden, „was an dem Denken der Neuen Rechten ‚falsch’ ist“, sondern sich „den Wahrheitskernen ihrer Weltsicht anzunähern und deren Faszinationskraft nachzuspüren“ (Wagner 2018, S. 108). Mutig räumt er ein: „Ursprünglich hatte ich auch mehr von meinen eigenen Berührungspunkten zum rechten Denken (und Fühlen) erzählen wollen. An dieser Selbsterkundung bin ich jedoch gescheitert – schon aus Zeit- und Platzgründen.“ (ebd.) Einen kleinen Einblick gibt er jedoch, indem er berichtet, dass er vor 30 Jahren von dem japanischen Schriftsteller Yukio Mishima und der „Radikalität, mit der dieser Autor sein ganzes Leben auf einen selbst erdachten Entwurf zu stellen schien“ (S. 199), fasziniert war. Der „sensible Autor“ (ebd.) Mishima galt lange als Linker und wendete sich erst spät der radikalen Rechten zu. „Für mich war der japanische ‚Faschist’ ein

Wegweiser der eigenen Befreiung“ (ebd.) gesteht Wagner. Mishima verarbeitete auch seine Homosexualität literarisch, und beging 1970 rituellen Suizid. Thomas Wagner schildert diesen qualvollen Akt so ausführlich, als wäre er selbst dabei gewesen.

Bei seinen kulturellen Erkundungen spürt Wagner erschreckende Bilder von Männlichkeit und Gewalt auf. Dabei zitiert er fast ausschließlich Männer. Beispielsweise aus der von Götz Kubitschek herausgegebenen Zeitschrift *Sezession* zur Loveparade: „Techno war Krieg […] Trommelfeuer- und Stahlgewitter-Ersatz“ (S. 107). Er führt den von Armin Mohler beschriebenen „faschistischen Stil“ an, geprägt von der „Ästhetisierung von Kampf, Krieg, Heldentat und Opfertod“ (S. 123). Auch Peter Sloterdijk kommt zu Wort, der „Herrentugenden“ und „Wehrbereitschaft“ (S. 235) gegen muslimische Einwanderer_innen fordert. Der Philosoph vermisst den Thymos, eine als männlich definierte Vitalität, ebenso wie Götz Kubitschek, der die „Entmännlichung des deutschen Volkes“ (S. 237) beklagt.

Wagner hat einen beeindruckenden Fundus an Quellen zusammengetragen. Seine Darstellungen scheinen zwischen Abscheu und Faszination zu schwanken. Zwischen den Zeilen zieht sich die Frage nach männlicher Identität durch das ganze Buch, ohne jedoch ausdrücklich thematisiert zu werden. Der Autor möchte herausfinden, was die Rechten attraktiv macht „gerade auch für intelligente und empfindsame junge Leute“ (S. 108). Ich übersetze: Warum fühlen sich ausgerechnet sensible junge Männer von den martialischen Rechten angezogen? Und dann fallen mir die militanten Linken aus der Einleitung ein…

Ein Gesprächspartner des Autors ist der Schriftsteller und frühere APO-Aktivist Frank Böckelmann. Dieser war schon Mitte der 1960er Jahre – zusammen mit dem kürzlich verstorbenen Dieter Kunzelmann – bei der Subversiven Aktion, die sich an der Situationistischen Internationale orientierte. Mit provokanten Aktionen sollte die Gesellschaft verändert werden. Auch in der Schilderung dieses Teils der linken Geschichte tauchen ausschließlich männliche Namen auf. Frank Böckelmann geht heute zu Pegida-Demos.

Einzige Gesprächspartnerin ist Ellen Kositza. Die Publizistin und Ehefrau von Götz Kubitschek findet Alice Schwarzer sehr sympathisch und beschäftigt sich

mit Feminismus, ohne sich selbst als Feministin zu verstehen. Starke Bilder von Weiblichkeit finde ich in dem Gespräch mit ihr nicht.

Zu Gast bei Kubitschek

Götz Kubitschek und Ellen Kositza leben am Sitz des neurechten Think-Tanks Institut für Staatspolitik in Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Wagner betont: „Ich habe Kubitschek und Kositza als angenehme Gesprächspartner in Erinnerung, aufmerksam, konzentriert, sachlich und neugierig auf ihr Gegenüber, von dem sie wussten, dass er aus der radikalen Linken kommt“ (Wagner 2018, S. 112). Bei Kartoffelchips und Rotwein fragt er die beiden freundlich, warum sie mit dem, was sie innerlich bewege, „von außen so viel Widerstand bekommen“ (S. 261). Als Kubitschek erzählt, dass er gewaltlosen Widerstand für angemessen hält, scheint es fast, als wolle der Autor mit ihm gemeinsam herausfinden, wo der Verdacht der Gewaltbereitschaft nur herkäme. Die Gewalttätigkeit in Kubitscheks Gedankengut aufdecken? Fehlanzeige.

Auch Richard Gebhardt kritisiert, dass Thomas Wagner Kubitschek nicht auf dessen Aussage in seinem Buch „Provokation“ von 2007 angesprochen hat. Kubitschek hatte damals Gespräche und Runde Tische zurückgewiesen mit den Worten: „Nein, diese Mittel sind aufgebraucht, und von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird Euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht.“ (zit. nach Gebhardt 2017, S. 563) Wagner wiederum entgegnet, er habe Kubitschek aufgesucht, um ihn zu befragen, „nicht um mit ihm zu streiten“ (Wagner 2018, S. 112). Aber wäre eine Nachfrage zur Klärung schon Streit? Und welchen Sinn haben Gespräche mit Rechten, wenn sie ihnen nur die Gelegenheit zur unhinterfragten Selbstdarstellung bieten?

Zurück bleibt spürbares Unbehagen, das sich wenig später verstärkt. Wagner überschlägt sich geradezu beim Lob des Buches „Die Einzelfalle“ von Ellen Kositza. Ihrer Kritik an „Critical Whiteness“ und „einer jedes vernünftige Maß überschreitenden Political Correctness“ (S. 242) schließt er sich bereitwillig an. Brauchen Linke wirklich rechte Autor*innen, um eigene Probleme zu thematisieren?

Inhaltliche Überschneidungen zwischen Rechts und Links werden zwar deutlich, zum Beispiel bei der Kritik an der Zerstörung der Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen durch globale Konzerne, was zu Fluchtursachen führt. Die rechten Gesprächspartner*innen von Thomas Wagner sind gebildete Intellektuelle, die großen Wert darauf legen, sich von stumpfen Nazis und dem Nationalsozialismus zu distanzieren. Flüchtlinge sind für sie Opfer, mit denen sie sich jedoch – und das ist der Unterschied zu den meisten Linken – nicht solidarisch erklären, sondern sie als Konkurrenz für marginalisierte Einheimische sehen.

Mit Rechten reden?

An Theatern in Zürich und Magdeburg wurden im Jahr 2017 Diskussionsveranstaltungen mit dem AfD-Politiker Marc Jongen und mit Kubitschek nach Protesten abgesagt. Wagner fragt, „ob es tatsächlich eine gute Idee sei, rechte Intellektuelle vom politischen Diskurs auszuschließen, wie es immer wieder geschieht. Ist der offen geführte Streit nicht der viel bessere Weg, mit ihnen umzugehen?“ (S. 27) Seien nicht gerade Theaterbühnen geeignet, sich der offenen Auseinandersetzung mit Rechten zu stellen? Der Theaterdramaturg Bernd Stegemann bestätigt ihn. Falk Richter inszenierte die Auseinandersetzung mit der AfD an der Berliner Schaubühne, allerdings ohne deren Vertreter*innen persönlich auf die Bühne zu holen. Stattdessen verwendete er Fotos, wogegen die AfD klagte – erfolglos.

Mit Rechten reden? Warum sollten Bürgerinitiativen oder politische Veranstalter*innen die AfD zum Gespräch einladen, und damit ihrem brandgefährlichen und menschenverachtenden Gedankengut den Anschein von Normalität erteilen? Sollte da nicht besser das Motto gelten: „Mit Rechten spricht mensch nicht“? Es kommt doch darauf an, wer mit wem aus welcher Position heraus spricht, in welchem Kontext dies Sprechen stattfindet und was die Zielsetzung ist. In ausgewählten Situationen mit Rechten zu reden bräuchte gute Vorbereitung, und nicht zuletzt könnte eine feministische Perspektive hilfreich sein. Statt freundlicher Fragen wäre dann jedoch Konfrontation angesagt, um die Rechten mit Argumenten öffentlichkeitswirksam zu widerlegen – also genau das, was Thomas Wagner zwar vorschlägt, jedoch mit seinem Buch nicht einlöst. Die

Menschenfeindlichkeit der Rechten auf Theaterbühnen zu entlarven, ist vielleicht gar keine schlechte Idee.

Zusätzlich verwendete Literatur

Gebhardt, Richard (2017): „…bloß ein Schlag ins Gesicht“ – 1968, die neue Rechte und die Grenzen des politischen Diskurses. In: Das Argument 324. Online einsehbar hier. Wagner, Thomas (2018): Wer die Rechte bekämpfen will, muss ihr denken kennen – Eine Antwort auf Richard Gebhardt. In: Das Argument 325. Online einsehbar hier.

Thomas Wagner 2017:
Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten.
Aufbau Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-351-03686-7.
352 Seiten. 18,95 Euro.

Zitathinweis: Elisabeth Voß: Auf Kuschelkurs mit Kubitschek. Erschienen in: .
URL: https://kritisch-lesen.de/s/y5VnJ.

Die Geschichte eines Schwarzen Widerstands

Toni Keppeler
Haiti
Sklaven, Vodou und ein endloser Kampf um Befreiung

Die Geschichte der ersten Schwarzen Republik wurde maßgeblich von unten geprägt. Doch das kommt in der offiziellen Geschichtsschreibung kaum vor.

Rezensiert von Miri Watson

Einerseits: Haiti ist die erste ehemalige Kolonie, die Sklaverei verbot. Schon sehr früh gab es dort organisierten Widerstand der versklavten Menschen, der 1791 in einem revolutionären Aufstand mündete. Haiti erlangte damals seine Unabhängigkeit und wurde zur weltweit ersten Schwarzen Republik. Der Name Haiti, den die Revolutionär*innen dem Staat nach der Unabhängigkeit gaben, geht auf den Namen aytii (das Land der Berge) zurück – so nannte die indigene Bevölkerung das Land selbst, bevor die französischen Kolonisten einen Genozid gegen sie verübte. Weite Teile antirassistischer und antikolonialer Theorie nahm hier ihren Anfang; haitianische Intellektuelle haben diese Diskurse maßgeblich beeinflusst.

Andererseits: Sehr viele Staaten erkannten Haitis Unabhängigkeit lange nicht an. Erpresste Geldforderungen, Waffengewalt und Einflussnahme in der haitianischen Politik durch die westlichen Staaten waren an der Tagesordnung. Bis heute lenkt eine kleine, aber mächtige Elite die Geschicke des Landes, während die Landbevölkerung – die *moun andeyó* (haitianisches Kreyól für die „Menschen draußen“, also die von Armut betroffene

Landbevölkerung, die im Land die große Mehrheit ausmacht) – politisch und medial unsichtbar bleibt.

Interpretation und Wirklichkeit

In seinem Buch „Haiti. Sklaven, Vodou und ein endloser Kampf um Befreiung“ versucht der Journalist und Autor Toni Keppeler, die Geschichte Haitis als Geschichte der *moun andeyó* zu erzählen. Seit fast vierzig Jahren beschäftigt Keppeler sich intensiv mit Lateinamerika und hat in den vergangenen Jahren Bücher zum Schwarzen Widerstand in Lateinamerika und der Karibik, zu Chile, zu Kaffee – und zum Axolotl in Mexiko veröffentlicht. Über das Haiti-Buch sagt er, dass es sein persönlichstes Buch sei. „Es ist ganz anders, als alle anderen Bücher, die ich bisher geschrieben habe“, so Keppeler. Es ist ein Buch, in dem Magie und Wirklichkeit gleichberechtigt Platz nebeneinander haben, in dem die literarische Fiktion zeitgenössischer haitianischer Autor*innen ebenso als Quelle dient wie historische Realitäten und journalistische Recherche. „Ich habe mindestens genauso viel belletristische Literatur als Quellen genutzt wie historische Quellen“ erzählt der Autor im Gespräch mit der Rezensentin.

Von der Geschichtsschreibung ignoriert

Das Vorgehen Keppelers hat verschiedene Gründe. Ein wichtiger: Haitianische Geschichte ist hauptsächlich anhand der Geschichte der Elite dokumentiert; eine Geschichte des Volkes haben Historiker*innen bisher kaum gezeichnet. Schriftsteller*innen hingegen schon. So gibt es beispielsweise zu dem rassistischen Massaker an rund dreißigtausend Haitianer*innen in der Dominikanischen Republik im Jahr 1937 nur wenige offizielle Dokumente, die überliefert sind. Im Buch heißt es dazu: „Die damals in Pòtoprens [Anm.: die Hauptstadt Haitis in der kreyólischen Schreibweise] regierende Elite hat es weitgehend ignoriert […]. Haitianische Schriftsteller aber haben sich intensiv mit diesem Gemetzel auseinandergesetzt“ (S. 15).

So zählt der Autor dann auch eine Reihe an Romanen auf, die sich dem Thema annehmen:

> *„Das vielleicht wichtigste Beispiel dafür ist der 1955 erschienene Roman Compère Général Soleil (deutsch General Sonne) von Jacques Stéphen Alexis. Später haben unter anderem René Philoctète in Le peuple des terres mêlées (1989) oder die seit ihrer Jugend in den USA lebende und englisch schreibende Edwidge Danticat in The Farming of Bones (1998, deutsch Die süße Saat der Tränen) mit dem Thema befasst. Das gewaltige rassistische Verbrechen jenes Jahres lastet wie ein Trauma auf dem kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung“ (S. 15).*

Das Buch beginnt in der vorkolonialen Zeit. „Alle schriftlichen Quellen über die Urbevölkerung dieser Insel sind Berichte von Eroberern“ (S. 68). Keppeler rekonstruiert den Völkermord an den Taíno, der indigenen Bevölkerung, durch die Spanier unter Christoph Kolumbus: 50 Jahre nach Kolumbus’ Ankunft auf Ayiti waren von den zwischen 500.000 und 1,3 Millionen Taíno, die Ende des 15. Jahrhunderts dort lebten, nur wenige hundert übrig. Massaker durch die Spanier, Zwangsarbeit und die europäischen Krankheitserreger, welche die „Entdecker“ mitbrachten, waren alles Gründe für den Untergang der Taíno-Zivilisation.

„Da die Spanier nicht daran dachten, selbst zu arbeiten, erforderte der schnelle Niedergang der einheimischen Bevölkerung Nachschub von Zwangsarbeitskräften“ (S. 75) – und leitet so die Zeit ein, zu der die spanischen Kolonisten die Vorfahr*innen der heutigen Haitianer*innen aus Westafrika verschleppten und versklavten.

„Alle Haitianer*innen sind Schwarz, unabhängig von ihrer Hautfarbe“

Der Autor zeigt, dass die Aufstände der versklavten Menschen auf Haiti schon zu jener Zeit begannen und die haitianische Revolution ab 1791 eine Folge des Schwarzen Widerstands gegen die Kolonialmacht war – und nicht, wie eine verbreitete westliche Lesart ist, ein Wurmfortsatz der Französischen Revolution. Keppeler argumentiert, dass es schon lange vor der Französischen Nationalversammlung organisierten Widerstand der versklavten Menschen gab. Die erste Revolte ist 1522 dokumentiert; in den folgenden Jahren und Jahrzehnten gab es immer wieder kleinere und größere Aufstandsversuche, die blutig niedergeschlagen wurden. Viele versklavte Menschen flohen von

den Plantagen und schlossen sich Gruppen anderer Flüchtiger an, die gemeinsam Guerilla-Aktionen gegen die Kolonisten planten und durchführten. In diesem Kontext müsse auch die haitianische Revolution verstanden werden, heißt es im Buch.

Haiti erlangte 1804 als erstes lateinamerikanisches Land seine Unabhängigkeit und wurde zur weltweit ersten Schwarzen Republik mit antikolonialer, antirassistischer Verfassung. „Alle Haitianer sind Schwarz, unabhängig von ihrer Hautfarbe“ heißt es darin (vgl. S. 212).

Das Buch zeigt: Es waren haitianische Intellektuelle, die antirassistisches und antikoloniales Denken wesentlich geprägt haben: etwa der haitianische Anthropologe Anténor Firmin, der als erster die europäischen Rassentheorien des 19 Jahrhunderts wissenschaftlich widerlegte, oder der haitianische Mediziner, Ethnologe und Politiker Jean Price-Mars, der wichtige Grundlagen für die Négritude-Bewegung lieferte.

Auch um die Folgen, die Kolonialismus und Rassenhass bis heute für die haitianische Bevölkerung haben, geht es im Buch. Dabei zeigt der Autor, dass es bis heute insbesondere die korrupte haitianische Elite und die aus Profitinteresse handelten kapitalistischen Länder des sogenannten Westens sind, die das Land immer weiter herunterwirtschaften, von kolonialen Kontinuitäten profitieren und Verantwortung für das Elend der Mehrheitsbevölkerung tragen.

Über ein Land und seine Widersprüche

Immer wieder ist der Autor sehr nah dran, schildert eigene Erlebnisse, Erfahrungen und Gespräche. Wie der Journalist selbst es bei seinen wiederkehrenden Besuchen gemacht hat, nähert sich die Leserin dem Staat Haiti so Stück für Stück immer mehr an. Der Blick wechselt dabei: Mal spricht Keppeler mit Vertretern derer, die er als die Elite bezeichnet, mal mit Menschen im Alltag. Oft bezieht er sich auf haitianische Intellektuelle und ihre Werke. Dass der Autor dabei zum Teil rassistische Sprache reproduziert, sollte man vor dem Lesen wissen. Im Vorwort erklärt er diese Entscheidung so: „In diesem Buch kommen immer wieder Wörter vor, die die Hässlichkeit des europäischen Kolonialismus in sich tragen. Sie werden nur dann verwendet,

wenn sie nötig sind, um koloniale und postkoloniale Strukturen zu verstehen, und sind nie diskriminierend […] gemeint“ (S. 22). Wer das Buch trotzdem liest, erhält einen guten und umfassenden Überblick über Geschichte und Gegenwart dieses Landes und über seine zahlreichen Widersprüche.

Zusätzliche Informationen

Die Autorin dieses Texts hat sich ergänzend zur Lektüre des Buches mit dem Autor Toni Keppeler unterhalten, unter anderem auch für diese Rezension. Die zusätzlichen Zitate stammen aus diesem Gespräch.

Toni Keppeler 2026:
Haiti. Sklaven, Vodou und ein endloser Kampf um Befreiung.
Rotpunktverlag, Zürich.
ISBN: 978-3-03973-102-2.
400 Seiten. 34,00 Euro.

Zitathinweis: Miri Watson: Die Geschichte eines Schwarzen Widerstands. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/JD7Rw.

Neue Mächte, alte Interessen

Peter Wahl / Erhard Crome / Frank Deppe / Michael Brie
Weltordnung im Umbruch
Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt

Die Einführung zeichnet zwar den Aufstieg Chinas und des Globalen Südens nach, verliert jedoch die imperialistischen Interessen hinter den globalen Machtverschiebungen aus dem Blick.

Rezensiert von Yaro Allisat

Die Kriegspropaganda der herrschenden Klassen ist ganz maßgeblich auf die aktuell stattfindende Neuordnung der Welt zurückzuführen. Historisch haben solche Umbrüche zu Kriegen geführt: So sind beispielsweise beide Weltkriege aus den Konflikten imperialistischer Mächte in Zeiten sich verschiebender Machtverhältnisse hervorgegangen. Deshalb fragen sich Linke weltweit, welche Auswirkungen die Verschiebung von einer unipolaren Weltordnung mit den USA im Machtzentrum hin zu einer multipolaren Weltordnung haben wird.

Die Autoren Peter Wahl, Edward Crome, Frank Deppe und Michael Brie sind politisch in der westdeutschen Friedens- und Anti-Gobalisierungsbewegung sozialisiert. Gemeinsam haben sie jüngst einen dünnen Band über Krieg und Frieden in dieser neuen Welt geschrieben, in dem sie die wichtigsten Entwicklungen und Akteure der neuen Weltordnung herausarbeiten und Herausforderungen für die deutsche Friedensbewegung darlegen. Das Buch liefert eine zugängliche Übersicht des komplexen Themas. Doch leider bleiben ihre Analysen teils auf idealistischem Niveau stehen und verhindern so eine tiefere Erkenntnis.

Globaler Süden im Aufstieg

Die Autoren identifizieren zwei zentrale Strömungen als Identifikatoren des Wandels: zum einen den Aufstieg des Globalen Südens mit Chinas Wachstum und dem Zusammenschluss der BRICS-Staaten, zum anderen einen relativen Abstieg des Westens. Die Volksrepublik China steht seit einigen Jahren weltweit an der Spitze des kaufkraftbereinigten BIP. 1980 hatte das Land einen Anteil von 2 Prozent am globalen BIP, 2023 rechnete der IWF es auf 18,7 Prozent. Weitere Indikatoren sprechen ebenfalls für ihren Aufstieg: Laut dem Australian Strategic Policy Institute (ASPI) erstreckt sich Chinas Vorsprung mittlerweile auf eine Reihe entscheidender Technologiebereiche, unter anderem „die Verteidigung, Raumfahrt, Robotik, Energie, Umwelt, Biotechnologie, Künstliche Intelligenz (KI), fortschrittliche Materialien und Schlüsselbereiche der Quantentechnologie“ (S. 29f). Darüber hinaus hatte die KP in den Jahren vor den kapitalistischen Marktreformen gegen Ende der 70er Jahre Ressourcen und Arbeitskräfte aus dem bäuerlich und wenig industrialisierten Land mobilisiert und eine enorme Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur aufgebaut. So stieg die Alphabetisierungsrate von 20 Prozent Anfang des 20. Jahrhunderts auf 80 Prozent in den 80er Jahren und nahezu 100 Prozent heutzutage. Chinas Regierung hat somit eine Arbeiterklasse geschaffen mit einem Grundstein an Bildung und Gesundheit. Von der „Werkbank der Welt“ hat sich China zu einer Nation mit eigenem inländischen Kapital mit hoher Wertschöpfung herausgebildet. Zudem breitet das Land seinen Einfluss auf andere Länder, insbesondere im Globalen Süden durch an (Neo-)Kolonialbeziehungen erinnernde Handelsbeziehungen und Kreditvergaben aus.

Ob China die Weltherrschaft anstrebt, ist oft die Frage, die aus der Analyse folgt und die viele Wissenschaftler*innen, so auch die Autoren dieses Buchs mit Nein beantworten: Militärisch ist China den USA noch immer deutlich unterlegen und geografisch in einer deutlich ungünstigeren Ausgangslage aufgrund der langen Landesgrenzen im Osten und Westen. Zudem steckt das Land aktuell selbst in einer Wirtschaftskrise. Soft Power, also die Einflussnahme auf der Basis kultureller oder ideologischer Vorherrschaft, besitzt China weltweit quasi nicht, während der Westen über „Englisch als weltweiter lingua franca und die USA mit Hollywood und den Folgewirkungen der global agierenden Technologiekonzerne wie Microsoft, Twitter (X), Amazon, Meta/Facebook usw. verfügen“(S. 33).

Trotzdem schreiben die Autoren, dass Chinas Aufstieg weiterhin zu Konflikten führen wird. Denn auch wenn Chinas führende Politiker sich öffentlich vom Weltmachtanspruch distanzieren, bestehe das Risiko, „dass die etablierte Hegemonialmacht (die USA Anm. d. Red.) zur Sicherung ihrer Position quasi präventiv einen Krieg beginnt, um den Aufsteiger unten zu halten“ (S. 32), allein dadurch, dass der Aufstieg als Bedrohung „erscheint“. In Anlehnung an die Konflikte zwischen Sparta und Athen wird in der Sozialwissenschaft diese Dynamik als Thukydides-Falle bezeichnet.

Der Westen im relativen Abstieg

Chinas Aufstieg wird flankiert von vergleichsweise starken Kaufkraftparitäten von Indien, Russland, Japan und Brasilien, die zum kleinen Teil wegen des eigenen Wirtschaftswachstums, zum Großteil aufgrund des relativen Abstiegs der Länder des globalen Nordens in der wirtschaftlichen Rangordnung nach oben rücken. Deshalb wird in den letzten Jahren viel über die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) gesprochen. Dieser G7-ähnliche Zusammenschluss von Staaten des globalen Südens, die insgesamt 45 Prozent der Weltbevölkerung und 35 Prozent der Weltwirtschaft umfassen (vgl. G7 mit 10 Prozent der Weltbevölkerung und 20 Prozent der Weltwirtschaft) wird von weiteren Verteidiger*innen beziehungsweise Anwärter*innen auf Machtpositionen global, also vor allem den USA und der EU, entsprechend kritisch betrachtet.

Den Autoren zufolge ist das zentrale strategische Interesse der BRICS eine „Demokratisierung des internationalen Systems, die die Vorherrschaft des Westens überwindet“ (S. 41). Vergleichbar mit der NATO ist das Bündnis aber keineswegs, da in dem Bündnis extrem unterschiedliche geopolitische Interessen vertreten sind, die kurzfristig nicht vereinbar sein werden. Die BRICS verstehen sich zwar als nicht-westlich und bauen finanzielle und wirtschaftliche Unabhängigkeiten vom Westen mittels verstärkter Süd-Süd-Kooperationen aus. Einheitlich anti-westlich oder völlig konträr zu bestehenden internationalen Institutionen verhalten sich die BRICS aber bisher nicht.

Entscheidend dürfte hier auch der Abstieg des Westens sein. Zwar können die USA weiterhin mehr als jedes andere Land ihre Interessen weltweit

durchsetzen. Dies beschleunigt im Umkehrschluss den Autoren zufolge aber auch die „Abwehrreaktionen und beschleunigt die Süd-Süd-Kooperation unter Führung Chinas“ (S. 58). Deutschland versucht in Reaktion auf die Neuordnung der Welt sich als Führer eines möglichen EU-Machtblocks zu etablieren. Doch dabei sehen die Autoren die aktuelle politische und wirtschaftliche Krise der EU sowie der nationalen pro-EU-Eliten nicht nur als eine der zyklisch im Kapitalismus auftretenden Wirtschaftskrisen, sondern als Symptome „strukturelle(r) Probleme mit tiefreichenden und komplexen Ursachen, die sich nicht einfach und schon gar nicht kurzfristig beheben lassen“ (S. 75).

Auch beim Ukrainekrieg wird mittlerweile den Letzten noch klar, dass weder die nächste Frühlings-, Sommer- oder Herbstoffensive, noch irgendeine Waffenlieferung der EU Russland zurückdrängen wird. Auch kann nicht behauptet werden, dass Russland politisch isoliert ist. Ein NATO-Beitritt der Ukraine ist für viele Jahre aus dem Spiel. Russland hat seine Kriegsziele erreicht. Seit mehr als zwei Jahren sagen führende Militärs und Expert*innen, dass dieser Krieg nicht mehr von Selenskyi gewonnen werden kann. Verheizt werden seit nun mehr als zehn Jahren Menschen und Natur auf den Schlachtfeldern im Osten. Jedoch kommen die Autoren hier zu einer bizarren Schlussfolgerung: Die EU müsse wegen Trumps Unzuverlässigkeit blitzschnell zu einer Militärmacht werden, die ohne Amerika Putin abschrecken könne. Doch wogegen genau? Glauben deutsche Politiker*innen wirklich, dass Putin morgen in Brandenburg steht? Viele Expert*innen halten dies für unwahrscheinlich. Diese Behauptung zu verbreiten, bedeutet die bürgerliche Rechtfertigung für die Aufrüstung mitzutragen.

An anderer Stelle bemerken die Autoren hingegen richtigerweise: Das eigentliche Motiv für die Aufrüstung der EU dürfte in der „Absicht (liegen), Weltmachtstatus zu erreichen und so weit wie möglich unabhängig von den USA zu werden“ (S. 76). Spannend an dieser Stelle: Die Autoren prognostizieren, dass die Militarisierungswelle „Widersprüche und zentrifugale Tendenzen verstärken dürfte“ (S. 77). Konträr dazu analysieren Autoren wie Lukas Oberndorfer dass u.a. die Aufrüstung einen neuen Konsens herstellen soll: Eine Aufrüstung auf der Basis, dass nur die EU gemeinsam stark genug ist, sich in der neuen Welt zu etablieren, in der die kleinen

Nationalstaaten untergehen würden. So würde den Nationalismen eine EU-Hegemonie entgegengesetzt.

Sind Trumps Moralvorstellungen wichtig?

Insgesamt driftet der Text in bürgerliche Erklärungsmuster ab, wenn es um die Ursachen von Kriegen geht. So schreiben die Autoren, dass die potenzielle Loslösung Trumps vom „grundlegenden Dogma liberaler Außenpolitik, wonach der entscheidende Konflikt im internationalen System zwischen Autokratie und Demokratie sei“ (S. 63) langfristig „eine häufige Quelle für Konflikte beseitigen würde“ (ebd.). Mit anderen Worten: Trump wolle die Welt seiner eigenen Aussage nach nicht mehr belehren. Autokratien dürfen Autokratien sein, ohne Eingriff der USA. Deshalb könnte es weniger Kriege geben.

Gutmenschentum dürfte der Auslöser persönlicher Konflikte sein, einen Krieg hat die USA deshalb bisher aber noch nie gestartet, im Gegenteil. Zur Verdeutlichung einige Beispiele: Als Großbritannien und Frankreich Israel bei einem Angriff auf Ägypten nach der Verstaatlichung des Suezkanals unterstützen, erzwangen ausgerechnet die USA und die Sowjetunion gemeinsam deren Rückzug und lösten die ehemaligen Kolonialmächte als Ordnungsmacht im Nahen Osten ab. Afghanistan wurde von 1979-89 zum Schauplatz eines brutalen Stellvertreterkrieges mit der Sowjetunion. Auch nach dem Fall der Sowjetunion griffen die USA ihren geopolitischen Interessen entsprechend ein, so in Syrien in 2011 oder jüngst im Iran. Gerechtfertigt wurden diese Eingriffe immer mit dem Kampf für Demokratie und westliche Werte. Der tatsächliche Grund war das jedoch nie.

Zwar sehen auch die Autoren, dass es im liberalen Weltbild „nicht um Autokratien als solche, sondern um deren Außenpolitik“ (S. 59) gehe, also inwiefern sie sich kooperativ mit dem Westen zeigten. Auch dass die USA zwar widerwillig, aber am Ende doch den Iran bombardierten und den venezolanischen Präsidenten entführten, dürfte der These, Trumps Politik würde Konflikte reduzieren, widersprechen. Trump mag vielleicht ehrlicher sein, denn er sagt klar dass es ihm um die Kontrolle strategischer Ressourcen und Handelsrouten geht, anstatt um die Verteidigung sogenannter westlicher Werte. Frieden bringt jedoch keine imperialistische Regierung und schon gar

nicht Trump, der seit seinem Amtsantritt Maßnahmen zur Schwächung der US-amerikanischen Arbeiterklasse historischen Ausmaßes umsetzt. Frieden bringt eine breite Arbeiter- und Studierendenbewegung gegen den Krieg und Streiks unter den Arbeiter*innen die Waffen produzieren und ausliefern.

Sind Regierungen des Globalen Südens „besser“?

Ähnlich idealistisch wird es wenn der Aufstieg des Globalen Südens im Buch als Emanzipation bezeichnet wird, der zu einer Demokratisierung des Weltsystems führe. Unstrittig ist natürlich, dass es sich bei dem Aufstieg dieser Staaten um eine relative Emanzipation handelt, jedoch suggeriert das Wort eine progressive Dynamik. Diese kann aus linker Sicht keinem Aufstieg irgendeines kapitalistischen Staates unterstellt werden.

Richtig ist, dass es sich um Veränderungen in der globalen Hierarchie handelt, die die Großmacht USA und mit ihr die EU destabilisieren können und somit Möglichkeitsfenster für eine Friedensbewegung an ebenjenen Orten öffnen. Aber der Aufstieg der Staaten im Globalen Süden ist an sich so wenig emanzipatorisch wie es die Machtübernahme lokaler Eliten im Rahmen vieler kolonialer Unabhängigkeitskämpfe war.

Auch nicht zu leugnen ist, dass sich das Lebensniveau vieler Arbeiter*innen beispielsweise in China mit dem wirtschaftlichen Aufstieg des Landes gehoben hat. Das hebt aber das Ausbeutungsverhältnis selbst nicht auf: Anstatt vom ausländischen wird man nun eben vom heimischen Kapital ausgebeutet.

Die BRICS als Kristallisationspunkt dieser „Emanzipation“ sind der Zusammenschluss von Eliten und Kapitalist*innen und keine Arbeiterinternationale, die sich das Wohl der Bevölkerung zum Ziel macht. Dass sie aktuell für eine Demokratisierung des Weltsystems gegenüber der Dominanz des Westens stehen, dürfte daran liegen, dass die Ressourcen fehlen, den USA das Heft aus der Hand zu nehmen, und nicht am guten Willen der Herrschenden. Denn wer wäre es letztlich, der in einen Stellvertreterkrieg mit den USA ziehen müsste, der sich beispielsweise in Taiwan entzünden könnte? Es wären die breiten Massen, die vom „Vaterland“ verheizt würden, wie wir es aktuell auch in der Ukraine beobachten.

Trotz allem bietet das Buch einen guten und kurzgehaltenen Überblick über die wichtigsten aktuellen Bewegungen und Handlungsträger in der Neuordnung der Welt. Wer in das Thema einsteigen möchte, ohne zunächst dicke Bände über die Politik der USA, der EU, Chinas und Russlands der letzten Jahrzehnte zu lesen, sollte sich an dieses Buch halten.

Peter Wahl / Erhard Crome / Frank Deppe / Michael Brie 2025:
Weltordnung im Umbruch. Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt.
PapyRossaVerlag, Köln.
ISBN: 978-3-89438-842-3.
171 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Yaro Allisat: Neue Mächte, alte Interessen. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/vUGbJ.

Wer soll das bezahlen?

Jürgen Wagner
Kriegstüchtig an allen Fronten
Kanonen statt Butter – Rüstung durch Sozialabbau

Die Analyse der zunehmenden Militarisierung zeigt, dass diese in Deutschland eine Klassenfrage ist und dass Aufrüstung und Sozialabbau zwei Seiten derselben Politik sind.

Rezensiert von Matthias Rude

„Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ Mit diesen Worten brachte Clemens Fuest, Präsident des Münchner Ifo-Instituts, im Februar 2024 die Logik der herrschenden Politik auf den Punkt: Für die steigenden Militärausgaben sollen diejenigen zahlen, die ohnehin schon nicht viel haben. Diesen Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau untersucht Jürgen Wagner, Vorstandsmitglied der in Tübingen ansässigen Informationsstelle Militarisierung (IMI), in seinem neuen Buch. Die Kosten der Aufrüstung treffen nicht alle Menschen gleichermaßen – damit wird sie zur Klassenfrage.

Bereits die Ampel-Regierung versuchte, die breite Bevölkerung auf harte Einschnitte zugunsten hoher Rüstungsausgaben einzustimmen. Die Kampagne wurde laut Wagner von einer „großen Rüstungskoalition“ aus Union, SPD und Grünen betrieben: „In einem demokratisch überaus fragwürdigen Vorgang rotteten sie sich bei der letzten Sitzung des alten Bundestages im März 2025 zusammen, um den Weg für bislang präzedenzlose Steigerungen der Militärausgaben an künftigen Sperrminoritäten vorbei freizumachen“ (S. 13). Unter Friedrich Merz, der im Herbst 2025 meinte, er werde sich durch Worte wie Sozialabbau und Kahlschlag „nicht irritieren lassen“, wurde diese Rhetorik

verschärft – die Regierung brachte ganz offen längere Arbeitszeiten, ein höheres Renteneintrittsalter sowie Einschnitte bei den Sozialausgaben aufs Tableau.

Aufrüstung als Gesellschaftsprogramm

Die „Zeitenwende“ habe Militarisierungsprozesse ausgelöst, von denen kaum ein Bereich verschont bleibe. Die „Kriegstüchtigkeit“ – übrigens ein schon in der NS-Propaganda gebräuchlicher Begriff – und ihre „Begleiterscheinungen“ wirken laut Wagner inzwischen „bis in die Kapillaren der Gesellschaft hinein“ (S. 13). Denn es geht nicht nur darum, die Bundeswehr mit mehr Personal, Panzern und Raketen auszustatten – die militärische Logik soll vielmehr sämtliche Lebensbereiche durchdringen. Aufrüstung wird zum umfassenden politischen Programm. Das spüren auch die Kommunen, wo Umwelt-, Lärm- und Denkmalschutz zugunsten von Militär und Rüstungsindustrie faktisch außer Kraft gesetzt und zivile Stellen über den „Operationsplan Deutschland“ systematisch in die Kriegsvorbereitungen einbezogen werden.

Beim „Operationsplan Deutschland“ handelt es sich um ein geheimes, 1.400 Seiten langes Dokument, das laufend aktualisiert wird und erstmals Anfang 2024 vorlag (Martin Kirschs Analyse „Was Militärs und Behörden für die Heimatfront planen“, kritisch-lesen.de Ausgabe #79 befasst sich damit, Anm. Red.). Bekannt ist, dass der schnellen Verbringung von Personal und Material an die Grenzen Russlands eine große Bedeutung beigemessen wird. Es handelt sich also, so Wagner, um „eine Art Aufmarschplan an die Ostfront“ (S. 191). Die jährlich stattfindenden „Quadriga“-Manöver dienen dazu, entsprechende Abläufe einzuüben. Auch die Vorbereitung auf mögliche Antikriegsproteste gehört laut Wagner zur neuen Normalität.

Der Politikwissenschaftler widerspricht der Vorstellung, die Militarisierung sei erst mit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 entstanden. Als programmatischen Ausgangspunkt nimmt er das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ von 2012/13. Dort hatte das außen- und sicherheitspolitische Establishment eine „neue Definition deutscher Staatsziele“ gefordert und eine militärische Führungsrolle Deutschlands forciert. Die spätere „Zeitenwende“ erscheint in dieser Perspektive weniger als Kurswechsel denn als Beschleunigung einer bereits laufenden Entwicklung.

Viele große Rüstungsprojekte waren schon vor 2022 auf den Weg gebracht worden – mit den „Sondervermögen“ genannten Schulden in Höhe von 100 Milliarden Euro wurde lediglich der finanzielle Spielraum geschaffen. Zwischen 2014 und 2026 sind die deutschen Militärausgaben um rund 325 Prozent gestiegen.

Die Rechnung kommt später

Dass der Aufrüstungskurs nicht allein durch die aktuell bereitgestellten Mittel finanziert werden kann, zieht sich als roter Faden durch Wagners Analyse. Das Einzige, was derzeit ähnlich schnell steige wie die Militärausgaben, seien „die daraus resultierenden Schulden und Zinszahlungen“ – und jetzt schon werde versucht, „die Zeche für den Rüstungswahn vor allem auf die untersten Bevölkerungsschichten abzuwälzen“. Der Erzählung, hohe Rüstungsausgaben könnten die Wirtschaft retten, widerspricht Wagner entschieden: Die Vorstellung eines „olivgrünen Wirtschaftswunders“ werde sich „als Luftnummer erweisen, deren Rechnung in Form nochmals verschärfter Sozialkürzungen präsentiert werden dürfte“ (S. 16). Die Ansicht, man könne sich aus der Krise herausrüsten, werde „viele Menschen teuer zu stehen kommen“ und „deutlich weniger noch einmal sehr viel reicher machen“ (S. 227).

Die eigentliche politische Leistung des Buches ist es, diese Verbindung zwischen Außen-, Militär- und Sozialpolitik systematisch herauszuarbeiten. Wagner liefert damit „Grundlagen-Material, um zu wissen, warum aufgerüstet wird, gegen wen aufgerüstet wird, wie aufgerüstet wird und auf wessen Kosten aufgerüstet wird“ (S. 12), wie IMI-Mitbegründer Tobias Pflüger im Vorwort schreibt.

Proteste an allen Fronten

Wagner belässt es nicht bei der Analyse. Im letzten Teil seines Buches richtet er den Blick auf die antimilitaristischen Gegenbewegungen: „Proteste an allen Fronten!“, fordert er (S. 244). Es gelte, „dem strammen Marsch dieses Landes in Richtung preußischem Militärstaat Einhalt zu gebieten“ – immer mehr Menschen seien nicht länger bereit, die von ihm dargestellten Verhältnisse

„fassungs- und tatenlos hinzunehmen“ (S. 247). Genannt werden unter anderem „Rheinmetall entwaffnen“, Schulstreiks gegen die Wehrpflicht, die palästinasolidarische Bewegung, gewerkschaftliche Initiativen, betriebliche Konversionsansätze und Bündnisse gegen die Militarisierung von Städten und Regionen. Das stößt keineswegs überall auf Zustimmung oder Gleichgültigkeit. Es gibt Proteste und Versuche, die Aufrüstung mit sozialen Fragen zu verbinden. Das Buch macht diese Ansätze sichtbar und liefert ihnen zugleich eine Fülle von Informationen über die Hintergründe der gegenwärtigen Entwicklung.

Eine für die kommenden Jahre entscheidende Frage bleibt allerdings etwas unterbelichtet: Wie können die unterschiedlichen Bewegungen dauerhaft zusammenkommen? Was verbindet sie sozial und organisatorisch so miteinander, dass daraus eine gesellschaftlich wirksame Gegenmacht entstehen kann? „Kriegstüchtig an allen Fronten“ liefert umfangreiches Wissen und politisches Rüstzeug für die antimilitaristische Bewegung. Wagner zeigt, dass es bereits Widerstand gegen die neuen deutschen Kriegsvorbereitungen gibt. Was bislang fehlt, ist eine politische Kraft, die die unterschiedlichen Kämpfe nicht nur zusammenführt, sondern ihnen eine gemeinsame gesellschaftliche Perspektive gibt und aus vereinzelten Protesten organisierte Gegenmacht entstehen lässt. Darin liegt die politische Aufgabe, die über dieses Buch hinausweist.

Jürgen Wagner 2026:
Kriegstüchtig an allen Fronten. Kanonen statt Butter – Rüstung durch Sozialabbau.
PapyRossa.
ISBN: 978-3-89438-873-7.
299 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Matthias Rude: Wer soll das bezahlen? Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/MGBSJ.

Victory statt Nike

Miriam Davoudvandi
Das können wir uns nicht leisten
Was es bedeutet, in Deutschland arm zu sein

Eine persönliche Geschichte vom Aufwachsen in Armut zeigt humorvoll und eindringlich, dass sich Ungleichheit nicht allein am Kontostand ablesen lässt.

Rezensiert von Lena Hezel

Hast du dich geschämt, Freund*innen zu dir nach Hause einzuladen? Bedeutete Freizeit für dich, vor der Glotze zu sitzen, weil für alles andere zu wenig Geld da war? Hast du mehr als einmal den Satz gehört: das können wir uns nicht leisten? Dann hat Miriam Davoudvandi dieses Buch für dich geschrieben, das macht sie bereits im Intro deutlich.

Mit ihrer autobiografischen Geschichte möchte sie aus abstrakten Zahlen und Statistiken zu Armut greifbare Phänomene machen, und zeigen, dass jede einzelne Geschichte es verdient hat, gehört zu werden: „Ich bin eine Zahl in dieser Statistik […]. Die meisten dieser Zahlen kommen nie zum Sprechen“ (S. 12). Damit ist ihr Buch in jedem Fall auch – oder insbesondere – für diejenigen lesenswert, die obige Fragen nicht mit *Ja* beantworten können. Davoudvandi erzählt darin von ihrem Aufwachsen in Armut und durchläuft dabei verschiedene Schauplätze wie Schule, Uni, Arbeit, Freundschaften, Dating, Aussehen, Wohnen, Gesundheit und Psyche – denn, wenig überraschend: all diese Bereiche sind stark davon beeinflusst, wie viel oder wenig Geld dir zur Verfügung steht. Miriam Davoudvandi versteht ihre eigene Geschichte als exemplarisch: „Fragmente dieser Geschichte finden sich in vielen Familien, die Erfahrungen mit Armut gemacht haben, denn Armut hat System“ (S. 15).

Die doppelte Arschkarte

Noch ein Buch zur eigenen Armutsbiografie, könnte man denken. Sind diese Geschichten nicht langsam auserzählt? Nein, sind sie nicht. Zumal Miriam Davoudvandi aus einer weiblich-migrantischen Perspektive spricht; ein Blick, der im bisherigen Diskurs mindestens unterbelichtet ist:

> *„Zwar haben einige Dinge, die ich in diesem Buch beschreibe, mit unserer Migration zu tun. Aber Behördendeutsch nicht zu verstehen oder mit Bürokratie überfordert zu sein, ist kein exklusives Ausländerproblem. Ja, wir hatten mit der Migration die doppelte Arschkarte gezogen“ (ebd.).*

Davoudvandi wird 1992 in Bukarest in Rumänien geboren und verbringt dort ihre ersten Lebensjahre mit ihrer alleinerziehenden Mutter, die auf Nachbar*innen im Plattenbau zurückgreift, um Kinderbetreuung und Jobs unter einen Hut zu bringen. Der iranische Vater versucht währenddessen in Deutschland ein Leben aufzubauen, um Frau und Tochter nachzuholen. Als Miriam sechs Jahre alt ist, erfolgt dann schließlich der Umzug in den Schwarzwald – eine Kleinstadt mit Sozialbausiedlung. Dort wächst Miriam auf, zwischen Gymnasium und Plattenbau. Sie merkt bald, dass sie sich zwischen den Welten bewegt; zu Hause in der engen, lauten Küche, in der es immer nach Essen riecht, macht sie ihre Schulaufgaben und hilft ihren Eltern beim Verstehen von Behördenbriefen. Besuche bei Schulfreund*innen in deren großen Häusern zeigen ihr, wie anders das Leben aussehen kann, wenn die Eltern Geld haben. Miriam ist fleißig, schafft den Aufstieg durch Bildung, Lernen und sehr viel Arbeit. Heute ist sie freie Journalistin, erfolgreiche Moderatorin und mehrfach ausgezeichnete Podcasterin. Und trotzdem beschreibt sie es als unmöglich, die eigene Herkunft hinter sich zu lassen: „Zwischen beiden Welten zu navigieren und sich selbst dabei treu zu bleiben, ist schwierig – und macht einsam“ (S. 245). Gegenüber anderen Menschen aus der Arbeiter*innenklasse fühlt sie sich schuldig, wie eine „Klassenverräterin“ (S. 242), während sie sich selbst nach Jahren in der Kultur- und Medienbranche auch dort nicht zugehörig fühlt.

Deutschrap und weiße Sneaker

Davoudvandi erzählt erfrischend anders und darin liegt eine große Stärke des Buches. Ihre Kapitel beginnen mit Zitaten aus Rapsongs von Haftbefehl, Apsilon, Xatar und anderen, die als „Destillat des jeweils nachfolgenden Kapitels“ (Anmerkung im Impressum) gelesen werden können. Ihre Geschichten sind eingebettet in die Popkultur der 2000er und 2010er Jahre, und dadurch sehr zugänglich und nah an der Lebenswelt dieser Generation. Beispielsweise wenn der Traum von den weißen Nike Air Force Ones, wie sie die Rap-Idole tragen, mit dem mütterlichen Griff ins Deichmann-Schuhregal und zur Eigenmarke Victory jäh begraben werden muss: das können wir uns nicht leisten. Mit Erzählungen wie diesen können sich sicher viele Leser*innen ebenso identifizieren wie mit Gefühlen von Schuld und Scham den Eltern gegenüber, die unweigerlich aufkommen, wenn man an ähnliche Szenen aus der eigenen Kindheit und Jugend zurückdenkt. Aus heutiger Sicht und rückblickend wird klar, in welcher Situation sich die eigenen Eltern befanden, dass es schlicht unmöglich war, weiße Sneaker im Wert eines Wocheneinkaufs an Lebensmitteln für eine mehrköpfige Familie auszugeben. Gefühle von Schuld, Scham und Zerrissenheit sind bekannte Motive aus anderen Aufstiegsgeschichten. Doch Davoudvandis weibliche Perspektive erschließt Blickwinkel, die eben auch eine Leser*innenschaft stärker ansprechen kann (zumindest ist das mein Eindruck als weibliche Leserin, die ebenfalls in den 90ern/00er Jahren in Süddeutschland sozialisiert wurde). Etwa wenn die Autorin über gängige Schönheitsideale berichtet und darüber schreibt, wie sie trotz extrem begrenzter Mittel versucht, ihr Aussehen anzupassen, mitzuhalten, dazuzugehören, sei es durch Fake-Versionen teurer Markenkleidung, das Durchforsten von Kleiderspenden nach Designerklamotten, Fast Fashion oder den Haarschnitt aus dem heimischen Badezimmer. Erschwert wird das ganze außerdem durch ungeschriebene, aber trotzdem weit bekannte Gesetze darüber, was „classy“ ist, wenn man reich ist, aber als „trashy“ gilt, wenn man arm ist; beispielsweise Jogginghosen, Second-Hand-Kleidung oder Gelnägel tragen. Dabei stellt sie treffend fest:

> *„Nicht einmal an Subkultur kann man ohne Geld teilhaben. Konzerttickets, die Fahrten aus der Kleinstadt dahin, CDs, Merch, Kleidung – das alles kostete. Selbst Punk zu sein, kostete“ (S. 147).*

Mit viel Humor und Sarkasmus gelingt es Davoudvandi eine Art von Leichtigkeit in ihre Erzählung zu bringen, die angesichts der Schwere des Themas alles andere als selbstverständlich ist. Auch darin liegt ein Zugang; dadurch fällt es leichter, in die Geschichten einzutauchen. Als kritische Leserin und aus einer klassenanalytischen Perspektive hätte ich mir an einigen Stellen allerdings eine stärkere Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Mechanismen von Armut und sozialer Ungleichheit gewünscht. Zwar verwendet die Autorin Begriffe wie „herrschende Klasse“ (S. 12), „Klassenscham“ (S. 201), „Klassenkampf“ (S. 198) oder „Klassenverräterin“ (S. 242), die auf eine Klassenperspektive verweisen; vereinzelt werden auch Ursachen von Armut und sozialer Ungleichheit benannt. Zentrale Mechanismen der Klassengesellschaft werden jedoch allenfalls angedeutet, statt systematisch herausgearbeitet. Das ist angesichts des autobiografischen Charakters des Buches kein zwingender Einwand, markiert aber eine Grenze der gesellschaftlichen Einordnung der erzählten Erfahrungen. Gerade in der anschaulichen, zugänglichen und humorvollen Erzählung ihrer eigenen Erfahrungen und ihrer Perspektive liegt jedoch eine besondere Stärke des Buches: Davoudvandi macht Armut als konkrete Lebensrealität sichtbar und zeigt, dass ihre Geschichte eine von vielen ist – und Armut weit mehr bedeutet, als wenig Geld zu haben.

Miriam Davoudvandi 2026:
Das können wir uns nicht leisten. Was es bedeutet, in Deutschland arm zu sein.
btb Verlag, München.
ISBN: 978-3-442-76329-0.
256 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Lena Hezel: Victory statt Nike. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/zxtuv.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2026 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere Kontaktseite erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.